



Landtag von Baden-Württemberg

51. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 1. Oktober 2008 • Haus des Landtags

Beginn: 10:04 Uhr

Mittagspause: 13:08 bis 14:01 Uhr

Schluss: 17:47 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	3545	4. a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Weiterentwicklung der Verwaltungsstrukturreform (Verwaltungsstrukturreform-Weiterentwicklungsgesetz – VRWG) – Drucksache 14/2999	
Glückwünsche zum Geburtstag der Abg. Elke Brunner	3545	Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 14/3217	
Würdigung und Verabschiedung des Abg. Michael Föll	3545	b) Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2008 – Drucksache 14/3000	
Eintritt der Abg. Dr. Ilse Unold	3545	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/3231	3589
Wahl in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung	3545	Abg. Klaus Herrmann CDU	3589
Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen	3545	Abg. Walter Heiler SPD	3592
1. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zur Halbzeitbilanz der 14. Wahlperiode und Aussprache	3546	Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	3594
Ministerpräsident Günther Oettinger	3546	Abg. Hagen Kluck FDP/DVP	3597
Abg. Claus Schmiedel SPD	3553	Minister Heribert Rech	3599
Abg. Stefan Mappus CDU	3560	Beschluss	3603
Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE	3567		
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP	3573		
2. Zustimmung zur Ernennung des Präsidenten des Rechnungshofs Baden-Württemberg	3578	5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes sowie zur Anpassung von Rechtsvorschriften – Drucksache 14/2896	
Beschluss	3579	Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 14/3285	3606
3. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Stand der Beratungen in der Föderalismuskommission und Aussprache	3579	Abg. Manfred Hollenbach CDU	3606
Ministerpräsident Günther Oettinger	3579	Abg. Rainer Stickelberger SPD	3607
Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE	3583	Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE	3608
Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU	3584	Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP	3609
Abg. Wolfgang Drexler SPD	3586	Minister Dr. Ulrich Goll	3610
Abg. Michael Theurer FDP/DVP	3587	Beschluss	3612

6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes** – Drucksache 14/2895

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/3232..... 3612

Abg. Manfred Groh CDU 3612

Abg. Ingo Rust SPD..... 3613

Abg. Eugen Schlachter GRÜNE 3613

Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP..... 3613

Staatssekretär Gundolf Fleischer 3613

Beschluss 3614

7. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz zum Elften Rundfunkänderungsstaatsvertrag** – Drucksache 14/2995

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 14/3237..... 3614

Beschluss 3614

8. Erste Beratung des Gesetzwurfs der Landesregierung – **Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg, des Gesundheitsdienstgesetzes und der Meldeverordnung** – Drucksache 14/3254..... 3614

Minister Helmut Rau 3614

Abg. Volker Schebesta CDU 3616

Abg. Dr. Frank Mentrup SPD 3616

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE..... 3618

Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP 3619

Beschluss 3620

Nächste Sitzung 3620

Anlage

Vorschlag der Fraktion der CDU – Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen 3621

Protokoll

über die 51. Sitzung vom 1. Oktober 2008

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 51. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Pix erteilt.

Krank gemeldet ist Herr Abg. Reichardt.

Aus dienstlichen Gründen haben sich Herr Minister Professor Dr. Reinhart – ab 12:00 Uhr – und Frau Ministerin Dr. Stolz entschuldigt.

Dienstlich verhindert ist Herr Staatssekretär Drautz.

(Oh-Rufe)

Meine Damen und Herren, unsere Kollegin Elke Brunnemer hat heute Geburtstag. Im Namen des Hauses gratuliere ich Ihnen, Frau Kollegin, herzlich und wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, Herr Michael Föll hat mir mitgeteilt, dass er sein Mandat mit Ablauf des 30. September 2008 niedergelegt hat. In seiner knapp zweieinhalbjährigen Tätigkeit als Abgeordneter hat er als Mitglied des Ständigen Ausschusses und des Finanzausschusses große Sachkompetenz bewiesen. Daneben hat er die Interessen der Landeshauptstadt Stuttgart intensiv vertreten.

Ich danke Herrn Föll namens des Landtags für seine Tätigkeit als Abgeordneter sehr herzlich und wünsche ihm für sein Amt und seine politische Arbeit in der Landeshauptstadt Stuttgart viel Erfolg und eine stets glückliche Hand.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die Landeswahlleiterin hat mir mit Schreiben vom 24. September 2008 mitgeteilt, dass das Mandat des ausgeschiedenen Kollegen Michael Föll auf Frau Dr. Ilse Unold übergegangen ist. Sie hat die Wahl angenommen und mit Wirkung vom 1. Oktober 2008 die rechtliche Stellung einer Abgeordneten des 14. Landtags von Baden-Württemberg erworben.

Frau Dr. Unold, ich begrüße Sie sehr herzlich in unseren Reihen und wünsche Ihnen für Ihre parlamentarische Tätigkeit viel Erfolg.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ferner habe ich bekannt zu geben, dass Herr Abg. Günther-Martin Pauli aus dem Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung ausgeschieden ist.

(Oh-Rufe)

Die CDU-Fraktion hat als Nachfolgerin Frau Abg. Katrin Schütz vorgeschlagen.

(Vereinzelte Beifall)

Sie stimmen diesem Wahlvorschlag zu. – Es ist so beschlossen.

Auf Ihren Tischen finden Sie eine Vorschlagsliste der Fraktion der CDU für verschiedene Umbesetzungen in Ausschüssen (*Anlage*). – Ich stelle fest, dass Sie diesen Umbesetzungen ebenfalls zustimmen.

Ferner befindet sich eine Zusammenstellung der *E i n g ä n g e* auf Ihren Tischen. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Es ist so beschlossen.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 20. August 2008 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2009 bis 2012 – Drucksache 14/3158

Überweisung an den Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft und federführend an den Finanzausschuss

2. Mitteilung des Finanzministeriums vom 16. September 2008 – Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Landtags vom 15. März 1973, DS 6/1993, und vom 20. Dezember 1973, DS 6/3910 Ziff. II Nr. 6); Haushaltsjahr 2008 (Januar bis Juni) – Drucksache 14/3223

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

3. Antrag des Rechnungshofs vom 19. September 2008 – Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs (Epl. 11) für das Haushaltsjahr 2006 durch den Landtag – Drucksache 14/3286

Überweisung an den Finanzausschuss

*

Schließlich darf ich darauf hinweisen, dass das gemeinsame Jugendsinfonieorchester der Gymnasien Spaichingen und Trossingen zu Beginn der Mittagspause in der Eingangshalle einige Stücke spielen wird. Ich darf Ihnen dies empfehlen.

Damit treten wir in die Tagesordnung ein.

(Präsident Peter Straub)

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zur Halbjahresbilanz der 14. Wahlperiode und Aussprache

Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Ministerpräsident Günther Oettinger: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Mit dieser Halbjahresbilanz lege ich Ihnen namens der Landesregierung Rechenschaft über unsere Arbeit seit der letzten Landtagswahl ab. Ich will aufzeigen, wo wir stehen, was wir erreicht haben und was die Schwerpunkte der nächsten zweieinhalb Jahre sein werden. Dies soll dem Hohen Haus Gelegenheit geben, mit uns zu beraten, Kritik anzubringen und über Ideen dazu, welcher Weg Baden-Württemberg hilft, zu streiten. Wir stellen uns ausdrücklich diesem Wettbewerb.

Vor zweieinhalb Jahren haben wir erklärt, dass die wichtigste Pflichtaufgabe die der Haushaltskonsolidierung werden wird. Baden-Württemberg steht im Ländervergleich ordentlich da. Aber auch wir haben 35 Jahre lang in guten Jahren wie in schlechten Jahren über unsere öffentlichen Verhältnisse gelebt. Baden-Württemberg hat 41,5 Milliarden € Gesamtschulden angehäuft, und wir haben in Jahren der Rezession wie 2003 und 2004 jährlich 2 Milliarden € neue Schulden gebraucht, um den Haushalt auszugleichen. Dass dieser Weg kein Weg der Zukunft sein konnte, war jedem klar. Dennoch haben uns die wenigsten im Juni 2006 die Einhaltung der Koalitionsvereinbarung zugetraut, in der klar stand: 2011 machen wir erstmals keine neuen Schulden mehr; fünf Jahre brauchen wir dafür.

Wir haben dieses Ziel früher erreicht – dank einer guten wirtschaftlichen Lage und einer guten Konjunktur, aber auch aufgrund der Zumutungen, die man bundesweit den Bürgern durch Steuererhöhungen abverlangt hat – ich erinnere an die Erhöhung der Umsatzsteuer um drei Prozentpunkte –, und aufgrund verschiedener Einsparungen, die in Baden-Württemberg maßvoll und ohne Kahlschlag möglich gewesen sind. Deshalb können wir Ihnen sagen, dass in diesem Jahr – das Jahr ist zu drei Vierteln vorbei – an jedem Tag jede Aufgabe und jede Ausgabe durch Einnahmen aus Steuern, Abgaben, Gebühren und Beiträgen, aber ohne den Weg zur Bank, ohne neue Schulden finanziert werden konnte.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dies nenne ich die wichtigste Pflichtaufgabe unserer Politikgeneration. Wir wollen den Weg aus der Schuldenfalle konsequent gehen. Heute können wir Vollzug melden – zumindest haben wir drei Jahre früher als geplant den ersten Haushalt ohne neue Schulden aufgestellt. Wir haben ihn nicht nur aufgestellt, sondern wir vollziehen ihn auch: Wir werden am Jahresende sagen können, dass Baden-Württemberg nach 35 Jahren bei 41 Milliarden € Gesamtschulden erstmals ein volles Haushaltsjahr seine Aufgaben mit Einnahmen und ohne neue Schulden finanzieren kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Daneben haben wir – ebenfalls wie angekündigt – eine Sicherung für künftige Pensionsausgaben gegründet. Dies soll eine starke Säule zur Entlastung künftiger Haushalte von Pensionsausgaben werden. Wir haben 500 Millionen € in einen

Pensionsfonds einbezahlt. Das Geld trägt Früchte, trägt Zinsen, die im Fonds bleiben. Ab dem 1. Januar nächsten Jahres – dies wird im Haushaltsentwurf der Regierung enthalten sein – werden wir für jede Beamtin und jeden Beamten, die neu zu uns kommen, die neu Staatsdiener werden, einen Betrag von 500 € im Monat in den Fonds einbezahlen. Einzahlungen von 6 000 € jährlich für jeden neuen Beamten werden einen weiteren Beitrag dazu leisten, dass Pensionsausgaben finanzierbar und damit Zusagen an künftige Pensionäre in Baden-Württemberg einhaltbar sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben aus den guten Steuereinnahmen dieses Jahres schon jetzt eine erste nennenswerte Altschuldentilgung realisiert. Dies ist in dieser Form im Ländervergleich einmalig. Wir nutzen Steuergelder der Bürger in Höhe von 350 Millionen €, und damit haben wir erstmals den Höchstbetrag an Altschulden nicht nur gedeckelt und eingehalten, sondern auch abgesenkt. Wir zahlen in diesem Jahr bei den Banken einen beachtlichen dreistelligen Millionenbetrag zugunsten unserer Kinder und Enkelkinder und der Handlungsfähigkeit der Politik von morgen zurück.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich kann dem Hohen Haus zusagen, dass Ihnen der Finanzminister den Haushalt 2009 so vorlegen wird, dass auch im nächsten Jahr keine neuen Schulden notwendig sind und Baden-Württemberg im zweiten Jahr in Folge einen Haushaltsausgleich erreicht und damit einen zweiten Schritt, einen nennenswerten weiteren Schritt aus der Schuldenfalle gehen kann.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Wenn Sie einmal die Haushaltsjahre 2008 und 2009 betrachten, können Sie sehen, was allein durch zwei konsequente Jahre der Haushaltspolitik Ende des nächsten Jahres im Vergleich zu Anfang dieses Jahres erreicht sein wird: Beim Vergleich der Gesamtschulden zum Haushaltsumfang hat Anfang dieses Jahres die Gesamtschuldenlast 127 % des Haushaltsumfangs – 41,5 Milliarden € in Relation zu 32 Milliarden € – ausgemacht. Diese Zahl wird sich, weil die Haushaltsvolumina jährlich steigen und die Schulden gedeckelt sind, leicht abgesenkt sind, von 127 % auf 120 % relativieren. Jahr für Jahr ging in der Vergangenheit die Sprengkraft der Gesamtschulden im Vergleich zur Haushaltsdimension um drei Prozentpunkte nach oben. Im nächsten Jahr geht sie um sieben Prozentpunkte nach unten. Wir haben diese Sprengbombe schon jetzt um sieben Prozentpunkte entschärft und wollen diesen Kurs fortsetzen, damit im nächsten Jahrzehnt für unsere Kinder, für die älteren Bürger und in absehbarer Zeit für künftige Parlamentarier Handlungsfähigkeit in Baden-Württemberg gegeben bleibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben diese solide Haushaltspolitik langfristig abgesichert, und zwar zum einen durch das Neuverschuldungsverbot. In der Landeshaushaltsordnung stellen wir sicher, dass unser Land im Regelfall auf Dauer keine neuen Schulden machen darf. Wir haben zum anderen Rücklagen für Haushaltsrisiken gebildet – dies war mir wichtig –, indem wir z. B. vertragliche Verpflichtungen für Baden-Württemberg eingehen:

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Baden-Württemberg 21 als Großprojekt, die Bildungsoffensive als zweites Projekt, der Umbau unserer Familienförderung als drittes Projekt und auch die Dienstrechtsreform. Dafür werden wir nicht nur die Mittel im Haushalt abbilden, die im ersten Jahr der Investition und Reform notwendig sind. Vielmehr finanzieren wir das Ganze für einige Jahre durch. Unsere Bildungsoffensive ist durchfinanziert.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Die Mittel in Höhe von 530 Millionen €, die wir für Kinder und Bildung ausgeben, finanzieren wir aus Steuereinnahmen 2008, damit der Haushaltsausgleich auch in den nächsten Jahren bei geringerem Wirtschaftswachstum möglich bleibt. Wir wollen mit möglichst wenig Risiken in die Haushaltszukunft gehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sehr gut!)

Dabei üben wir Augenmaß und bleiben berechenbar. Nicht mit der Rasenmähermethode oder durch einsame Entscheidungen in der Villa Reitzenstein sind unsere Sparbemühungen möglich geworden. Nein, sie wurden in vielen Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Gruppen des vopolitischen Raums entwickelt und einvernehmlich akzeptiert. Das „Bündnis für die Jugend“, der „Solidarpakt Sport“, der „Solidarpakt Hochschulen, Hochschulmedizin und Berufsakademien“, der Staatskirchenvertrag, die Vereinbarungen mit den Kommunen, all dies zeigt auf, dass wir nicht Ober und Unter spielen, sondern dass wir auf Augenhöhe denen, die davon berührt sind, eine Planungssicherheit geben, damit deren Arbeit auch in Zukunft erfüllbar ist. Wir laden nicht Schulden auf andere ab. Wir sanieren nicht das Land zulasten der Kommunen. Wir haben erreicht, dass ganz Baden-Württemberg diesen Sparkurs verkraften kann und trotzdem eine bürgerfreundliche und dienstleistende Politik aller Beteiligten möglich bleibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Schauen Sie in diesen Wochen allein einmal die Kommunalfinanzen an. Viele von Ihnen sind als Stadträte, Gemeinderäte, Kreisträte, Bürgermeister oder Landräte vor Ort. Wir haben seit längerer Zeit keine Klagelieder mehr aus den Rathäusern gehört. Die Kämmerer, Landräte und Bürgermeister bringen ihre Haushaltsentwürfe in die Kommunalgremien ohne Wehklagen gegen das Land ein. Den Kommunen in Baden-Württemberg geht es sehr ordentlich und einigen sogar sehr gut.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sehen die Kämmerer das auch so?)

Die Kommunen können Schulden tilgen und können investieren. Die Kommunen sehen im Land einen fairen Partner. Deswegen biete ich schon heute den kommunalen Verbänden in Baden-Württemberg in absehbarer Zeit, 2009, neue Verhandlungen über einen zweiten Pakt mit den Kommunen für Planungssicherheit ab dem 1. Januar 2011 an. Wir wollen nicht unseren Haushalt zulasten Dritter sanieren. Die Vertreter von Sport, Kultur, Sozialem, Ökologie, die Kommunen, die Kirchen bleiben Partner. Wir sind gemeinsam auf einem schwierigen, aber erfolgreichen und gerechten Weg. Dies wird auch in Zukunft die Richtschnur der Landesregierung sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Machen wir uns zum Thema „Haushalt und Wirtschaft“ nichts vor. Noch ist die Dimension des „Schwarzen Montags“, ist das Ausmaß der Finanzkrise der weltweiten Finanzmärkte überhaupt nicht absehbar. Deswegen glaube ich, dass man in diesem Hohen Haus auch einmal über die Aufgaben, die in Deutschland entstehen, entlang der Finanzmarktkrise kurz sprechen soll.

Seit einem Jahr haben wir eine Krise, die von Privatimmobilien aus Nordamerika kommt. Mehrfach haben kluge Wissenschaftler und Bankenmanager gemeldet: Alles im Griff! Talsohle erreicht! Oder gar: Talsohle durchschritten!

Heute sehen wir, dass wir noch lange nicht am Ende des Weges sind, dass wir weiterhin mit schlechten Nachrichten rechnen müssen und deswegen Vorsicht, Solidität, Augenmaß und Handlungsfähigkeit der Politik im Bereich der Bankwirtschaft und der Wirtschaft generell notwendig sind.

Dass am Montagabend im Kongress das 700-Millionen-Dollar-Paket –

(Zurufe: Milliarden! Das ist ein kleiner Unterschied!)

– Milliarden – vom Präsidenten vorgelegt und mit beiden Präsidentschaftskandidaten besprochen – abgelehnt worden ist und morgen ein zweiter Anlauf hierzu mit ungewissem Ausgang kommt, zeigt mir, dass die Weltmacht Amerika in Bezug auf Wirtschaft und Ordnung an Gewicht verliert. Wir erleben derzeit, dass eine große Nation wirtschaftlich und politisch schlank und schwach geworden ist.

Europa hat einen Auftrag, und zwar mehr denn je. Wenn wir erreichen wollen, dass sich das Zentrum für Wirtschaft und Politik nicht schnurstracks von New York und Washington aus nach Russland und Asien verlagert, muss Europa jetzt geschlossen handeln und seiner Verantwortung gerecht werden. Wir haben mit einem starken Euro, einer starken Währung, und einer stabilen Demokratie Aufgaben und Verantwortung für die ganze Welt. Ich baue darauf, dass dies mit einer starken Bundesregierung, die in Europa konstruktiv mitwirkt, in den nächsten Monaten auch sichtbar wird.

Es hat sich gezeigt, dass die Wirtschaftsstruktur Amerikas in weiten Bereichen marode ist; schauen Sie nur auf den Fahrzeugbau oder den Maschinenbau. Es hat sich gezeigt, dass die Bankenstruktur Amerikas mit Spezialbanken, Investmentbanken, die auf einem hohen Risiko aufbauen, die hohe Gewinne machen, aber für Verluste nicht verantwortlich sind, marode aufgebaut war. Es hat sich gezeigt, dass unser europäisches System, dass unsere Ordnungspolitik im Grunde genommen zukunftsweisender ist. Von ehemals fünf amerikanischen Investmentbanken bestehen drei nicht mehr. Stolze Adressen, vor denen mancher Banker aus Deutschland bisher hin und wieder stramm stand, sind weg. Die letzten zwei, Morgan Stanley und Goldman Sachs, werden zu ganz normalen Banken. Das heißt, das Investmentbanking hat sich überlebt.

Wir sollten in Deutschland alles tun, damit eine solche Entwicklung bei uns nicht eintritt. Ich halte es für verantwortungsvoll, dass die Kanzlerin, Herr Steinbrück, die Bundesregierung gemeinsam mit den deutschen Banken einen entsprechenden Crash, einen vergleichbaren Dominoeffekt in Deutschland und Europa, der unverantwortliche Folgen hätte, vermeiden wollen.

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Aus den USA droht auch weiterhin nichts Gutes. Die Hedgefonds bewegen sich nahe an der Handlungsunfähigkeit. Die Wall Street, der Aktienmarkt bricht weg. Gewerbeimmobilien werden folgen, und die Ratenzahlungen über Kreditkarten werden ebenfalls nicht stabil sein.

Umso dankbarer bin ich, dass in Deutschland und in Baden-Württemberg drei starke Säulen der Bankenwirtschaft bestehen. Mehr denn je sagen wir auch gegenüber der Europäischen Kommission: Wir halten an Volksbanken, an Sparkassen und an unserer Landesbank, der LBBW, fest, und wir glauben nicht, dass in Zukunft nur Geschäftsbanken, gar amerikanischer Art, das Richtige für die Finanzierung im Dienste der Bürger und der Wirtschaft in Baden-Württemberg sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ist es!)

Wir haben Vertrauen in unsere Sparkassen, in die Volksbanken und auch in die Geschäftsbanken. Ich kann Ihnen versichern, dass die Landesbankgruppe Baden-Württemberg die stabilste aller Landesbanken überhaupt ist. Objektiv ist sie in den Jahren 2007 und 2008 in ihrer Arbeit auch etwas geschwächt, aber sie wird im Vergleich zu anderen Landesbanken gestärkt aus dieser Entwicklung hervorgehen.

Trotzdem gehen wir in unserer Haushaltspolitik von einer sich verschlechternden Konjunktur und sogar von einer Rezession aus. Ich rechne damit, dass uns die Steuerschätzung erstmals im November, was die Steuermehreinnahmen betrifft, ein Minus aufzeigen wird. Die Einnahmen werden im nächsten Jahr höher sein als in diesem Jahr, aber der Zuwachs wird nicht dem entsprechen, was im vergangenen Mai vorhergesagt worden war. Dennoch werden wir unsere Haushaltspolitik weiterverfolgen. Wir legen Ihnen für das nächste Jahr einen ausgeglichenen Haushalt vor, und wir werden gegebenenfalls weitere Folgerungen aus der Steuerschätzung ziehen und Ergänzungen vornehmen, damit in Baden-Württemberg in jedem Fall im nächsten Jahr die schwarze Null den Haushaltsvollzug prägt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Bei vielen Fragen der Wirtschaft mischen wir uns auch in die Bundespolitik ein und erheben unsere Stimme im Bundesrat. Erstens setzen wir uns dafür ein, dass eine Steigerung der Lohnnebenkosten vermieden werden kann; denn hier droht erhebliches Ungemach. Wir haben in der Bundespolitik lange plakatiert und endlich erreicht, dass die gesetzlich bedingten Lohnnebenkosten maximal 40 % betragen.

Vor wenigen Tagen hat die AOK Baden-Württemberg ihren Beitragssatz von 14,5 % um 0,6 Prozentpunkte auf 15,1 % erhöht. Am nächsten Montag wird die Bundesregierung den einheitlichen Krankenkassenbeitragssatz festlegen; wir gehen von 15,5 % aus. Das heißt, wir haben einen Sprengsatz auf dem Gesundheitsmarkt, und wir haben kaum Absenkungspotenzial im Rentenbereich. Umso eher ist die letzte Schraube von Gewicht: indem man die Arbeitslosenversicherungsbeiträge auf deutlich unter 3 % absenken kann, damit man die 40 % Lohnnebenkosten näherungsweise hält.

Trotzdem werden in den nächsten Jahren steigende Haushaltsmittel des Bundes, steigende Steuerfinanzierungsbeiträge für die Versicherungsfinanzierung für unsere Sozialkassen notwendig sein. Wir legen allergrößten Wert darauf, dass wir die 40 % Lohnnebenkosten halten, damit dies ein Faktor für Wirtschaftswachstum und gegen Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft bleibt und der Arbeitnehmer nicht wegen zu großer Abzüge vom Brutto weniger netto als bisher hat.

Des Weiteren ist die Frage der Erbschaftsteuer aktuell. Auch dazu ist unsere, ist meine Position klar: Wir müssen alles dafür tun, dass der investitionsintensive Mittelstand nicht benachteiligt wird. Ich lehne die Abschaffung der Erbschaftsteuer ab. Natürlich wäre die Abschaffung für manchen die beste Reform. Aber als die Vermögensteuer nach dem Halbteilungsgrundsatz für verfassungswidrig erklärt wurde, haben wir alle gemeinsam gesagt: Substanzbesteuerung jedes Jahr ist nicht mehr der Fall, Vermögen werden nicht jedes Jahr etwas geschwächt; aber alle 30 Jahre im Erbfall ist es zumutbar, dass Substanz, dass Vermögen etwas für die Finanzierung öffentlicher Aufgaben erbringt. Deswegen legen wir auf die 4 Milliarden € Gesamtsteuereinnahmen Wert. 600 Millionen € davon gehen nach Baden-Württemberg. Ich wüsste im Augenblick nicht, wie man 600 Millionen € Steuermindereinnahmen bei einem Wegfall der Erbschaftsteuer ausgleichen könnte.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Umgekehrt wollen wir, dass in den Verhandlungen ab nächsten Montag einige wichtige Nachbesserungen noch vorgenommen werden. 15 Jahre Haltefrist sind unzumutbar, für den Strukturwandel der Wirtschaft viel zu lang. Das Fallbeil wäre der falsche Weg. Wir müssen einen Weg finden, wie Familienstämme mit nicht nur ein, zwei Erben, sondern mit 80, 100, 200 Erben im Ganzen überhaupt noch umsetzbar sind.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ist es!)

Das heißt, wir mischen uns für sachgerechte, praxisnahe und mittelstandsfreundliche Lösungen ein. Wir halten eine Reform der Erbschaftsteuer zum 1. Januar statt des Wegfalls für den richtigen Weg. Damit könnte auch die Große Koalition zeigen, dass sie bei aktuellen wichtigen Fragen noch handlungsfähig ist.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Mit der sich nähernden Bundestagswahl gewinnt die Frage von Steuersenkungen an Gewicht. Auch dazu meine klare Position: Steuersenkungen für den Lohnsteuerzahler und den Einkommensteuerzahler, das heißt höhere Freibeträge für alle oder ein flacherer Tarifverlauf, ein später einsetzender Spitzensteuersatz sind richtig und wünschenswert.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Aber die Reihenfolge muss ebenfalls klar sein. Man darf Steuersenkungen nicht auf Pump finanzieren. Solange der Bund noch 10, 12 Milliarden € neue Schulden macht, solange der Haushaltsausgleich noch längst nicht allen Ländern gelingt, hat für mich die Haushaltskonsolidierung, der Weg, dass die öffentlichen Hände insgesamt ohne Schulden in die Zukunft gehen, Vorrang vor allem, was an Steuersenkungen wünschenswert ist.

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

(Beifall bei der CDU und der SPD sowie Abgeordneten der Grünen – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Dann muss man aber die Ausgaben kritisch durchforschten!)

Zweitens hat für mich Vorrang,

(Unruhe)

dass man die Lohnnebenkosten stabil halten kann. Wenn man die Lohnnebenkosten stabil halten will,

(Zurufe)

braucht man mehr Haushaltsmittel. Das heißt, eine verstärkte Finanzierung der Krankenversicherungsaufgaben durch den Bundeshaushalt hat ebenfalls Vorrang vor jeder wünschenswerten Steuersenkung.

Drittens will ich den Bund daran erinnern, dass er seine Pflichten nicht länger vernachlässigen darf. Was der Bund im Bundeshaushalt für den Bundesfernstraßenbau, für den Bundesdieselschienenwegebau stehen hat, entspricht keineswegs dem, was wir vor Ort an Bedarf kennen, entspricht keineswegs dem Arbeitsmarkt, der Arbeitswelt und der Wirtschaft. Ich fordere den Bund auf, vor Steuersenkungen etwas mehr für die Infrastruktur, für die Zukunft unseres Landes zu tun.

(Beifall bei der CDU – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie wollen die Lkw-Mauterhöhung doch verhindern!)

– Herr Kretschmann, zunächst einmal guten Morgen!

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Wer regiert in Berlin?)

Ich will sie nicht verhindern, ich will sie in zweierlei Richtung verändern. Wenn Sie mit dem Mittelstand der Spediteure sprechen würden, was wir tun, dann wüssten Sie, dass eine Erhöhung auf einen Schlag das Aus

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja!)

für weite Teile der mittelständischen Wirtschaft und für das Wachstum der großen Teilnehmer wie Schenker und andere wäre. Dies will ich in Baden-Württemberg ausdrücklich nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Zweitens, Herr Kollege Kretschmann: Die Lkw-Maut wurde vor einigen Jahren im dritten Anlauf eingeführt. Die Einnahmen daraus steigen Jahr für Jahr, aber im Straßenbau kommt gar nichts an.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP und Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ist es!)

Das heißt, der Lkw-Fahrer fährt und fährt, der Spediteur bezahlt, wir bezahlen mit. Aber mit jedem Euro an Mehreinnahmen aus der Lkw-Maut wird der alte Ansatz im Bundeshaushalt gekürzt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Das ist der falsche Weg. Jetzt sage ich einmal in Ihre Richtung: Es darf doch wohl nicht sein –

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wir regieren nicht in Berlin! – Gegenrufe von der CDU, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhm: Gott sei Dank! Zum Glück! Nicht mehr! Dann wäre es noch schlimmer! – Heiterkeit)

Jetzt sage ich einmal in Ihre Richtung

(Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

– jetzt hören Sie doch einfach einmal bis zum Ende zu! –

(Heiterkeit)

Als Rot-Grün regiert hat – Grün waren ja wohl Sie –,

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

war der Bundesfernstraßenbau mit 1 Milliarde € höher als heute finanziert. Mir wäre es nicht im Traum eingefallen: Grün raus, Schwarz rein, 1 Milliarde € für den Straßenbau weniger.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das ist doch nicht wahr!)

Dies müssen wir korrigieren. Dies muss vorrangig vor Steuersenkungen sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Dann müssen wir wieder Rot-Grün machen! Mehr Straßen durch Rot-Grün! – Heiterkeit bei den Grünen)

Der zweite Schwerpunkt der Landesregierung bleibt die Pflege von Wirtschaft, bleibt ein guter Arbeitsmarkt. Mit einer für den September errechneten Arbeitslosenquote von 4,0 % liegt Baden-Württemberg unverändert sehr gut. Wir werden im Rahmen unserer Kompetenzen alles dafür tun, und zwar regional und treffsicher, dass die Arbeitsmärkte in allen Regionen Baden-Württembergs gut bleiben und ein Wachstum der Wirtschaft zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen führt. Ich glaube unverändert, dass Vollbeschäftigung die beste Form der Sozialpolitik ist. Die Vollbeschäftigung haben wir in Baden-Württemberg näherungsweise erreicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sparen ist für uns kein Selbstzweck. Wir wollen daneben auch investieren. Unsere Politik für Kinder, für Bildung und für Wachstum will vor allem eines: Unsere Kinder sollen eine gute Zukunft haben – Baden-Württemberg, das „Kinderland“ Nummer 1.

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Wir haben uns das Ziel gesetzt, bestmögliche Bildungschancen für alle Kinder und in allen Teilen des Landes anzubieten. Bildung ist zu Beginn dieses Jahrhunderts das, was soziale Sicherung am Ende des 19. Jahrhunderts war, nämlich die Voraussetzung für eine gute Zukunft.

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Dabei bauen wir auf einem guten Fundament auf: Unser Land hat bundesweit mit 5,9 % die geringste Quote von Schulabgängern ohne Abschluss und bietet beste Perspektiven zum Bildungsaufstieg: Fast 50 % aller Schülerinnen und Schüler, also fast jedes zweite Kind, schaffen in Baden-Württemberg die Voraussetzungen für ein Studium. 50 % davon wiederum schaffen dies über einen beruflichen Abschluss.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Meine Bitte ist: Betrachten wir nicht nur das allgemeinbildende Gymnasium,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

betrachten wir die zweiten und dritten Wege, die zur Hochschulreife führen, endlich etwas intensiver.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Von 100 Schulabgängern haben 50 die Hochschulzugangsberechtigung, und 25 davon haben diese über einen beruflichen Abschluss erreicht. Diese Vielfalt von Wegen entlang der Begabungen setzen wir in Baden-Württemberg fort.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das sind die Schaffer!)

Als Folge davon hat Baden-Württemberg die höchste Quote von Hochschulabschlüssen unter allen Flächenländern. Ich glaube, das ist ein gutes Zeugnis für Lehrerinnen und Lehrer sowie für Schülerinnen und Schüler im Land. Abschlusszeugnisse aus Baden-Württemberg sind in Deutschland ein exzellentes Markenzeichen. Dies halten wir zugunsten unserer Kinder auch in Zukunft ein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Bravo!)

So schreibt die „Stuttgarter Zeitung“ im Juli dieses Jahres – ich zitiere –:

Baden-Württemberg verfügt über gute Schulen, die in Deutschland keinen Vergleich scheuen müssen. Auch international stehen sie gut da. Wer aus dem Südwesten wegzieht,

– was niemand freiwillig tut –

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wenige!)

der darf zuversichtlich sein, dass sein Kind in jedem anderen Bundesland mühelos den Anschluss im Unterricht findet. Das ist ein Erfolg der Stuttgarter Regierungspolitik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wo er recht hat, hat er recht!)

Was die „Stuttgarter Nachrichten“ gestern durch Umfragen zutage gefördert haben, ist doch erhellend, gerade für Sie: Die Mehrheit der SPD-Wähler lehnt den Weg zur Einheitsschule ab

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

und hält an Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen fest.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Hört, hört!)

Mein Rat ist: Machen Sie keine getürkten Umfragen. Reden Sie mit Ihren Wählern, solange es diese in Baden-Württemberg überhaupt noch gibt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir wollen keinen ideologischen Ansatz, keine Schulstrukturdiskussion. Diese hatten wir in den Siebzigerjahren. Sie hilft keinem einzigen Kind. Theoretische Debatten über die Abschaffung der Hauptschule bringen nichts. Sie schaden den Schülerinnen und Schülern und den Lehrkräften an den über 1 200 Hauptschulen im Land. Es ist eben auch ein Verdienst unserer Hauptschulen, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg bundesweit die niedrigste ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Das heißt, unsere Kinder aus der Hauptschule, aus der Realschule und aus dem Gymnasium bekommen einen Anschluss in der Weiterbildung und in der Arbeitswelt, während die SPD-Einheitsschulen für eine weit höhere Jugendarbeitslosenquote mitverantwortlich sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: So ist es! – Abg. Alfred Winkler SPD: Nebelkerzen mit Weihrauch!)

Die heutige Hauptschule ist für uns keine Restschule. Sie ist nicht die Schule der weniger Gescheiten; sie ist die Schule für diejenigen, die sich mehr auf das Praktische verstehen. Für das Profil und den Geist unserer Schulen macht es einen gewaltigen Unterschied, ob wir unsere Kinder über ihre Schwächen oder über ihre Stärken definieren. Wir wollen die Stärken der Kinder stärken. Dafür sind die Gliederungen des Schulwesens auch in Zukunft der richtige Weg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Und wir entwickeln unsere Hauptschulen zu Werkrealschulen weiter. Für uns ist die Werkrealschule nicht gleichartig, nicht gleich, aber gleichwertig mit der Realschule. Damit erhöhen wir die Durchlässigkeit unseres Schulsystems weiter. Jede Hauptschule mit mindestens zwei Zügen erhält die Möglichkeit, nach dem zehnten Schuljahr die mittlere Reife zu vergeben. Kleinere Klassen, individuelle Ansprache und Ganztagsbetreuung führen dazu, dass die Werkrealschule der Zukunft den Kindern auf dem Weg in den Arbeitsmarkt mindestens gleich gute Chancen wie die Realschule bieten kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich stimme der „Pforzheimer Zeitung“ vom 4. September dieses Jahres ausdrücklich zu – ich zitiere –:

... von einem Stillstand im baden-württembergischen Bildungssystem oder davon, dass die Bedeutung dieses Themas verschlafen worden sei, kann nicht die Rede sein.

Gerade erst vor wenigen Wochen haben wir, haben die Fraktionen von CDU und FDP/DVP im Landtag die Qualitätsoffensive Bildung mit 530 Millionen € auf den Weg gebracht.

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Mit dem Haushalt 2009 setzen wir die erste Stufe um. Wir halten Wort: Wir erarbeiten ein Konzept, wir bringen es ein, wir verabschieden es, und es wird dann in den Jahren darauf, wie versprochen, finanziert. Die Qualitätsoffensive beginnt 2009. Sie führt dazu, dass die Schule in Baden-Württemberg dauerhaft gestärkt wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Wer einfach, wie jüngst der der SPD angehörende Bildungssenator in Berlin, das Niveau von Bildungsabschlüssen senkt, hilft den Kindern nicht. Schulabschluss zum Schnäppchenpreis ist keine Garantie für gute Lebenswege unserer Kinder, im Gegenteil. Für das Leben wie für den Beruf ist entscheidend, was Kinder in der Schule lernen und was nicht. Bildungsgerechtigkeit heißt für uns auch Abschlussgerechtigkeit. Wir setzen unseren Weg einer differenzierten Bildungskulisse in Baden-Württemberg fort.

Dies gilt gerade auch für sozial schwache Kinder und Kinder mit Migrationshintergrund. Hier haben wir Nachholbedarf. Dies sage ich auch selbstkritisch. Durch mehr Ganztagschulen, durch den Ausbau der frühkindlichen Bildung, durch die Einführung einer notwendigen Zahl an Kinderkrippen, durch die Entwicklung des Kindergartens, der zur Kinderschule wird, wollen wir erreichen, dass die wichtigsten Lebensjahre für Kinder – die nach der Geburt bis zum zehnten Lebensjahr – im Mittelpunkt des Ausbaus und der Investition in die Zukunft stehen. Dies kündige ich ausdrücklich an, weil ich will, dass alle neugeborenen Kinder in Baden-Württemberg – egal, aus welchem Umfeld – gleichermaßen chancenreich sind. Chancengleichheit am Anfang ist mir in besonderem Maß ein Ziel.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Qualitätsoffensive Bildung steht für einen Klassenteiler, der schrittweise auf 28 gesenkt wird, steht für 3 200 zusätzliche, neue Lehrerstellen über die bisherige Stellenzahl hinaus, steht für die Stärkung der Hauptschule und der Werkrealschule, steht für den flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung und steht dafür, dass auch in Zukunft das Prinzip „Kurze Beine – kurze Wege“ im ländlichen Raum gilt.

Wir glauben, dass dieses Konzept vor Ort umgesetzt wird. Die Partnerschaft mit den Kommunen ist schon absehbar. Kurzum: Das „Kinderland“ Baden-Württemberg wird mit dieser Qualitätsoffensive weiter realisiert.

Aber wir nehmen bei unseren Maßnahmen weiter die freie Entscheidung von Eltern und Familien sehr ernst. Unsere Anerkennung gilt den Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen möchten, ebenso wie denjenigen, die auf externe Betreuung angewiesen sind. Pflichtbetreuung ganztags wird weiterhin nicht unser Programm für die Kinder in Baden-Württemberg sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dieses duale Konzept mit Betreuung und mit Elternverantwortung kommt auch im Haushalt ganz klar vor: Wir bauen die Betreuungsplätze im Land auf die dreifache Zahl aus. Wir

haben das einkommensabhängige Landeserziehungsgeld im Anschluss an das Elterngeld in Baden-Württemberg für die Zukunft finanziert. Das Programm STÄRKE mit Elternkompetenzen kommt hinzu.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Wir führen flächendeckend neue Einschulungsuntersuchungen ein, und die Sprachförderung wird in Baden-Württemberg flächendeckend angeboten. Die Finanzierung sichern wir ausdrücklich zu.

Kurzum: Nicht wir entscheiden, wo nachmittags die Kinder sind. Dies entscheiden die Eltern. Aber die Elternentscheidung ist für uns die Vorgabe für den Ausbau der öffentlichen Betreuung.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Ich glaube, dass dies sehr wohl dem Leitbild von Familie und Gesellschaft, von Schule und Betreuung in Baden-Württemberg entspricht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Am anderen Ende des „Kinderlands“ geht es um Wissenschaft, um Lehre und um Forschung. Wenn irgendwo die Politik der Landesregierung von Dritten mit dem Prädikat „erfolgreich“ bewertet wird, dann dort.

Ich danke ausdrücklich den Vorgängerregierungen. Wir bauen in diesen Jahren auf dem Fundament der Regierungen von Lothar Späth

(Abg. Ingo Rust SPD: Schulden!)

und von Erwin Teufel auf. Hochschulerfolge kommen nicht von jetzt auf nachher. Dass von neun Eliteuniversitäten in Deutschland vier in Baden-Württemberg – besser gesagt, in Baden: Konstanz, Freiburg, Karlsruhe, Heidelberg – liegen, dass von vielen Anträgen auf Graduiertenschulen, Exzellenzcluster, Zukunftskonzepte die Mehrzahl aus Baden-Württemberg sind, dass Baden-Württemberg vor Bayern das Land der Exzellenz in der Wissenschaft geworden ist, hat mit den letzten 25 Jahren einer Schwerpunktbildung für die Investition in Wissenschaft und Forschung bei Staat, bei Instituten und in der Wirtschaft zu tun.

Wir werden hier nicht nachlassen. Wir werden jetzt investieren, damit unsere Nachfolger in zehn, in 15 und 20 Jahren genauso erfolgreich mit den Wissenschaftlern auf diesem Geschäftsfeld für die Jugend in Baden-Württemberg in die Zukunft gehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

In keinem anderem Flächenland werden pro Einwohner mehr Akademiker ausgebildet als in Baden-Württemberg. Doch wir werden nochmals einen Anstieg der Studierendenzahlen erleben. In den nächsten vier Jahren werden wir deswegen die Zahl der Studienanfängerplätze in Baden-Württemberg um 16 000 erhöhen. Wir schaffen in Schwäbisch Hall, in Tuttlingen und in Backnang neue Hochschullehrorte, wir stärken die Berufsakademien, kurzum, wir entwickeln unsere tertiäre Bildung so weiter, wie es der Arbeitsmarkt von morgen nachfragt

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

und wie es die Jugend von heute benötigt. Baden-Württemberg bleibt auch im tertiären Bereich exzellent.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Wir wollen die führende Rolle Baden-Württembergs als Innovationsmotor Deutschlands erhalten und ausbauen. Drei Großprojekte seien dafür beispielhaft genannt: erstens das KIT, das Karlsruher Institut für Technologie. Durch die Fusion der Uni Karlsruhe – einer Eliteuni – mit dem Forschungszentrum Karlsruhe wird mit rund 8 000 Mitarbeitern und einem Budget von einer halben Milliarde Euro pro Jahr eine weltweit angesehene Wissenschaftseinrichtung geschaffen. KIT kommt nicht von ungefähr von MIT; da geht es darum, dass man damit in der Champions League mithalten kann. Ich halte dies für eine ideale und geniale Fusion.

Zweitens: Unser Innovationsrat Baden-Württemberg wird Impulse für das Hochschulland und für die Forschung vorlegen. Die Arbeiten dafür sind im Plan.

Drittens: Bei den wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen, von denen es nirgendwo so viele wie in Baden-Württemberg gibt, deren Gebäude in die Jahre gekommen sind, werden wir in den nächsten Jahren, beginnend mit dem Haushalt 2009, eine Investitions- und Sanierungsoffensive starten, um neue Arbeitsfelder zu erschließen, Erweiterungsbauten zu ermöglichen und bestehende Bauten zu modernisieren, damit der Vorsprung bei der hochschulnahen Forschung in Baden-Württemberg von Fraunhofer, von Helmholtz, von der DFG, von Steinbeis und von anderen erhalten bleiben kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Neben der Haushaltspolitik, neben dem Arbeitsmarkt und der Wirtschaftsförderung, neben dem „Kinderland“ Baden-Württemberg widmen wir den vierten Schwerpunkt wie in den letzten zweieinhalb Jahren auch in der Zukunft dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Hier haben wir Nachholbedarf. Baden-Württemberg bleibt Wachstumsland. Die Zahl der Einwohner bei uns nimmt zu. Baden-Württemberg ist ein Land der industriellen und gewerblichen Produktion, hier sind Waren, Güter und Menschen zu befördern. In diesem Herzen Europas, wo die Verkehre von Nord nach Süd und von West nach Ost überall durchfließen, müssen wir noch mehr für Schienen, für Wasserstraßen und für Straßen in Baden-Württemberg tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich möchte Ihnen versichern, dass mir dabei ganz Baden-Württemberg wichtig ist: vom Hochrhein bis vor die Tore von Würzburg, von Karlsruhe bis nach Ulm, von der Gäubahn bis zur Südbahn. Meine Bitte ist: Wenn ein Durchbruch bei einer Straße oder einer Schiene erreicht worden ist, sollten die anderen Regionen nicht neidisch sein. Es kommt jeder dran.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Lachen des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Aber es kann immer nur einer zum Zug kommen.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Wenn die eine Schiene, die erfolgreich ist, in anderen Regionen nicht anerkannt wird, erreichen wir in Berlin nichts. Denn leider geht es um Folgendes: Der Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur entscheidet sich in Berlin. Wir müssen in Berlin die Lobbyarbeit fortführen – das tun wir –, und zwar bei Herrn Tiefensee, bei Herrn Steinbrück, bei Frau Merkel.

Wir müssen erreichen, dass dieses Thema in der nächsten Bundesregierung mehr Gewicht erhält und der Verkehrsbereich mehr Mittel bekommt. Wir in Baden-Württemberg haben allein für den Straßenbau, für den Bundesfernstraßenbau fertige Pläne im Volumen von 1,3 Milliarden €, bei denen morgen eine Ausschreibung und in der nächsten Woche ein Baubeginn möglich wäre.

Wir brauchen eine weitere Dreiviertelmilliarde Euro, damit bestehende Maßnahmen, die im Bau sind, durchfinanziert werden können. Für eine weitere Dreiviertelmilliarde Euro haben wir Planungen. Baden-Württemberg könnte in den nächsten Jahren für 2,8 Milliarden € Straßen bauen – keine neuen Straßen, sondern da geht es um die Ertüchtigung bestehender Trassen, um fünfte oder sechste Streifen oder um Ortsumfahrungen.

Wir fordern den Bund zur Bereitstellung von deutlich mehr Mitteln im Schienenwegebau und im Straßenbau auf und sorgen dann dafür, dass diese gerecht im Land verteilt werden, damit dies zu wirtschaftlicher Stärkung, bürgerlicher Entlastung, mehr Verkehrssicherheit und mehr Lebensqualität in den Städten und Gemeinden führt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Und das geht auf Pump! Das soll der Bund ja offensichtlich auf Pump finanzieren!)

– Nein, das soll vor Steuersenkungen kommen, Herr Kollege Kretschmann.

Wir kämpfen für die Strecke Stuttgart–Ulm genauso wie für Frankfurt–Mannheim oder für die Rheintalbahn, die so geplant werden muss, dass der Lärm für die Bürger zumutbar ist. Wir kämpfen für die Autobahnen im ganzen Land. Kurzum: Ich will auch in den nächsten zweieinhalb Jahren alles tun, damit der Rückstand im Bereich der Verkehrsinfrastruktur in Baden-Württemberg Stück für Stück wettgemacht wird. Dies sage ich für alle Räume Baden-Württembergs mit gleichen Schwerpunkten zu.

Neben diesen Schwerpunkten erwähne ich am Schluss zwei weitere.

Zum einen die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie: Mir ist eine Umweltpolitik ohne Ideologie sehr wichtig. Mir ist wichtig, dass das Konzept der Nachhaltigkeit im ganzen Land von möglichst vielen Bürgern mitgetragen wird. Wir haben mit dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz Erfolg gehabt. Wir steigern unsere Maßnahmen zur Energieeffizienz. Wir liegen schon heute bei allen Maßnahmen, die den Klimawandel bekämpfen und den Klimaschutz steigern sollen, bundesweit mit vorn. Dies gilt für Fotovoltaik und Wasserkraft. Dies gilt für sparsamen Energieverbrauch.

Wir wollen eine Energiepolitik, die das Energiesparen stärkt und die Energieeffizienz erhöht, die aber auch die Abhängig-

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

keit von anderen Ländern, was Rohstoffe anbelangt, nicht hinnehmen will.

Ich fand es bemerkenswert, dass Cem Özdemir den Bau von Kohlekraftwerken für vertretbar gehalten hat und dass sein Förderer Joschka Fischer dies ebenfalls tut.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Sogar Palmer!)

Deswegen werden Sie einige Fragen beantworten müssen. Wer Kernkraftwerke abschalten will und neue Kohlekraftwerke nicht mehr akzeptiert, sondern bekämpft, ist unglaublich unwürdig von A bis Z.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Wer die Abhängigkeit von Gas nicht erhöhen will, wer vom Öl weg will

(Unruhe bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

und wer sieht, dass in wenigen Jahren Autos durch Strom betrieben werden, muss irgendetwas für die stabile Stromgewinnung tun. Überall nur Nein zu sagen ist kein Weg, der gangbar und glaubwürdig ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wenn jemand Nein sagt, dann sind Sie es, nämlich bei der Windkraftförderung! – Gegenruf des Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Kretschmann, jetzt aber, bitte!)

Baden-Württemberg ist und bleibt –

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie sind doch die größten Windkraftblockierer in der ganzen Republik! – Unruhe bei der CDU – Glocke des Präsidenten – Gegenruf des Abg. Stefan Mappus CDU: Wenn das alles ist, was euch einfällt – Windkraft! –, dann sind wir aber arm dran! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

– Kollege Kretschmann, wenn Sie bereit sind, die Laufzeit von Neckarwestheim dort hinzubringen, wohin sie gehört, kann man mit mir über das eine oder andere Windrad gern reden, wenn es für Sie notwendig ist.

(Oh-Rufe – Heiterkeit bei allen Fraktionen – Vereinzelt Beifall)

Baden-Württemberg ist und bleibt ein kulturell vielfältiges, weltoffenes Land. Dafür ist der Integrationsplan die entsprechende Anleitung. Ich danke meinem Kollegen Goll für die Vorbereitung. Wir wollen dafür sorgen, dass in Baden-Württemberg jeder, der auf Dauer oder auf Zeit hier lebt, Integrationsbereitschaft spürt und sich in die Arbeitswelt, das Wohnumfeld, die Freizeitgesellschaft und die soziale Vernetzung einbringen kann.

Dafür sind die Schulen der wichtigste Ort. Schulen vermitteln Werte, Schulen vermitteln Demokratie. Wir wollen, dass der konstruktive Dialog gerade mit anderen Religionen bei uns ohne Vorbehalte fortgeführt wird. Das Land, die Kirchen und die Wissenschaft nehmen im Ländervergleich längst eine Vor-

reiterrolle ein. Dass in Karlsruhe die entsprechende Pädagogische Hochschule ist und Rheinland-Pfalz dort ebenfalls Lehrer ausbildet, zeigt, dass Baden-Württemberg den Kopf nicht in den Sand steckt, sondern Entwicklungen der Gesellschaft aufgreift und darauf offensiv reagiert.

Wir bekämpfen Extremismus und Parallelgesellschaften entschieden auch dadurch, dass wir jeden respektieren und fördern, der sich mit uns gemeinsam für Frieden und Integration einsetzen will, egal, welcher Herkunft, Religion, Rasse, Hautfarbe er auch ist.

So bleibt Baden-Württemberg lebenswert und erfolgreich. Das Kapital unseres Landes sind seine Menschen. Ihnen verdanken wir unseren Reichtum an kreativen Ideen, unsere kulturellen Leistungen, unser soziales Miteinander, unsere hohe Lebensqualität. Wir sind stolz auf das, was alle Menschen in Baden-Württemberg für sich und für das Land getan haben, stolz auf das, was wir gemeinsam erreicht haben.

Ich danke den Kolleginnen und Kollegen in meinem Kabinett, und ich danke auch der CDU-Fraktion und der FDP/DVP-Fraktion, die uns tragen.

Im Ländervergleich – dies zeigt sich in diesen Tagen besonders stark – und auch im Vergleich zur Bundesregierung haben wir in Baden-Württemberg eine Regierung, die zu den stabilsten und stärksten gehört.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hans-Georg Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Im Gegensatz zu den SPDgeführten Ländern!)

Der Vergleich mit Kiel, Hamburg, Berlin, München, Wiesbaden, Potsdam und Dresden zeigt: Wir haben allen Grund, mit Entschiedenheit, mit Tatkraft, mit Bürgernähe und mit Gelassenheit bei einer guten Ausgangslage des Landes, seiner Wirtschaft, seiner Menschen in die nächsten zweieinhalb Jahre zu gehen. Wir heben nicht ab. Wir setzen unsere Arbeit fort und wollen damit einen Beitrag dazu leisten, dass unsere Kinder einmal sagen: Die haben das meiste richtig gemacht und haben die Weichen für eine gute Zukunft ordentlich gestellt.

Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, für die Aussprache hat das Präsidium eine Redezeit von 30 Minuten je Fraktion festgelegt.

Ich erteile Herrn Abg. Schmiedel das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Ministerpräsident, Sie haben den Schwerpunkt Ihrer Regierungserklärung auf die Zeit gelegt, die vor uns liegt. Ich möchte ebenfalls mit den Herausforderungen für die kommenden zweieinhalb Jahre dieser Wahlperiode beginnen.

Diese Herausforderungen werden ganz wesentlich von der Finanzkrise bestimmt, die, von den USA ausgehend, mittlerweile die ganze Welt erreicht hat, auch Deutschland und Europa.

(Claus Schmiedel)

Diese Krise hat eine Dimension, die alles in den Schatten stellt, was wir die letzten Jahrzehnte hindurch erlebt haben. Dass die Weltwirtschaft rund um den Globus noch nicht zusammengebrochen ist, liegt einzig und allein daran, dass die Notenbanken gelernt haben, sich anders zu verhalten als 1929, und Milliarden in den Geldkreislauf gepumpt haben – im Vertrauen, dass alles gutgeht.

Da muss man schon einmal benennen, wer sich eigentlich gegen die Eindämmung der Gefahren eines zügellosen Finanzkapitalismus gesperrt hat, der nur von blanker Gier getrieben wird. Das war natürlich die Regierung Bush. Es waren aber auch Europäer wie der damalige britische Finanzminister und jetzige Premierminister Brown,

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sozialdemokraten!)

die die Mahnungen von Kanzler Schröder

(Abg. Stefan Mappus CDU: Schröder?)

und auch das Drängen der Kanzlerin Angela Merkel in den Wind geschlagen haben, die sich geweigert haben, Regeln einzuführen, die unseren entsprechen, und im Gegenteil erwartet haben, dass wir unsere Spielregeln für die Finanzwirtschaft aufgeben und alles freier und liberaler gestalten.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das hat mit Liberalität nichts zu tun!)

– Die, die das in der Vergangenheit so vor sich hergetragen haben, sollten jetzt ganz ruhig sein.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Denn sie gehören zu den strategischen Mittätern.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Theurer ab nach Europa!)

Es ist gut, dass die Europäische Kommission jetzt beschlossen hat, in Europa festere Regeln einzuführen. Es ist gut, dass die Angriffe gegen unser öffentliches Bankenwesen aufhören. Es ist gut, dass wir in Europa damit die Chance haben, ein Gegengewicht zu den liberalen Bestrebungen,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das hat mit liberal nichts zu tun! – Gegenruf des Abg. Ingo Rust SPD: Doch! Natürlich!)

den neoliberalen Bestrebungen, zu schaffen, die Freiheit für den Markt, Freiheit für Kapital, Freiheit für die Gier in den Mittelpunkt stellen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Brown ist doch ein Sozialdemokrat! Er gehört zur Labour-Partei, das sind doch Sozialdemokraten! Das wollen Sie nicht hören!)

Jetzt müssen wir uns aber auch, Herr Ministerpräsident, mit den notwendigen Konsequenzen für unsere finanzpolitischen Strategien und für unsere wirtschaftspolitischen Strategien beschäftigen. Das Erste: Wir müssen alles tun, damit unsere öffentlichen Banken, unsere Volksbanken und auch die Privat-

banken stabil bleiben. Für uns Sozialdemokraten gilt als erste Priorität die Sicherheit der Spareinlagen der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der SPD – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Für Liberale auch!)

Die zweite Priorität ist für uns die verlässliche Finanzierung unseres Mittelstands und des Handwerks.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Für uns auch!)

Deshalb, Herr Ministerpräsident, wehren wir uns vehement gegen eine politisch getriebene Fusion unserer Landesbank. Jegliche Fusion, die unsere Landesbank eingehen soll, kann nur stattfinden, wenn sie die Stabilität unserer Landesbank erhöht und nicht schwächt.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel und Dr. Birgit Arnold FDP/DVP)

Eine Fusion kann nur stattfinden, wenn sie nicht zulasten der Beschäftigten in Stuttgart, Mannheim oder Karlsruhe geschieht. Diejenigen, die mit uns fusionieren wollen – in München oder in Nordrhein-Westfalen –, müssen erst ihre Hausaufgaben machen. Wer heute zu viel an Bord hat, der muss erst vor Ort abspecken und darf nicht fusionieren zulasten unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Ich teile Ihre Einschätzung, Herr Ministerpräsident, dass die Finanzkrise natürlich auch auf die reale Wirtschaft durchschlägt und dass wir mit einer Rezession in den USA zu rechnen haben. Dies hat Auswirkungen auf die Weltkonjunktur, es hat Auswirkungen auf unsere Exportwirtschaft und verschärft den Wettbewerb auf den heimischen Märkten.

Deshalb ziehen wir daraus drei Schlussfolgerungen für die strategische Ausrichtung unserer Landespolitik. Die erste lautet: Wir müssen alles dafür tun, dass gute und verlässliche Arbeit nicht unter den Druck von Lohndumping, Leiharbeit und unsauberer Arbeit kommt.

(Beifall bei der SPD)

Wir verlangen, Herr Ministerpräsident, auch von der Landesregierung als Arbeitgeber, dass sie mit dieser Philosophie, Arbeitnehmer immer kurzfristiger zu beschäftigen, Arbeitnehmer im Leiharbeitsverhältnis zu beschäftigen, Arbeitnehmer zu möglichst niedrigen Löhnen zu beschäftigen, aufhört. Ist es denn notwendig, dass an der Uniklinik in Freiburg ein Drittel der Beschäftigten befristet arbeiten? Ist das notwendig? Ist es notwendig, dass auch in den Bereichen, in denen das Land als Arbeitgeber Verantwortung trägt, immer mehr Leiharbeit einkehrt? Ist es notwendig, dass bei der Förderbank des Landes mittlerweile 86 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als Leiharbeitnehmer beschäftigt sind?

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Von wie vielen?)

Wenn ich die befristeten Stellen dazunehme, dann ist bei der Förderbank in Baden-Württemberg bereits jeder sechste Ar-

(Claus Schmiedel)

beitnehmer befristet beschäftigt. Herr Ministerpräsident, „Kinderland“ ist auch „Elternland“. Wie sollen sich denn Menschen, die unter unsicherer und nicht verlässlicher Arbeit leiden, die nicht wissen, was in zwei Jahren sein wird, mit dem Gedanken an Kinder und Familie anfreunden?

(Beifall bei der SPD)

Hören Sie deshalb auf, in diese unsicheren Arbeitsverhältnisse zu gehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen auch in unserer Rolle als öffentliche Auftraggeber dafür sorgen, dass nicht diejenigen belohnt werden, die mit Lohndumping, mit Leiharbeit, mit Sozialversicherungsbetrug die Preise niedrig halten und das anständige Handwerk, den Mittelstand aus dem Wettbewerb kegeln. Es geht nicht an, dass diejenigen am Ende belohnt werden, die sie sich unanständig verhalten, und diejenigen, die sich anständig verhalten, die Dummen sind.

(Beifall bei der SPD)

Wir danken an dieser Stelle dem Handwerk in Baden-Württemberg, dass es uns bei einer ganz wichtigen Maßnahme unterstützt hat, mit der jetzt durch öffentliche Aufträge das anständige, gute, regionale Handwerk bei öffentlichen Aufträgen besser bedacht werden kann, als es in der Vergangenheit der Fall war.

(Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU)

– Herr Mappus, Sie haben hier zweimal einen Antrag abgelehnt, die Wertgrenzen zu erhöhen. Sie haben das abgelehnt!

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: So ist es!
– Abg. Stefan Mappus CDU: Es gibt gar keine Wertgrenzen! Sie lügen! Sie wissen ganz genau, dass es keine Wertgrenzen gibt!)

Deshalb hat das Handwerk auch von der Regierung verlangt – übrigens in Übereinstimmung mit dem Städtetag, dem Gemeindetag und dem Landkreistag –, dass diese Wertgrenzen auf das bayerische Niveau angehoben werden. Sie haben das abgelehnt.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das ist unglaublich!)

Dann ist Folgendes passiert: Dann sind wir Sozialdemokraten mit der Unterstützung des Handwerks vor Ort marschiert und haben Druck gemacht. Der Druck hat dazu geführt, dass Sie am Ende doch die Wertgrenzen erhöht haben

(Zuruf von der SPD: Genau so war es! – Beifall bei der SPD)

und heute die Bürgermeister Aufträge in der Region vergeben können, und das war gut so.

(Beifall bei der SPD – Abg. Stefan Mappus CDU: Glatt gelogen! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Das ist die Unwahrheit, was Sie sagen! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzels FDP/DVP)

Deshalb wollen wir das Handwerk in Baden-Württemberg noch einmal um Unterstützung bitten für ein weiteres Thema, das wichtig ist,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Mindestlöhne! – Abg. Stefan Mappus CDU: Die Mindestlöhne kommen jetzt!)

damit wirklich Arbeit in Baden-Württemberg bleibt und gut bezahlte Arbeit gestärkt wird. Wir haben es zunehmend mit Ausschreibungen zu tun, die nicht in Gewerken vergeben werden, sondern die an Finanzinvestoren vergeben werden. Der Wirtschaftsminister nennt es PPP, Public Private Partnership. Wir wissen aus der „Schwindelwirtschaft“, der Finanzwirtschaft,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Stefan Mappus CDU: „Schwindelwirtschaft“! – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

dass man immer, wenn angelsächsische Begriffe kommen, aufpassen muss. Wenn bei Finanzprodukten im Beiprogramm „Security“ steht, dann ist damit meistens ziemlich viel Unsicherheit verbunden. Und wenn der Wirtschaftsminister von Partnership spricht, dann meint er die Partnerschaft mit Finanzinvestoren, mit Generalunternehmern. Aber bei allem, was hinterher kommt, bei Subunternehmern, geht es ziemlich fies zu.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE – Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: So ist es! Jawohl! – Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU)

Nehmen Sie einmal die Vergabe des Neubaus der Justizvollzugsanstalt in Offenburg.

(Oh-Rufe von der FDP/DVP)

Nehmen Sie dieses Beispiel. Bei der Ausschreibung erhält ein Finanzinvestor den Zuschlag. Der vergibt an einen Generalunternehmer. Der wiederum holt sich die Subunternehmer mit den billigsten Arbeitskräften.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: 109 Subunternehmer!)

Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit stellt den Bau fünfmal ein, weil Schmu und Lug und Trug herrschen.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Unglaublich! – Minister Ernst Pfister: Wo war das so?)

Gustav-Adolf Haas fragt die Regierung: „Was ist da los?“ Die Regierung antwortet: Das geht uns nichts an. Das ist ein privates Bauvorhaben. Wir kommen erst ins Spiel, wenn der Bau fertig ist und wir den Leasingvertrag abschließen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE – Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Es darf doch nicht wahr sein, dass wir zunehmend in PPP-Projekte gehen, die nur Finanzinvestoren stemmen, die nur die Großen stemmen. Züblin freut sich. Das Handwerk kommt

(Claus Schmiedel)

nicht zum Zug, und wenn es zum Zug kommt, dann kommt es nicht auskömmlich zum Zug. Deshalb fordern wir das Handwerk in Baden-Württemberg auf, uns noch einmal zu unterstützen. Wir wollen weiter Druck machen, dass man nicht diesen Irrweg weitergeht. Sie streuen den Leuten Sand in die Augen, wenn Sie behaupten, PPP nütze dem Handwerk.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir müssen als zweiten Punkt, Herr Ministerpräsident, wenn die Weltkonjunktur nachlässt, dafür sorgen, dass wir zusätzliche Wertschöpfung und Wachstum und Arbeitsplätze aus eigener Kraft im eigenen Land fördern.

Da steht natürlich das Thema der regenerativen Energien, der dezentralen Energieversorgung ganz vorn an. Das sind Wertschöpfungspotenziale, Arbeitspotenziale; es sind Milliarden, die wir sonst in den Nahen Osten, nach Russland oder nach Paris überweisen würden und die so vor Ort bleiben und dort wirksam werden könnten. Und es geht! Schwäbisch Hall erzeugt schon heute 40 % des benötigten Stroms und 50 % der Wärmeleistung vor Ort.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Sehr gut! – Zurufe der Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP und Helmut Walter Rüeck CDU)

Dort wird jetzt ein Energiewald gebaut, und dadurch werden sich diese Anteile noch erhöhen. Im Landkreis Biberach stammen heute schon 20 % des Stroms aus regenerativen Energien. Die Stadtwerke von Mosbach wollen Ende nächsten Jahres alle privaten Haushalte auf ihrem Gebiet – nicht die Industrie, aber alle privaten Haushalte – mit Strom aus regenerativen Quellen versorgen. Wir haben, Herr Oettinger, in Ludwigsburg den Spatenstich für ein Heizkraftwerk gesetzt, in dem Holzabfälle, die andernfalls vor sich hin rosten, verbrannt werden. Dadurch sparen wir 7,5 Millionen Liter Heizöl und erzeugen nebenbei noch 10 Millionen Kilowattstunden Strom. Das Geld bleibt vor Ort, es schafft Arbeit und sorgt für Wertschöpfung.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es uns gelingt, 20 % der Energie, die wir heute in Baden-Württemberg verbrauchen, einzusparen, dann haben wir allein durch diese Maßnahme einen Kaufkraftzuwachs von jährlich 3 bis 4 Milliarden € im Land.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Und wenn es uns gelingt, einen immer größeren Anteil der Energie dort zu erzeugen, wo sie benötigt wird, wo die Menschen arbeiten und wohnen, dann haben wir noch einmal viele zusätzliche Milliarden Euro an Wertschöpfung, dann gibt es Wachstum und einen Zuwachs an Arbeitsplätzen vor Ort. Das ist unser Weg. Sie helfen mit Ihrem Kurs – „Wir setzen die Atompolitik fort. Wir bleiben beim Atomstrom!“ – Neckarwestheim und Philippsburg. Wir helfen allen anderen 1 107 Städten und Gemeinden, ihre Energie selbst zu erzeugen und hier voranzukommen, Wertschöpfung zu erzielen und Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Herr Ministerpräsident, Sie haben davon gesprochen – das ist auch unbestritten richtig –, dass wir in Baden-Württemberg eine ausgezeichnete Forschungs- und Entwicklungslandschaft haben, um die uns viele beneiden. Es gibt keinen Landstrich in Deutschland, der so gesegnet ist mit Instituten der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung sowie mit exzellenten Universitäten, wie wir sie haben, was die Forschung angeht.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das ist jetzt das erste Richtige, was Sie feststellen! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Da muss es aber umso mehr verwundern, Herr Ministerpräsident, dass wir in Bezug auf das, was aus diesem exzellenten Forschungsbereich an Neuem herauskommt – Hightech, Existenzgründungen –, obwohl wir die beste Plattform haben, gerade einmal Durchschnitt sind. Sie berufen sich ja gern auf die „Wirtschaftswoche“. Deshalb habe ich die Ausgabe von dieser Woche mitgebracht.

(Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU)

Da wird berichtet: Die Mannheimer Ökonomen hatten in elf deutschen Metropolregionen das Gründungsklima im industriellen Hightechbereich untersucht. Wörtlich heißt es in der Studie:

In den vergangenen zehn Jahren hat Stuttgart stetig an Vorsprung eingebüßt und ist jetzt fast auf die Gründungsintensität im Bundesgebiet zurückgefallen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oi, oi, oi!)

Diese Entwicklung stehe im Hightechbereich – wieder wörtlich –, exemplarisch für die Entwicklung der Gründungstätigkeit in ganz Baden-Württemberg.“

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Nun wird natürlich der Wirtschaftsminister hierzu befragt; denn das schlug wie eine Bombe ein. Er sagt: Wir brauchen eine Kurskorrektur.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Das ist richtig. Aber dann tun Sie doch etwas!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Lediglich einen Innovationsrat zu gründen,

(Abg. Ingo Rust SPD: „Wenn ich nicht mehr weiter weiß ...“!)

einen Innovationsrat, der mittlerweile vielleicht zweimal getagt hat – er ist eine wirkliche Schlafmützensgesellschaft –,

(Heiterkeit bei der SPD)

und zu sagen, das bringe uns voran, ist, Herr Ministerpräsident, zu wenig. Es ist auch zu wenig, sich darauf zu berufen, dass die Vorgängerregierungen schon viel getan hätten. Das ist ja richtig. 1996 – das war das letzte Jahr der Großen Koalition –

(Claus Schmiedel)

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Schauen Sie sich einmal an, was die SPD damals gesagt hat!)

war Baden-Württemberg, was die Unterstützung der Fraunhofer-Gesellschaft betrifft, die Nummer 1. Heute sind wir vielleicht gerade einmal noch die Nummer 15. Daran ändert es auch nichts, dass Sie, nachdem Herr Bullinger gedroht hat, er wandere jetzt endgültig ab, die Dächer reparieren lassen und dass die Heizungen in Ordnung gebracht werden. Wir brauchen Projektgelder.

(Beifall bei der SPD)

Man muss vor Ort gehen, um zu erfahren, was wirklich los ist. Wir waren im Fraunhofer-Institut für Chemische Technologie in Pfinztal bei Karlsruhe. Was haben die uns erzählt? Sie wollen einen Kompetenzcluster gründen und tun sich damit unglaublich schwer. Deshalb sind sie mit ihrem Vorhaben, aus organischen Stoffen Leichtbaustoffe zu entwickeln – ein Zukunftsthema par excellence – auch nach Bayern gegangen. Sie haben uns berichtet: In Bayern ist es leichter, 22 Millionen € zu akquirieren als in Baden-Württemberg 600 000 €. Dies wird noch verdreifacht, weil die Landesgelder durch Bundesgeld und Gelder aus der privaten Wirtschaft in jeweils der gleichen Höhe verdoppelt und verdreifacht werden. Das heißt, für ein und dasselbe Kompetenzthema stehen in Bayern demnächst 66 Millionen € zur Verfügung und in Baden-Württemberg 1,8 Millionen €.

(Oh-Rufe von der SPD)

Jetzt kommt der Hammer: Auch dort, wo Sie gar kein Geld geben müssten, wo Sie nur mittun müssten, tun Sie nicht mit. An diesem Institut gibt es eine hohe Kompetenz sowie Patente für ein Zukunftsthema, nämlich für hochleistungsfähige, langlebige Batterien, mit denen man z. B. Strom aus Windenergie vor Ort speichern kann – 70 % Wirkungsgrad und mehr. Das ist ein hochinteressantes Thema, denn das macht diesen Windstrom erst richtig wertvoll, weil er dann eingespeist werden kann, wenn er gebraucht und gut bezahlt wird.

Die Mitarbeiter dort sind fertig mit dem Labor, sie haben ihre Patente. Jetzt wollen sie damit in Serie gehen; sie wollen am Rande des Instituts die Serienproduktion machen. Aber sie müssen es noch weiterentwickeln, und was brauchen sie dazu? Ein Windrad. Dieses Windrad wird nicht genehmigt, weil man vier Windradstandorte im Tal ausgewiesen hat, die erst belegt werden müssen, bevor ein neuer Standort auf dem Berg genehmigt wird.

(Heiterkeit bei der SPD)

Also sagen sie: Wir gehen dorthin, wo wir das Windrad bauen können, nach Rheinland-Pfalz oder nach Bayern. Dann gehen halt die Kompetenz und die Wertschöpfung auch dorthin. – So sieht es aus in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Ganz herausragende Beispiele!)

Das, was für diese Batterieproduktion gilt, das gilt auch für das Thema „Stationäre Brennstoffzelle“ am Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung in Ulm, das gilt für den Dienstleistungsroboter beim Fraunhofer-Institut in Stuttgart. Nirgendwo kommen sie richtig über die Schwelle von

der Laborphase zur Produktionsphase. Das liegt einfach daran, dass, wie Menno Harms, auch ein Mitglied dieses Innovationsbeirats, gesagt hat, „niemand weiß, was die Landesregierung in der Innovationspolitik will“.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Das ist der Hammer!)

Der dritte Punkt, Herr Ministerpräsident, der in den nächsten Jahren immer wichtiger wird – nicht nur wegen der globalen Wirtschaftsentwicklung, sondern auch wegen des demografischen Wandels –, ist, dass wir alle Bildungspotenziale in unserem Land auch wirklich ausschöpfen.

Da sagen Sie, wir hätten keine Unterstützung für unser Konzept „Länger gemeinsam lernen“. Das ist wirklich lächerlich. Sie führen den Buchstaben C in Ihrem Parteinamen, und deshalb will ich mit folgenden Organisationen beginnen, die uns bei der Konzeption „Länger gemeinsam lernen“ unterstützen. Das ist das Katholische Landvolk, das ist die Diakonie, das ist die Caritas, das sind die Evangelische Landeskirche in Baden und die Evangelische Landeskirche in Württemberg. Deshalb gebe ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, einen Rat. Sie haben noch einen Zuspruch in der Bevölkerung von knapp über einem Drittel, nämlich 37 %. Bevor Sie auf 25 %, auf ein Viertel, abrutschen, horchen Sie auf die „befreundeten“ Organisationen Ihrer Partei, die christlichen Organisationen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Es sind aber auch andere: Es sind die Gesamtelternbeiräte, es ist der Handwerkskammertag, es ist die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, es sind die CDU-Sozialausschüsse. Wenn ich Ihnen noch ein paar Personen nennen darf,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Machen Sie doch weiter!)

dann nenne ich Ihnen Lothar Späth, den Sie vorhin lobend erwähnt haben, Rita Süßmuth und den UN-Menschenrechtsbeauftragten.

(Lachen bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Hat der Papst auch etwas dazu gesagt? – Abg. Stefan Mappus CDU: Ist der auch für Sie zuständig, oder ist es jemand anderes? – Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wenn Sie auf den nicht hören wollen, dann hören Sie vielleicht auf ein aktives Mitglied Ihrer Partei, nämlich auf den Präsidenten des CDU-Wirtschaftsrats, Kurt Lauk, der am 9. Mai 2008 im „Focus“ gesagt hat – ich zitiere –:

Die CDU muss sich dringend von dem Mantra verabschieden, dass die Hauptschulen gute Bildung in der Breite sichern. Genau das tun sie nicht.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Es sei an der Zeit, die ideologischen Gräben der Siebzigerjahre zu verlassen.

Die CDU muss endlich zur Kenntnis nehmen, dass die Hauptschule nicht zu retten ist.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

(Claus Schmiedel)

Lassen Sie also Ihre ideologischen Scheuklappen, stellen Sie sich den notwendigen Herausforderungen und der Weiterentwicklung!

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Schauen Sie nicht nur zum Regierungstisch, sondern auch auf die Tribüne! Dort sind auch Hauptschüler!)

Sie haben gesagt, Sie legten Wert auf eine Unterstützung vor der Schule. Der Ansatz ist völlig richtig. Aber ich frage Sie: Warum dieses Hickhack, warum dieses Trauerspiel um die Finanzierung der Sprachförderung vor Schuleintritt? Das darf doch nicht wahr sein! Sie kommen hierher und sagen: „über eine halbe Milliarde Euro für die Bildungsoffensive“.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Über eine halbe Milliarde Euro für die Bildungsoffensive,

(Zuruf: Das ist nicht viel!)

und dann haben Sie keine 14 Millionen € übrig – das sind nicht einmal 3 % der Summe für diese grandiose Bildungsoffensive –, um Ihr Konzept der Sprachförderung – das ist nicht einmal unser Konzept – zu finanzieren. Sie streiten mit unserem früheren Kollegen, Herrn Moser, ob die „Moser-Stiftung“ diesen Beitrag erbringt. Das ist aber eine Pflichtaufgabe.

(Oh-Rufe von der CDU – Beifall bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das war eine Versöhnung der SPD mit der Landesstiftung! – Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herrlich!)

Das darf doch nicht davon abhängig sein, ob die Landesstiftung die notwendigen Mittel angesichts der Unsicherheiten am Kapitalmarkt auch tatsächlich erwirtschaftet. Also übernehmen Sie das bitte in den Landeshaushalt.

(Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein, ich muss jetzt mit dem Ministerpräsidenten reden.

(Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU)

Wenn Sie gesagt haben, wir würden eine Scheinbefragung machen, so spricht das Bände. Das spricht Bände. Sie spüren nicht,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist in keinsten Weise repräsentativ, was Sie da gemacht haben!)

dass die Antworten, die wir zum G 8 bekommen haben

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: „Bluff“ stand in der Zeitung! – Weitere Zurufe – Unruhe)

– die sind natürlich nicht repräsentativ; das ist völlig klar –,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Zuruf von der SPD)

eine Meinung widerspiegeln, die weit verbreitet ist.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Sie können das ignorieren. Das rächt sich bei Ihnen. Aber es ist schade. Man kann doch nicht zulassen, dass Herr Rau sagt, in zehn Jahren habe sich dieses System vielleicht eingespielt, das brauche diese Zeit. Es geht doch nicht, dass man zehn Generationen von Schülern da durchjagt.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Zehn Generationen?)

Da müssen doch notwendige Korrekturen erfolgen. Sie waren doch schon einmal nahe daran, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben im Frühjahr, am Aschermittwoch gesagt, was notwendig ist: runter mit der Stundenzahl, Entschlackung des Lehrstoffs, kleinere Klassen, Hausaufgaben in den Schulen machen. Sie haben es doch gesagt.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Nichts gemacht!)

Was die Forderung nach Entrümpelung des Stoffes angeht, so kommt der Kultusminister und sagt: Wir haben kein Gerümpel, also wird nicht entrümpelt, basta!

(Heiterkeit bei der SPD)

Basta!

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das war ja auch am Aschermittwoch! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Basta! – Abg. Stefan Mappus CDU: Das war jemand anderes mit „basta“!)

Wir kennen das Wort „basta“ aus der Bundesregierung, aber da hat der Regierungschef „basta“ gesagt, nicht der Kultusminister zum Regierungschef.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herrlich! Klasse!)

Herr Ministerpräsident, Sie ignorieren die Schwierigkeiten des Übergangs von der Schule in die berufliche Bildung, insbesondere für Hauptschülerinnen und Hauptschüler, weil Sie sich wieder von einer Statistik blenden lassen und nicht in die Realität eintauchen. Sie sagen: Dass wir diese geringe Jugendarbeitslosigkeit haben, ist ein Beleg dafür, dass die Hauptschule exzellent aufs Berufsleben vorbereitet.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: In der Tat! Auf jeden Fall!)

Sie ignorieren, dass wir deshalb eine geringe Jugendarbeitslosigkeit haben, weil Zehntausende von jungen Menschen in Baden-Württemberg in der Warteschleife sind. Sie sind nicht arbeitslos, aber sie sind auch nicht beschäftigt. Sie sind in der Warteschleife, weil sie nicht genug auf den Beruf vorbereitet worden sind.

(Claus Schmiedel)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zurufe der Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP
und Norbert Zeller SPD)

Deshalb müssen wir da besser werden.

Wenn man Ihren Ansatz für die nächsten zweieinhalb Jahre sieht und das, was tatsächlich notwendig wäre, kann man sagen, dass Sie von den tatsächlichen Themen und Problemen der Menschen abgehoben regieren und dass Sie die falschen Antworten auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahre haben.

Jetzt kommt die zweite Abteilung. Eine Halbzeitbilanz ist natürlich nicht nur eine Bilanz der politischen Perspektive, sondern auch eine persönliche Bilanz. Da muss man schon sagen, Herr Ministerpräsident: Ihr Markenzeichen, das Sie heute wieder gesetzt haben – „Wir sind die soliden Haushälter, und das zeichnet uns aus“ –, ist ja mehr als relativ.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Sie haben gesagt: „Wir stehen im Vergleich der Länder gut da.“

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Schauen Sie einmal nach Rheinland-Pfalz zu Herrn Beck, was der jetzt an Schulden macht! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der macht neue Schulden! Rücksichtslos über die zukünftigen Generationen hinweg! Ein Schuldenmacher ist er! – Unruhe – Zuruf von der SPD: Ruhe!)

Wo ist Herr Stratthaus? Er hört sich das heute nicht an, okay. Herr Stratthaus ist eine ehrliche Haut.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ein ehrlicher Mensch!)

Er hat – am 16. April in der „Stuttgarter Zeitung“ nachzulesen – Folgendes gesagt:

Wir haben eine relativ gute Kapitalmarktverschuldung – hinter Bayern und Sachsen liegen wir auf Rang drei. Wenn man aber die künftigen Kosten der Beamtenpensionen hinzunimmt, rutschen wir auf den letzten Platz zumindest der Flächenländer.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ingo Rust SPD: So ist es!)

Auf den letzten Platz, nicht auf ein Mittelmaß, und wir sind eben nicht vorn! Jetzt sagen Sie: „Wir hatten uns vorgenommen, für 2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, und haben das schon im Jahr 2008 geschafft.“ Bravo! Bayern, Berlin und vier andere Länder haben es schon 2007 geschafft.

(Abg. Andreas Hoffmann CDU: Berlin? – Heiterkeit bei der CDU – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wie hoch ist der Betrag aus dem Länderfinanzausgleich, der nach Berlin fließt? – Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Schmiedel, jetzt machen Sie einmal halblang! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollen uns doch nicht mit Bankrotteuren vergleichen? – Weitere Zurufe von der CDU – Unruhe)

Wenn man einmal die Steuereinnahmen von 2005 mit denen von 2007 vergleicht, dann sieht man: Sie sind um 4,5 Milliarden € gestiegen. Sie haben also 4,5 Milliarden € an zusätzlichen Steuereinnahmen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Steuerstrategie und Finanzstrategie Schmiedel!)

Sie haben gegenüber 2007 auf 1,7 Milliarden € Schuldenaufnahme verzichtet. Das heißt: Da ist ein dicker Rest. Jetzt frage ich Sie: Wo ist denn das Geld?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wo ist denn das Geld? – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Im Länderfinanzausgleich! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist der blödeste Zwischenruf! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Das ist ganz minimal; dieser Betrag ist in etwa gleich geblieben. Den Rest haben Sie vergraben. Sie haben ihn auf die Seite gelegt und gesagt: Da kommt ja noch ein Wahlkampf 2011; da brauchen wir eine Kriegskasse. Das schlummert jetzt.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Sie hätten aber natürlich auch etwas machen können, z. B. im Bereich der Landesstraßen, nachdem Sie so für Infrastruktur sind. Da muss ich Ihnen entgegenhalten, dass Sie sich an der eigenen Nase packen müssen. Denn wir haben nachgeforscht, wie es um den Zustand der Landesstraßen bestellt ist. Gunter Kaufmann hat z. B. eine kleine Anfrage zum Zustand der Landesstraßen im Landkreis Rastatt, Drucksache 14/2793, gestellt. Und siehe da, die amtliche Antwort der Landesregierung lautet: Im Landkreis Rastatt und im Stadtkreis Baden-Baden gibt es rund 210 km Landesstraßen.

(Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

68 % davon seien in schlechtem oder sehr schlechtem Zustand.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist überall so! Das ist auch bei mir so! – Unruhe bei der SPD)

Dann fragt der Kollege Kaufmann weiter:

Wie viele Streckenkilometer sind mit dem Hinweisschild „Vorsicht Straßenschäden“ ausgeschildert?

Amtliche Antwort: ein Drittel. So ist es im ganzen Land. Im ganzen Land verkommt das Landesstraßennetz, weil Sie nicht bereit sind, die notwendigen Mittel in die Hand zu nehmen, um das in Ordnung zu bringen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Beispiel Sicherheit: Sie sagen, Sicherheit sei Ihnen ein hohes Gut. Wenn Sie in die Polizeireviere hinausgehen, dann merken Sie, dass überall 20 % der Stellen nicht besetzt sind.

(Abg. Ingo Rust und Abg. Martin Rivoir SPD: So ist es!)

(Claus Schmiedel)

Und Sie kürzen noch obendrauf. Dann sagen Sie, Sie wollten auf neue Herausforderungen schnell reagieren und nichts zulassen. Eine neue Herausforderung ist die Computer- und Internetkriminalität. Sie haben 100 EDV-Spezialisten angekündigt. Wo sind sie? Kein einziger ist da.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das Geld ist alles vergraben!)

Sie haben in der Regierungserklärung am 27. April 2005 zu den Studiengebühren wortwörtlich angekündigt:

Die Landesregierung wird die Erhebung von Studiengebühren nicht zum Anlass nehmen, die Förderbeträge für die Hochschulen zu senken.

Jetzt hören wir, dass der Wissenschaftsminister sagt, er wolle 300 Professorenstellen daraus finanzieren. Das Versprechen war aber doch: Da kommt etwas zum Pflichtanteil obendrauf, damit die Studienabbrecherquote kleiner wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Jetzt nehmen Sie die Professorenstellen aus dem Haushalt heraus und greifen in die Taschen der Studenten und sagen, diese sollten das bezahlen. Das ist doch unmöglich!

(Beifall bei der SPD – Abg. Ingo Rust SPD: Das ist unglaublich!)

Beim „Kinderland“ haben Sie versprochen: „Das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei; Mittagessen in der Kita.“ Nichts ist passiert.

Sie sagen: „Die Verwaltung soll bürgernah sein.“ Wissen Sie, wohin ein Bürger aus Mannheim nach Ihrer Konzeption muss, wenn er sein Grundbuch einsehen will? Der fährt 100 km östlich nach Heilbronn, dann fährt er 100 km nördlich, und kurz vor Würzburg, in Taubertbischofsheim, findet er das Amt, das für sein Grundbuch zuständig ist. Das ist doch gaga!

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie oft muss er denn da hin? – Abg. Stefan Mappus CDU: Schon einmal etwas vom elektronischen Grundbuch gehört? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der kriegt in jedem Rathaus Auskunft!)

Das ist das Kernproblem Ihrer Regierungstätigkeit, Herr Ministerpräsident. Sie formulieren Ziele – die sind abstrakt richtig; dagegen kann man nichts haben –: bürgernahe Verwaltung, Sicherheit. Aber wenn man genau hinschaut und in die Realität eintaucht, dann sieht man, dass vieles nicht stimmt.

Das wirkt sich folgendermaßen aus – damit komme ich zum Schluss, Herr Präsident –:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, ist Zeit! – Abg. Elke Brunnemer CDU: Wird auch Zeit!)

Baden-Württemberg ist ein starkes Land. Baden-Württemberg ist ein wirtschaftsstarkes Land, das deutlich über dem Durchschnitt liegt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen von einer deutlich höheren Position. Wir waren bei der Wirtschaftsleistung in der Bundesrepublik einmal einsame Spitze.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Also!)

Zuerst hat uns Hessen überholt, dann Bayern. Wir lagen bei der Wirtschaftsleistung um 80 % über dem EU-Durchschnitt.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Das hat sich halbiert. Wir liegen nur noch um 40 Punkte vorn.

Wir waren unter den Vier Motoren in Europa einsame Spitze. In der Zwischenzeit hat uns die Region Mailand überholt, und die anderen haben aufgeholt.

Das sind nicht unsere Zahlen. Es ist Carmina Brenner, Ihre frühere Kollegin, die uns diese Zahlen ins Haus schickt und die uns alarmiert.

(Beifall bei der SPD – Abg. Stefan Mappus CDU: Dass Sie jetzt schon Berlusconi loben! – Glocke des Präsidenten)

– Ich komme zum Schluss. – Deshalb, Herr Ministerpräsident: Wir sind zuversichtlich, und wir werden auch in den nächsten zweieinhalb Jahren intensiv mit Ihnen diskutieren und streiten, weil wir wissen, dass wir den besseren Entwurf für die Herausforderungen der Zukunft haben. Wir gehen ganz zuversichtlich in die große Wahlauseinandersetzung 2011. Denn wir werden die entscheidende Frage stellen, die dann die Bürgerinnen und Bürger zu beantworten haben: Soll das starke Land Baden-Württemberg mit der CDU von der gehobenen Position weiter Richtung Durchschnitt auf der Rutschbahn nach unten gehen,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

oder soll mit der SPD eine Trendwende eingeleitet werden, damit Baden-Württemberg dort landet, wo es hingehört,

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU)

an die Spitze der Spitze, an die Spitze der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, an die Spitze der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität,

(Abg. Stefan Mappus CDU: So wie Bayern!)

an die Spitze von Freiheit und Gerechtigkeit?

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Mappus.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Rück alles einmal wieder zurecht!)

Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Halbzeitbilanz der Landesregierung und der Koalition stimmt. Wir geben mit unserer Politik die richtigen Antworten auf die entscheidenden Gestal-

(Stefan Mappus)

tungsfragen für unser Land. Die erste Hälfte der laufenden Legislaturperiode war eine gute und erfolgreiche Zeit für Baden-Württemberg, was übrigens die bekanntermaßen nicht von uns in Auftrag gegebenen Umfragen der letzten Woche ja auch klar und deutlich belegen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn Sie es mit der Fußballersprache halten wollen, so können wir zur Halbzeit sagen: Regierung und Koalition spielen schnell nach vorn und haben für das Land wichtige politische Treffer erzielt. Wir werden auch in der zweiten Hälfte

(Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

das Tempo hoch halten und das politische Forechecking weiter verstärken.

Der Spielstand, meine Damen und Herren, ist eindeutig: Baden-Württemberg ist unter allen Ländern ganz vorn.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Der Ministerpräsident hat dies in seiner Regierungserklärung mit sehr beeindruckenden Daten überzeugend belegt. Auch wenn Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, die statistischen Spitzenwerte für unser Land parteipolitisch nicht in den Kram passen: Sie sind Fakt und haben natürlich auch mit der guten Politik dieser Landesregierung und dieser Koalition zu tun.

Im Übrigen, Herr Schmiedel, weiß ich nicht, was so Ihre Quellen sind.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Carmina Brenner! Meine Hauptquelle! – Vereinzelt Heiterkeit)

Vor Kurzem erschien von der Deutschen Telekom Stiftung

(Abg. Peter Hofelich SPD: Telekom Stiftung?)

– von der Deutschen Telekom Stiftung – eine weltweite Untersuchung über die Regionen mit den größten Innovationen im internationalen Vergleich. 21 Länder wurden untersucht: Schweiz, Bayern, Baden-Württemberg, die USA, Nordrhein-Westfalen, Schweden, Deutschland, Dänemark, Finnland, Großbritannien, die Niederlande, Irland, Japan, Sachsen, Frankreich, Österreich, Belgien, Korea, Kanada, Spanien

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Nicht so schnell!)

und Italien.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So schnell kann man doch gar nicht mitschreiben!)

Jetzt raten Sie einmal, welche Region in der Studie auf Position 1 kam. Es war Baden-Württemberg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Glauben Sie im Ernst, Baden-Württemberg wäre weiter das Land der Wirtschaftskraft, des Wachstums und des Wohlstands, wenn z. B. die Grünen ihre haarsträubenden Beschlüs-

se zum bedingungslosen Grundeinkommen umsetzen könnten?

(Zurufe von der CDU: Nein!)

Wir wären längst auf einem absteigenden Ast, wenn Sie hier das Sagen hätten.

Wir sind stolz auf die Tatkraft, die Leistungsbereitschaft und den Ideenreichtum der Menschen in Baden-Württemberg, und wir wollen die politisch richtigen Entscheidungen treffen, die den Menschen nützen. Ich möchte, dass der Fleiß und das Engagement der Menschen in diesem Land, in dieser Republik wieder gestärkt werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck und Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Bravo!)

Deshalb fördern wir erfolgreiches Wirtschaften, deshalb fördern wir innovatives Denken, und deshalb fördern wir im Übrigen auch gutes Zusammenleben. Ferner entwickeln wir die enormen Potenziale dieses starken und schönen Landes.

Ich glaube, der offene und dialogorientierte Stil, mit dem der Ministerpräsident sein Amt führt und mit dem er die Interessen zum Ausgleich bringt, ist dabei ein wichtiges Moment. Die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen sind im ständigen Gespräch. Sie machen ihre Politik mit den Städten und Gemeinden. Wir machen Politik mit den Kammern, wir machen Politik mit den Kirchen, mit dem Sport, mit dem Ehrenamt, mit den Vereinen, mit den Eltern, und nicht gegen die Institutionen,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie hören bloß nicht auf sie!)

nur auf Basis von blanker Ideologie, Herr Schmiedel.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Hören Sie doch auf die Kirchen!)

Der größte Erfolg ist zweifellos der definitive und dauerhafte Stopp der Neuverschuldung. Es ist das Ergebnis einer hochkonzentrierten und geschlossenen Mannschaftsleistung, die, Herr Kollege Noll, wahrlich nicht immer leicht war

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ist es!)

in den Diskussionen der Haushaltsstrukturkommission, aber die den Erfolg für Regierung und Koalitionsfraktionen sichert. Wir werden im kommenden Jahr ohne neue Schulden auskommen, wir werden im übernächsten Doppelhaushalt, dem Haushalt 2010/2011, mit Schulden auskommen.

(Zurufe, u. a. Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ohne!)

– Ohne Schulden auskommen.

(Heiterkeit – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Freud lässt grüßen!)

Wir machen Ernst mit dem Ausstieg aus der Schuldenspirale, und damit machen wir Baden-Württemberg weiterhin zum Musterländle in Deutschland.

(Stefan Mappus)

Was sagt Kollege Schmiedel zu diesem Thema?

(Heiterkeit der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich komme nachher bei einem anderen Punkt noch einmal darauf zu sprechen. Aber in einem Punkt ist Kollege Schmiedel wirklich nicht zu übertreffen. Ich kenne niemanden, der in dieser Rekordzeit so viele unterschiedliche Meinungen zum gleichen Thema vorträgt wie Kollege Schmiedel.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Heiterkeit bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er ist hochflexibel! – Abg. Jörg Döpper CDU: Das wird sein Markenzeichen!)

Eine solches Markenzeichen – schönes Beispiel – konträr zu dem, was er vorhin gesagt hat, ist folgende Aussage von Herrn Schmiedel in der „Südwest Presse“ vom 7. Mai 2008 – ich zitiere –:

Mit Haushaltssolidität gewinnt man am Ende keine Wahlen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Das lässt tief blicken, Herr Schmiedel, wenn Sie sagen, mit Haushaltssolidität gewinne man keine Wahlen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da ist etwas dran!)

und sich dann hier hinstellen und uns in der CDU kritisieren, wir würden zu langsam sparen oder zu langsam Schulden zurückzahlen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Böser Ausrutscher!)

Wir sagen: Wir haben Mehreinnahmen, die wir klug und vorausschauend einsetzen. Wir haushalten solide,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das glaubt ihr doch selbst nicht! Haushaltssolidität!)

sorgen für die Zukunft und sind voll und ganz mit dem Regierungschef einig vor allem mit Blick auf die Feststellung: Eine solide Haushaltspolitik ist im Hinblick auf zukünftige Generationen das Sozialste und das sozial Gerechteste, was man überhaupt machen kann. Zukünftigen Generationen weniger Schulden zu hinterlassen ist in diesem Land überfällig. Wir tun es.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der Ministerpräsident hat als Vorsitzender der Föderalismuskommission II die schwierige Aufgabe übernommen – das ist weiß Gott schwierig –, Länder wie z. B. Rheinland-Pfalz haushaltspolitisch endlich wirksam zur Ordnung zu rufen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Andere auch!)

Was macht Rheinland-Pfalz? Es tauchte vorhin bei Ihnen, Herr Schmiedel, in einer Aufzählung positiver Beispiele auf. Rheinland-Pfalz, meine Damen und Herren, macht in diesem Jahr bei einem Haushalt, der gerade halb so groß ist wie unserer, 700 Millionen € zusätzliche Schulden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unglaublich!)

Und Sie führen das als positives Beispiel für sozialdemokratisch regierte Länder an! Ich kann nur sagen: Wer bei voll sprudelnden Steuerquellen immer noch zulasten zukünftiger Generationen ein Land in die Pleite führt, ist grenzenlos unsolid und unsozial. Es ein Unding, dass Sie das noch als positives Beispiel anführen, Herr Schmiedel.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Ingo Rust SPD: Lothar Späth hat das in den Achtzigerjahren gemacht! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Ein weiteres dickes Plus in der Halbzeitbilanz war, ist und bleibt ohne jede Frage die Qualitätsoffensive Bildung. Sie haben natürlich das Problem, dass selbst Sie nicht damit gerechnet haben, dass wir über eine halbe Milliarde Euro zusätzlich – wobei wir alle anderen Ressourcen im System lassen, obwohl die Schülerzahlen zurückgehen – in das System geben, um die Bildungschancen unserer Kinder noch weiter zu stärken.

(Zuruf von der SPD: Aber das merkt niemand! Es kommt nicht an! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie verwechseln Quantität und Qualität!)

Wir stärken die Schulen. Wir verbessern den Unterricht und bringen innovative pädagogische Konzepte in den Lernbetrieb.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt haut es aber dem Fass den Boden aus! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wissen doch gar nicht, was sich in der Lehrerbildung getan hat! Keine Ahnung! Schauen Sie sich doch einmal die Lehrerbildung an!)

Meine Damen und Herren, die Qualitätsoffensive Bildung ist in Deutschland einzigartig. Kein anderes Land investiert derzeit so gezielt und vor allem so massiv in mehr Lehrer, kleinere Klassen und mehr Unterrichtsqualität. Wir werden damit den Bildungsvorsprung für Baden-Württemberg ausbauen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Alles, was Sie machen, Herr Schmiedel, geht doch nach hinten los.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Sie haben die getürkte Umfrage zum Thema G 8 gemacht. Selbst die Medienlandschaft hat einstimmig entlarvt, was Sie dort gemacht haben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Propagandaabteilung von Rau! – Unruhe bei der SPD)

Aber der völlige K.-o.-Schlag muss in dieser Woche für Sie doch gewesen sein – der Ministerpräsident hat schon darauf hingewiesen –, dass Sie trotz Ihrer Propaganda selbst bei sozialdemokratischen Wählern keine Mehrheit mehr für das haben, was Sie selbst fordern. Die Mehrheit Ihrer Wähler sagt:

(Stefan Mappus)

„Die Bildungspolitik in Baden-Württemberg ist richtig!“ So sieht es doch in Baden-Württemberg aus, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Nach dem, was Sie hier vorgetragen haben – ich habe ja nur noch darauf gewartet, dass Sie am Ende die Internationale anstimmen –,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Kennen Sie den Text? – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Kommunistisch war es sicher nicht, was er gesagt hat!)

kann ich nur sagen: Ihre Politik ist symptomatisch für das, was auch die SPD in Bayern gemacht hat, aber offensichtlich selbst am Wahlabend noch nicht begriffen hat. Ich habe ja nichts dagegen, dass Sie inzwischen das „Projekt 18“ der FDP umsetzen.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Aber wenn Sie am Ende des Tages dann noch der Meinung sind, mit 18 % hätten Sie in Bayern die Wahl gewonnen,

(Heiterkeit bei der FDP/DVP)

und drei Tage später argumentieren: „Wir sind auf der richtigen Schiene – weiter so!“,

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

dann kann ich nur sagen: Glückwunsch! Herzlich willkommen in der Nichtrealität, Herr Schmiedel.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Klaus Herrmann CDU: Schmiedel nimmt sich Bayern zum Vorbild!)

Wir machen Politik mit Fakten. Wir wollen, dass unsere Kinder die besten Möglichkeiten haben. Aber Sie haben das – das haben Ihre Aussagen heute belegt – wieder nicht hören wollen. Sie spielen lieber wieder die alte Platte von der Einheitsschule für alle – für keinen das Richtige, für alle das Gleiche.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Quatsch!)

Man hat den Eindruck, Sie hängen derart fest in Ihrer Rille, dass Sie sich wahrscheinlich erst besinnen werden, wenn Sie auch noch die Baumschule in Ihre Einheitsschule integrieren könnten, lieber Herr Schmiedel.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Norbert Zeller SPD: So ein Blödsinn! Unterstes Niveau ist das! – Zuruf der Abg. Helen Heberer SPD)

Deshalb kann ich nur sagen: Wir diskutieren keine Systemfragen, sondern wir diskutieren Qualitätsfragen. Wir sind der Überzeugung, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Ergebnisse zählen, und deshalb unterstützen wir den Kurs von Günther Oettinger und der Landesregierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

„Kinderland“: Exzellente Schulen und vielfältige Bildungsangebote gehören zu unserer Vision, zu unserer Sichtweise vom „Kinderland“ Baden-Württemberg. Laut UNICEF haben Kinder bei uns die bundesweit besten Startchancen ins Leben. Wir haben in der ersten Hälfte der Legislaturperiode das Richtige dafür getan, dass dies in Zukunft auch so bleibt. Im Bereich der frühkindlichen Bildung sind wir Schrittmacher. 92 % der Drei- bis Vierjährigen in Baden-Württemberg besuchen eine Bildungseinrichtung, im OECD-Durchschnitt 68 %. Der Ministerpräsident hat die Fortschritte beim bedarfsgerechten Ausbau der Kleinkindbetreuung dargestellt – Betonung auf bedarfsgerecht. Beim Zuwachs von Betreuungsplätzen, wo wir, was keiner von uns bestreitet, Nachholbedarf haben, sind wir unter den Top 3 der deutschen Länder. Wer eine Betreuung für sein Kind braucht, soll und wird in Baden-Württemberg ein passendes Angebot finden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Aber es geht uns nicht um Masse, sondern auch hier wie bei dem vorher zum Bildungsbereich Gesagten um Qualität, bessere Qualifizierung für Tagesmütter und größere Ausbildungskapazitäten für Erzieherinnen und Erzieher. Wir gehen mit den richtigen Inhalten und klaren Zielen voran.

Es gehört eben auch zur Leistungsbilanz der Regierung, dass der Ministerpräsident eine gute und tragfähige Einigung mit den Kommunen erreicht hat. Es ärgert Sie – das verstehe ich –, dass die drei großen kommunalen Landesverbände den Kurs gemeinsam mit uns machen. Aber es belegt das, was ich gesagt habe: Wir machen Politik mit den kommunalen Gebietskörperschaften und nicht gegen sie.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Wir lassen unsere Städte und Gemeinden mit dieser Aufgabe nicht allein. Ein Blick in die Verfassung zeigt, wer rein rechtlich ausschließlich für diese Aufgabe zuständig wäre. Aber wir alle wissen, dass Kommunen diese Aufgabe nicht alleine schultern können. Deshalb beteiligt sich der Bund. Deshalb unterstützen auch wir jährlich mit 165 Millionen € ab dem Jahr 2014 diese Aufgabe und übernehmen damit einen erheblichen Teil der finanziellen Verantwortung. Das, meine Damen und Herren, ist ein starkes Zeichen für das „Kinderland“ Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

„Kinderland“ bedeutet aber mehr als nur Betreuungsplätze. Deshalb ist es uns wichtig, gerade auch den Müttern und den Vätern Wertschätzung und Anerkennung zu vermitteln, die ihre Kinder ganz bewusst selbst in der Familie betreuen und erziehen, meine Damen und Herren. Deshalb machen wir es nicht wie Sie – praktisch per Zwang für alle das Gleiche –,

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: So ein Blödsinn!)

sondern bedarfsorientiert. Bei uns entscheidet die Familie über die Familie und nicht der Staat. Das ist der große Unterschied zur Opposition im Landtag von Baden-Württemberg.

(Stefan Mappus)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das war jetzt ideologischer Quark!)

Ein weiterer Gewinner zur Halbzeit der Wahlperiode ist unsere Infrastruktur. Die neue Landesmesse ist erfolgreich gestartet und bietet der Wirtschaft im Land ein attraktives Schaufenster zur Welt. Die Tatsache, dass sie schon voll ausgelastet ist, belegt dies, glaube ich, eindrucklich. Wir haben deutlich mehr Geld für den Landesstraßenbau zur Verfügung gestellt, lieber Herr Schmiedel.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

– Natürlich!

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Käse!)

Historisches Hoch: über 140 Millionen €, Sonderprogramm 60 Millionen €.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist alles Käse!)

An Ihrer Stelle wäre ich aber vorsichtig.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie geben nicht einmal die durchfließenden Mittel weiter!)

Sie sollten sich einmal die Anträge herausuchen, die u. a. Ihre Fraktion vor noch nicht allzu langer Zeit im Finanzausschuss des Landtags von Baden-Württemberg gestellt hat. Suchen Sie einmal nach dem Antrag Ihres Kollegen Knapp, der vor einigen Jahren eine Kürzung der Landesstraßenbaumittel gefordert hat.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rück CDU: Hört, hört! Das ist ja unglaublich! – Unruhe)

Sich dann hier hinstellen und zu sagen, es seien zu wenig Mittel, ist ungeheuerlich. Sie sagen mit Vorsatz die Unwahrheit – auch gegenüber diesem Hohen Haus, Herr Schmiedel.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch Unsinn!)

Baden-Württemberg 21 ist das zentrale Projekt. Herr Schmiedel und Frau Vogt, ich kann an Sie nur appellieren: Der Bundesverkehrsminister, von dem die jüngsten Irritationen über den weiteren Fahrplan ausgingen, hat Ihr Parteibuch, nicht das unsere.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Es gibt keine Irritationen!)

Beweisen Sie Ihren Einfluss in der Bundes-SPD und helfen Sie mit, dass hier keine Spielchen gespielt werden, meine Damen und Herren.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Da werden keine Spielchen gespielt! Die Verpflichtungsermächtigungen, Herr Mappus, werden eingestellt! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rück CDU)

Für die CDU-Landtagsfraktion ist ein weiterer Aktivposten in unserer Halbzeitbilanz von großem Wert, meine Damen und Herren. Wenn man die Wahlen in Bayern analysiert – völlig unbestritten: eine Katastrophe für die CSU –, dann ist sehr klar ersichtlich, wo man nicht nachlassen sollte und wo wir auch nie nachlassen werden. Wir machen eine Politik, mit der gerade auch der ländliche Raum erfolgreich und lebenswert bleibt. Kein anderes Bundesland in Deutschland hat eine so ausgeglichene Wirtschaftsstruktur wie das Land Baden-Württemberg:

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Richtig!)

im mittleren Neckarraum, in der Technologieregion Karlsruhe, in der Biotechnologieregion im Dreiländereck Rheinland-Pfalz/Hessen/Baden-Württemberg,

(Zuruf der Abg. Helen Heberer SPD)

im Süden des Breisgaus Exzellenzinitiative und exzellenter Tourismus, im Arbeitsamtsbezirk Ravensburg mit 2,3 % die niedrigste Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg, im Bodenseekreis mit 0,7 % die niedrigste Jugendarbeitslosenquote.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Kein anderes Bundesland hat eine so ausgeglichene Wirtschaftsstruktur im ländlichen Raum wie Baden-Württemberg. Deshalb werden wir diese Politik auch in Zukunft fortsetzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Jawohl!)

Es ist die klassische Stärke CDU-geführter Landespolitik, dass sich Städte und Dörfer auf dem Land dynamisch, gesund und nachhaltig entwickeln können. Wir wollen, dass Jobs und Chancen in der Fläche bleiben. Deshalb haben wir ein Impulsprogramm aufgelegt, damit auch die ländlichen Regionen an die großen Datenautobahnen angebunden werden. Wir haben mit dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum Europas erfolgreichstes Konzept der integrierten Agrar- und Strukturförderung. Wir haben unsere dezentrale Hochschulstruktur mit Tausenden zusätzlichen Studienplätzen an den vielen FH-Standorten weiter verstärkt, damit junge Menschen qualifizierte Studienangebote in der Nähe ihrer ländlichen Heimatorte nutzen können.

Meine Damen und Herren, während rot-grüne Bildungspolitik ein Massensterben von Schulen auf dem Land bedeuten würde,

(Lachen des Abg. Claus Schmiedel SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es!)

wollen wir erreichen, dass auch in Zukunft wo immer möglich Schulstandorte erhalten bleiben. Vor allem für junge Familien sind Kindergärten und Grundschulen gerade im ländlichen Raum

(Abg. Elke Brunnemer CDU: Genau!)

effektiver Bestandteil der Kriterien bei ihrer Wohnortsuche. Wir brauchen für die Stärkung des ländlichen Raums auch

(Stefan Mappus)

dort eine weiterhin exzellente Bildungs- und Schulstruktur. Auch das wollen wir machen. Sie wollen es mit Ihren Gemeinschaftsschulen kaputt machen. Das ist mit uns nicht zu machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt zur Halbzeitbilanz der Opposition im Landtag von Baden-Württemberg.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Man kann eigentlich nur sagen: Zurücklehnen und genießen!

Herr Schmiedel, Sie haben dieser Tage in einem Interview gesagt: „Wäre die SPD eine Aktie, man müsste sie jetzt kaufen.“

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Da ist etwas dran! – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Subprime! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Nur weil sie ganz unten ist, braucht sie noch lange nicht zu steigen! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Besser als Commerzbank! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Die CDU würde ich jetzt verkaufen!)

Diese Aussage hat mich, ehrlich gesagt, leicht irritiert. Aber seit Sie vorhin vom „Schwindelmarkt Finanzmarkt“ geredet haben, weiß ich, was Sie gemeint haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Unsere Aktie ist derzeit auf Höchstkurs!)

Übrigens: Gerade in der aktuellen Finanzmarktkrise erleben wir ja besonders drastisch: Was so dringend zum Kauf empfohlen wird, ist meistens ziemlich faul, meine Damen und Herren.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das Einzige, was die SPD-Aktie bemerkenswert macht, ist ihr unschlagbar niedriger Wert, Herr Schmiedel.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Was Sie in den letzten zweieinhalb Jahren geboten haben, war auch bemerkenswert. Zuerst haben Sie Frau Vogt wegge mobbt, haben sie als Fraktionsvorsitzende verschlissen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Es war klar, dass Sie behaupten, dass das alles nicht so ist. Aber günstigerweise gibt es ja die Medien. Frau Vogt hat laut FAZ vom 3. März 2008 – also so lange ist das noch nicht her – einen kleinen Einblick in ihr Seelenleben gegeben. Ich zitiere:

Ich bin froh, dass ich mit einigen in dieser Fraktion nichts mehr zu tun haben muss.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wen meint sie denn da? – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Deswegen sitzt sie ganz vorn, damit sie die nicht mehr sieht!)

Frau Vogt lässt uns in der Zwischenzeit wissen, dass es – so heißt es in der „Badischen Zeitung“ vom 10. Juli dieses Jahres – „ohnehin nur Zeitverschwendung“ gewesen wäre, „im Landtag in der ersten Reihe zu sitzen und dem Ministerpräsidenten zuzuhören“.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

So viel zum Demokratieverständnis der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Baden-Württemberg, meine Damen und Herren.

Jetzt kommen wir zu den Inhalten.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Da sind wir aber schnell fertig! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wird es jetzt besser?)

– Nein, es wird garantiert nicht besser,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist ja langweilig!)

weil das, was Sie an Inhalten zu bieten haben, eine ziemlich traurige Veranstaltung ist – übrigens eine Veranstaltung, die selbst Herrn Kretschmann, der ja durchaus leidensfähig ist, in der Zwischenzeit resignieren lässt. Er hat uns nämlich vor Kurzem, am 15. September, wissen lassen – ich zitiere aus dem „Schwarzwälder Boten“ –: „Die SPD findet ihre Linie einfach nicht.“

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Da hat er recht!)

Ich will Ihnen an zwei, drei schönen Beispielen aufzeigen, was Sie denn so zu bieten haben.

Nichtraucherschutz: Herr Schmiedel, es gibt keine Position, die Sie dazu in den vergangenen zwei Jahren noch nicht vertreten haben.

(Heiterkeit bei der CDU)

Im Antrag Drucksache 14/585 hat die SPD-Fraktion im November 2006 noch beantragt – ich zitiere –,

auf der Grundlage der Landeskompetenz für das Gaststättenrecht dafür Sorge zu tragen, dass das Rauchen in Speisegaststätten und in Schankwirtschaften ausnahmslos untersagt wird.

So weit, so gut. Sie haben der Landesregierung – Zitat – „Feigheit“ vorgeworfen. Sie haben sie als – Zitat – „Anwalt der Tabaklobby“ verleumdet, und Sie haben – Zitat – ein „generelles und ausnahmsloses“ Rauchverbot in Gaststätten in einer Pressemitteilung Ihrer Fraktion vom 26. Februar des letzten Jahres gefordert. Auf einen Hinweis des Kollegen Theurer in der Plenardebatte vom 29. Juni 2006, dass es Sinn machen kann, die Entscheidung über die Nichtraucherschutzregelung auf die unteren Ebenen vor Ort zu delegieren, verzeichnet das Protokoll einen Zwischenruf des Abg. Schmiedel mit den Worten:

Aber nicht, wenn es um Leben und Tod geht!

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

Aber das Beste kommt erst noch. Kaum regt sich der erste Protest der Kneipenwirte, legt der Kollege Schmiedel eine

(Stefan Mappus)

180-Grad-Wendung hin. „Bild Stuttgart“ vom 11. Februar dieses Jahres – ich zitiere –:

Wir verlangen belastbare Zahlen vom Minister. Aber wenn das Rauchverbot die kleinen Kneipen vernichtet, werde ich mich dafür stark machen, dass die Wirte wie in Spanien die Wahl bekommen, ob sie Raucher- oder Nichtraucher-kneipe sein wollen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP zu Abg. Claus Schmiedel SPD: Da haben Sie einmal recht gehabt! – Zuruf von der SPD: Ein endloses Geschwätz!)

Aber diese neue Überzeugung hat leider nur zwei Monate angehalten.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Denn als das Urteil des Bundesverfassungsgerichts kam, war die erste Pressemitteilung auf dem Markt schon wieder vom Kollegen Schmiedel oder einem Zwillingbruder oder wem auch immer und enthielt die Forderung: Striktes Rauchverbot in allen Kneipen in Baden-Württemberg!

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der ist einmalig!)

Herr Schmiedel, so viel zum Thema „Berechenbarkeit der SPD in Baden-Württemberg“.

Das Thema Haushaltspolitik habe ich bereits angeschnitten. Jetzt gehen wir zum Thema „Umgang mit der Linkspartei“.

(Zuruf: Mit den Kommunisten! – Zurufe von der FDP/DVP, u. a. Abg. Dr. Hans-Peter Wetzlar: Kunstturner Schmiedel! Salto vorwärts und rückwärts!)

Herr Schmiedel, bisher war es vielleicht noch lustig, aber dieses Thema finde ich gar nicht lustig. Ich mache keinen Hehl daraus, dass wir zutiefst enttäuscht sind, dass das Wahlergebnis in Bayern aus CDU-Sicht eine Katastrophe ist. Gar keine Frage. Aber auch die SPD sollte sich allmählich Gedanken machen, wie der Kurs aussieht. Denn eines müsste Ihnen am Sonntagabend doch auch aufgefallen sein, nämlich dass zwar die Wahlbeteiligung stieg – das ist positiv –, aber dass das linke Lager nichts dazugewonnen hat, sondern dass im bürgerlichen Lager ein Austausch stattgefunden hat. Das ist schlecht für die CSU, aber auch schlecht für Sie. Und dazu, dass Ihr Kollege in Bayern sich abends ins Fernsehen stellt und es – nur weil es die CSU erwischt hat – als Erfolg der SPD abfeiert, dass eine ehemalige Volkspartei in Bayern gerade noch die Stimme von jedem zehnten Wahlberechtigten bekommen hat, kann ich nur sagen: Traurig für die ehemals große Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was ist nun Ihre Sorge? – Zurufe)

Jetzt komme ich zur Strategie. Zu dem Spiel, das Sie mit der Linkspartei spielen, kann ich nur sagen: Sie sind für sich, aber auch für dieses Land auf einem denkbar schlechten Weg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Auch hier einige Zitate, meine Damen und Herren. Der „Eßlinger Zeitung“ vom 29. Januar dieses Jahres entnehmen wir,

dass noch am Tag der Hessenwahl der Kollege Schmiedel folgender Meinung war:

Links von der SPD darf nichts existieren.

(Zuruf von der CDU: Toll wärs!)

In der „Pforzheimer Zeitung“ vom 31. Mai dieses Jahres lässt er vermelden, er könne eine Zusammenarbeit der SPD mit der Linkspartei in Baden-Württemberg befürworten,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oho!)

wenn sich inhaltliche Übereinstimmungen ergäben.

(Zurufe: Ah! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Wie gut sich Herr Schmiedel mit Frau Vogt versteht, zeigt uns die „Eßlinger Zeitung“ vom 26. Februar dieses Jahres. Nach der Hessenwahl hat nämlich Frau Vogt die SPD-Genossen immerhin ermahnt, zu den Versprechen von vor der Wahl zu stehen. Wo sie recht hat, hat sie recht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Großstrategie Schmiedel lässt aber am 25. Februar, also 24 Stunden und damit rechtzeitig bevor Frau Vogt überhaupt zu Wort kommt, erklären,

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Was ist jetzt mit der Halbzeitbilanz?)

dass sich Frau Ypsilanti selbstverständlich mit den Stimmen der Linkspartei zur Ministerpräsidentin des Landes Hessen wählen lassen müsse.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So wird es kommen!)

Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: Dieses Thema schadet zuallererst Ihnen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

weil die Linke Fleisch aus dem Fleisch der SPD ist, wie alle kumulativen Wahlergebnisse belegen. Sie schaden zuallererst sich selbst,

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Oh, welche Sorge um uns!)

aber Sie schaden auch diesem Land. – Nein, um Sie Sorge ich mich am wenigsten. Aber um dieses Land Sorge ich mich.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Reden Sie doch einmal über das Land!)

Dass Sie mit Linksradikalen

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kommunisten!)

so offensichtlich gemeinsame Sache machen wollen, finde ich erbärmlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

(Stefan Mappus)

Nun zu den Grünen, Herr Kollege Kretschmann.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Was ist denn nun mit dem Land? Sagen Sie doch einmal etwas zum Land!
– Weitere Zurufe, u. a. des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE – Unruhe)

– Sie reden ja gleich!

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Genau! Deswegen höre ich ja auch so genau zu!)

Ich bin einmal gespannt, wie Ihr Plan für Baden-Württemberg aussieht.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Was ist denn Ihr Plan?)

Der Ministerpräsident hat einen, wie ich meine, für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land ganz entscheidenden Punkt angesprochen und hat etwas zu dem gesagt, was die meisten Bürger im Moment bewegt, was den Mittelstand bewegt, was die Bezieher von mittleren Einkommen bewegt. Das ist etwas, das aus meiner Sicht der Dinge – das sage ich ganz offen – auch die CDU in Berlin etwas mehr bewegen sollte, nämlich die Frage, was denn der Bürger, der tagtäglich arbeitet, am Ende eines Arbeitstags in seinem Geldbeutel vorfindet.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es!)

Ich glaube, dass ein großer Teil des Frustes in diesem Land daraus resultiert, dass wir einerseits zu viel über die Reichen und über die Hartz-IV-Empfänger,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr gut!)

andererseits aber zu wenig über diejenigen sprechen, die tagtäglich im Arbeitsprozess stehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Und jetzt? – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Jetzt sind wir gespannt, wie Sie da die Kurve kriegen! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Gut situiert, in bürgerlichen Verhältnissen!)

Sie werden nachher – zu Recht – anmerken, dass in Berlin ja die Große Koalition regiert; das ist richtig. – Noch schlimmer ist aber, dass diejenigen, die sich zur Mittelschicht zählen, in ihrem Geldbeutel, obwohl sie arbeiten, Jahr für Jahr weniger haben.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Ja!)

Wenn bei Elektroinstallateuren in Deutschland nach einer Einkommenserhöhung um 4 % der Steuersatz daraufhin in der Progression um durchschnittlich 22 % steigt, stimmt im System irgendetwas nicht mehr. Hier zu handeln ist Aufgabe der Bundesregierung in Berlin; in Ordnung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Aber jetzt kommen wir zu dem, was Landespolitik tun kann.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: „Stunden später“!)

Eine der entscheidenden Fragen ist natürlich: Wie entwickeln sich die Preise auf den Energiemärkten, und wie entwickeln sich die Energiepreise in Baden-Württemberg?

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Richtig!)

Meine Damen und Herren, ich bin kein Kernkraftfetischist, und ich habe Respekt vor den Menschen, die mittelfristig aus der Kernkraft aussteigen wollen. In Ordnung. Aber wer sich hier hinstellt und sagt: „Wir wollen keine Kernkraftwerke, wir wollen keine Kohlekraftwerke, der Strom kommt aus der Steckdose, und für den Preis ist die Landesregierung zuständig“, der handelt unsolid. Genau das ist Ihre Position: Sie sind gegen alles und für nichts, lieber Herr Kretschmann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Franz Untersteller und Bärbl Mielich GRÜNE)

Baden-Württemberg 21:

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Ja! Genauso!)

Sie sind gegen den Ausbau von Straßen, aber Sie sind komischerweise auch gegen den Ausbau von Schienen. Sie richten sich in Ihrem träumerischen Wolkenkuckucksheim redlich ein; Sie sind gegen alles und für nichts – nach dem Motto von Pippi Langstrumpf: „Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt.“ Das ist keine Politik für den Wirtschaftsstandort Nummer 1 der Bundesrepublik Deutschland, Herr Kretschmann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb: Diese Koalition hat dieses Land in den letzten zweieinhalb Jahren gut und erfolgreich regiert. Wir wollen möglichst viel mit den Menschen in Kontakt sein. Wir wollen ihre Stimmungen aufnehmen. Wir wollen auch den Weg in die Zukunft weisen, aber wir wollen vor allem – siehe Bildungspolitik und anderes mehr –, dass das, was die Bürger als wichtig empfinden, politisch umgesetzt wird. Deshalb werden wir unsere Arbeit fortsetzen im Interesse eines starken, eines dynamischen und eines lebenswerten Baden-Württembergs und seiner Bürger.

Der Ministerpräsident hat die Ziele und die Richtung unserer Politik heute überzeugend präsentiert. Wir werden ihn weiterhin voll und ganz unterstützen, zum Wohle des Landes Baden-Württemberg.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Bravo! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das war eine Rede aus einem Guss!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident! Für alle, die schlecht geschlafen haben und sich nicht mehr so gut konzentrieren können, fasse ich meine Rede in einem Satz zusammen:

(Heiterkeit und Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Stefan Mappus CDU: Bravo! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ihnen hören wir gern zu!)

(Winfried Kretschmann)

Mehr Einsicht und Mut für eine Politik der Nachhaltigkeit in Baden-Württemberg!

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, wir haben alle in den letzten Wochen erlebt, wie die Finanzmärkte zu Boden gegangen sind und ein Trümmerfeld mit einem Schaden von 2 000 Milliarden € hinterlassen haben. Das entspricht – das muss man sich einmal vorstellen – der Größe des deutschen Bruttosozialprodukts. Die Arbeit eines Jahres von 80 Millionen Menschen wurde durch kurzfristige und maßlose Profitgier und Verantwortungslosigkeit zerstört – ein unvorstellbarer Schaden, nicht verursacht von Terroristen, sondern von feinen Herren in Nadelstreifen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir spüren es schmerzhaft, nicht nur in den direkten Verlusten, sondern auch in den Auswirkungen auf die Investitionen und die Beschäftigung. Der Ifo-Geschäftsklimaindex stürzte letzte Woche ab, wir stehen vielleicht vor einer rezessiven Entwicklung.

Jetzt sollte jedem klar sein, dass die Nachhaltigkeit der Finanzmärkte mehr Politik braucht und nicht weniger. Die Finanzmarktkrise – dies sei besonders an die Adresse der FDP gesagt – hat den Neoliberalismus unter sich begraben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Jetzt aber!)

Es geht darum, die Finanzmärkte so zu regulieren, dass sie wieder der realen Wirtschaft dienen und nicht der grenzenlosen Spekulation.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Richtig!)

Es geht darum, mit den Instrumenten der Finanzierung Arbeitsplätze und reale Wertschöpfung zu ermöglichen. Nur wenn die Finanzmärkte wieder in die reale Welt zurückkehren, werden sie auch eine nachhaltige Entwicklung nehmen können.

Ich will nochmals klar sagen: Wir Grünen sind keine Gegner der Marktwirtschaft. Wir sind aber der Auffassung, dass der Markt Leistung und nicht Spekulation belohnen und dabei den Menschen und dem Gemeinwohl dienen soll.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dies erreichen wir nicht durch den Rückzug der Politik, wie es die Marktradikalen wollen. Dies erreichen wir durch eine Wirtschafts- und Finanzpolitik der Nachhaltigkeit, die sich langfristig orientiert, und durch klare und wirksame Regeln, die die Politik dem Markt setzt.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Ordoliberal!)

Nur so wird aus dem „Kasinokapitalismus“ eine soziale und ökologische Marktwirtschaft.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: FDP wählen!)

Warum sind einige öffentlich-rechtliche Banken vor die Wand gefahren? Warum haben alle Landesbanken, auch unsere, immense Verluste aus dem Subprime-Crash? Die Verluste und offenen Bürgschaften der Landesbanken summieren sich inzwischen auf mehr als 20 Milliarden €. Das hat erst einmal gar nichts damit zu tun, dass es sich um öffentlich-rechtliche Banken handelt. Die Schweizer UBS, Lehman Brothers, die Hypo Real Estate und andere sind alles andere als Staatsbanken. Allerdings rufen jetzt die privaten Banken gern nach dem Staat, wenn es um Verluste und Risiken geht. Der Bund bürgt mit gut 30 Milliarden € für die Hypo Real Estate, eine Größenordnung, die unserem gesamten Landeshaushalt entspricht. Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste ist kein linker Spruch mehr, sondern leider unübersehbare Realität.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dass einige Landesbanken in die Finanzkrise hineingezogen worden sind, hat sehr viel mit dem Versagen der Eigentümer, sprich einiger Landespolitiker, zu tun. Die meisten Landesbanken hatten nach dem Ende der Staatshaftung nämlich kein nachhaltiges Geschäftskonzept mehr, und die Politik als Träger, als Eigentümer – nicht die Politik als Staat – hat es versäumt, die Landschaft der öffentlich-rechtlichen Banken neu aufzustellen. Und sie versagt immer noch. Immer noch regiert die Kirchturmpolitik. Diese Abneigung gegen eine Bündelung der Landesbanken hat den Steuerzahler Milliarden gekostet, und jeden Tag werden es mehr.

Die Leitlinie der Politik muss deswegen sein, die Standorte der Landesbanken nach Funktionen zu bündeln, strukturell zusammenzuführen und die Landesbanken auf tragfähige Geschäftsfelder zu beschränken, die dem öffentlichen Auftrag entsprechen und in der Realwirtschaft fußen. Die Politik muss aus dem operativen Geschäft der Standorte heraus, um sich in der von uns vorgeschlagenen Holding um die langfristige Orientierung, also um Nachhaltigkeit, zu kümmern. Das kommt aber nicht von allein, Herr Ministerpräsident, sondern verlangt politische Entschlossenheit zu einem Neuanfang jenseits der Kirchturmpolitik. Das Zögern muss ein Ende haben. Jetzt ist Zupacken angesagt.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, so wie uns die dramatische Finanzkrise zeigt, dass die Finanzmärkte ohne klare Regeln nicht nachhaltig sind, so ist es auch mit der Realwirtschaft, wenn sie sich nicht innerhalb klarer ökologischer Rahmenbedingungen bewegt.

(Beifall bei den Grünen)

Auch die Realwirtschaft wird mit gewaltigen sozialen und ökologischen Schäden abstürzen, wenn sie durch Raubbau auf Kosten unserer natürlichen Lebensgrundlagen wächst, wenn sie Klima- und Ökosysteme beschädigt statt nachhaltig erhält und wenn sie die Regeln der Nachhaltigkeit nicht beachtet.

Lassen Sie mich deswegen mit dem Blickpunkt auf „Nachhaltigkeit 2020“ etwas zum Thema „Langfristige Industriepolitik“ sagen, Herr Oettinger, das heißt in Baden-Württemberg, zum Thema „Automobil und Mobilität“.

(Winfried Kretschmann)

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat in der letzten Woche einen langfristigen Zielwert für den CO₂-Ausstoß von 95 bis 110 g pro Kilometer bis zum Jahr 2020 beschlossen. Die durchschnittlichen CO₂-Emissionen sollen bis zum Jahr 2012 durch technische Verbesserungen auf 130 g pro Kilometer reduziert werden. Das haben Sie, Herr Ministerpräsident Oettinger, bis nach Bulgarien hinein bekämpft.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das müssen Sie erklären! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Konkrete Maßnahmen gibt es jetzt in Frankreich in Form einer Zulassungssteuer mit einem Bonus/Malus-System: Wer einen Wagen mit einem CO₂-Ausstoß von über 200 g pro Kilometer anmeldet, muss 1 600 € Zulassungssteuer bezahlen, bei einem CO₂-Ausstoß von über 250 g pro Kilometer sind es 2 600 €. Bei einem CO₂-Ausstoß von 130 g pro Kilometer und weniger gibt es einen Bonus von 200 €. So etwas hätten wir von Ihnen, Herr Ministerpräsident, erwartet.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Oje! – Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

Sie waren bei Ihrer Regierungserklärung genau auf diesem Kurs. Sie haben damals im Jahr 2006 gesagt: „Unsere Autos verbrauchen zu viel Sprit. Das können wir uns als Exportland nicht leisten.“

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Genau so war es!)

Ein Jahr später sind Sie mit dieser Formulierung vor der Autolobby eingeknickt. Bei den Haushaltsberatungen im Februar 2007 haben Sie im Plenum erklärt:

... es kann nicht sein, dass mit der Umweltkeule gegen den Standort Deutschland agiert wird.

Wir sägen den Ast, auf dem wir sitzen, doch nicht ab. So blöd mögen Sie sein, wir sind es nicht.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Genau so war es!)

So war es, und so sieht Ihre Politik der Nachhaltigkeit aus.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das ist Stil von Oettinger!)

Ich glaube, wer so Industriepolitik macht, sägt den Ast ab, auf dem wir sitzen. Es ist doch klar: Wer im Jahr 2020 noch zu den führenden Automobilstandorten gehören will, wer die Arbeitsplätze in Untertürkheim nicht gefährden will, der muss Autos anbieten, die der internationalen Nachhaltigkeitsorientierung entsprechen, die das Europäische Parlament jetzt gegeben hat. Alles andere ist keine Win-win-Strategie für den Geldbeutel der Bürger und für das Klima, sondern eine Lose-lose-Strategie, eine Verluststrategie in ökologischer und ökonomischer Hinsicht. Das ist genau das, was Sie uns vor einem Jahr vorgebetet haben.

(Beifall bei den Grünen)

Herr Kollege Mappus, beschäftigen Sie sich also lieber einmal mit dem Zickzackkurs Ihres eigenen Ministerpräsidenten. Das wäre eigentlich angebracht. Schließlich gehören Sie zum Parlament und sollen die Regierung kontrollieren.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

Jetzt fragt man sich natürlich: Warum kriegst Oettinger in dieser Frage keine klare Linie hin? Das liegt offenbar daran, dass er auch für Baden-Württemberg keine Idee nachhaltiger Mobilität hat. Anders ist nicht zu erklären, dass Sie an einem Projekt festhalten, dessen Mobilitätsnutzen in keinem Verhältnis zu den Kosten steht; dieses Verhältnis ist grottenschlecht. Ich spreche von Stuttgart 21, das nach Ihren eigenen Zahlen – nicht nach unseren – für über 3 Milliarden € gebaut wird. Sie wollen also die Mobilität vergraben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Offenbar hat selbst das Bundesverkehrsministerium erkannt – Herr Mappus, Sie haben das ja gerade beklagt –, wie schlecht die Kosten-Nutzen-Relation ist und welche enormen Kostenrisiken noch kommen, und hat die Verpflichtungsermächtigungen dafür deshalb erst einmal gar nicht in den Haushalt aufgenommen.

Jetzt war es so, Herr Ministerpräsident: Mit der Veröffentlichung der Vieregg-Rößler-Studie zu den Baukosten sind Sie und die Befürworter von Stuttgart 21 massiv in die Defensive geraten. Denn Vieregg-Rößler haben nach Auswertung der Planfeststellungsunterlagen und unter Ansatz vergleichbarer Projekte festgestellt, dass die geplanten Baukosten nicht bei 2,8 Milliarden € liegen, sondern sie haben mindestens 4,99 Milliarden € errechnet mit Baukostenrisiken, die bis zu 6,9 Milliarden € reichen.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Super!)

Was haben Sie versucht? Sie haben versucht, die Gutachter in Misskredit zu bringen, was Ihnen allerdings nicht gelungen ist. Denn die konkreten Vorwürfe, die Sie erhoben hatten – sie hätten die Mehrwertsteuer nicht mit einbezogen –, konnten schnell widerlegt werden.

Natürlich kam für Sie erschwerend hinzu, dass ein ähnliches Gutachten von Vieregg-Rößler über das Transrapidprojekt in München mit den gleichen Argumenten wie Ihren – nur Polemik – von der Bayerischen Staatsregierung verrissen wurde,

(Zurufe der Abg. Thomas Knapp SPD und Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

und nur wenige Monate später musste sie auf dieses Transrapidprojekt mit Verweis auf die massiv gestiegenen Baukosten verzichten. Vieregg-Rößler hatten bei ihrer Baukostenschätzung mit einfachen Mitteln die tatsächlich zu erwartenden Kosten nahezu perfekt getroffen. Das Projekt ging zu Boden, und kurze Zeit später die CSU mit ihm.

(Beifall bei den Grünen)

Immerhin mussten Sie dann in einer Sondersitzung des Kabinetts im Sommer zugeben, dass die genannten Baukosten von 2,8 Milliarden € dem Preisstand von 2004 entsprechen und seitdem nicht fortgeschrieben wurden.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

(Winfried Kretschmann)

Ein Wert wurde nicht genannt. Am 19. August räumten Sie dann einen inflationsbereinigten Betrag von 3,076 Milliarden € ein. Sie berücksichtigten dabei nach eigenen Angaben eine Preissteigerungsrate von 1,5 %. Das ist völlig unrealistisch, weil vergleichbare Projekte Kostensteigerungen von 50 % aufgewiesen haben.

Herr Schmiedel, ich frage einmal Sie: Wann wollen Sie eigentlich aussteigen? Wo ist Ihre Schmerzgrenze bei den Kosten?

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Liegt sie bei 3,5, bei 4 oder bei 4,5 Milliarden €? Mich würde wirklich interessieren, ob Sie es in Bezug auf die Sturheit mit dem Ministerpräsidenten aufnehmen wollen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Lachen der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Peter Hofelich SPD: Das ist eine Stilfrage! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Herr Oettinger, die CSU hat für die Arroganz der Macht die Quittung erhalten.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Nein, nein!)

Sie haben bisher nur mit Polemik auf das Gutachten von Vieregg-Rößler reagiert.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Der Ausstieg aus dem Transrapid war keine so sehr gute Idee!)

Wenn die Berechnungen des Gutachters nicht stimmen sollen, warum lag dann nicht innerhalb von drei Tagen ein schriftliches Papier von der Bahn oder der Landesregierung vor, das Punkt für Punkt widerlegt hätte, dass die Angaben in dem Gutachten falsch sind?

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Völlige Fehlanzeige! Führen Sie endlich einen Dialog auch mit denen, die Ihnen in der Sache widersprechen, und schützen Sie nicht nur Hände auf Heckenbeerenfesten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Stefan Mappus CDU: Das ging doch schon einmal nach hinten los, Herr Kretschmann! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da trifft man den Bürger, Herr Kretschmann!)

Führen Sie endlich einen Dialog mit denen, die Ihnen auch in der Sache hart widersprechen, und reden Sie nicht nur mit den Jasagern, mit der Koalition der Willigen, die Sie landauf, landab eingesammelt haben, als ginge es um ein Benefizkonzert, bei dem natürlich jeder gern unterschreibt, ohne zu rechnen.

Warum sind Sie auf dieses Großprojekt eigentlich so fixiert?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Weil es Sinn macht! Weil das Land es braucht! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Weil Sie kein nachhaltiges Mobilitätskonzept für Baden-Württemberg haben.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Damit Herr Oelmayr schneller wekommt aus Ulm!)

So ist es auch in einem ganz anderen Bereich der Wirtschaft. Ich bin der Überzeugung, dass wir ebenso wie eine Balance zwischen Markt und Politik für eine nachhaltige Ökonomie auch eine Balance zwischen globalisierter Wirtschaft und Regionalwirtschaft brauchen. Klar ist: Wir müssen international wettbewerbsfähig sein. Aber gleichzeitig gewinnen die Regionen an Stellenwert. Ich nenne als Beispiel: gesunde Ernährung. Die Menschen wollen wissen, was sie essen, wie es produziert wird,

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

unter welchen Bedingungen, unter welchen Umweltbedingungen, ob daran Kinderarbeit hängt, ob da Tiere gequält werden oder ob artgerechte Tierhaltung dahintersteckt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist in unserem Land alles geregelt!)

Das sind alles wichtige Entscheidungen, die die Menschen treffen. Hier hat die Landesregierung ganz eindeutig eine frühzeitige strategische Orientierung in Richtung Biolandbau verschlafen.

(Abg. Jörg Döpper CDU: Biolandbau! So ein Quatsch! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Heute sind wir bei Weitem nicht mehr in der Lage, die Nachfrage nach Produkten des Biolandbaus aus eigener Produktion zu decken. Kein Wunder: Wenn eine Landesregierung erst jahrelang dagegen redet und dann den Biolandbau in die Nische verbannen will, dann haben wir am Schluss natürlich zu wenig Bauern, die umstellen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zu wenig Leute, die das bezahlen können!)

Deswegen, Herr Ministerpräsident: Eine Strategie der Nachhaltigkeit braucht Weitsicht und politischen Mut,

(Zuruf des Abg. Jörg Döpper CDU)

braucht Klasse statt Masse. Sie braucht einen Verbraucherschutz, der das auch unterstützt. Man darf aber nicht, wie wir es heute wieder in der Zeitung lesen können und wie wir es in Stuttgart leider erleben müssen, den Verbraucherschutz und die Lebensmittelkontrollen weiter zurückfahren.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nicht nur die Biolandwirtschaft produziert gesund, auch die konventionelle produziert gesund!)

– Herr Röhm, das in Ihrer Koalitionsvereinbarung angekündigte Konzept der Verzahnung von Landwirtschaft und Naturschutz existiert überhaupt nicht.

Zu einer Strategie für ein gentechnikfreies Baden-Württemberg kann sich die Landesregierung nicht durchringen. Ihr Landwirtschaftsminister eiert da genauso herum wie Seehofer, der gesagt hat: „In Bayern Gentechnik nein, aber sonst ist sie eigentlich ganz gut.“ Das ist genau das, was Sie hier auch machen:

(Beifall bei den Grünen)

(Winfried Kretschmann)

Einmal reden Sie dagegen, lassen aber selbst Versuche auf landeseigenen Äckern, die der Förderung der Gentechnik dienen, zu. Das sind die merkwürdigen Botschaften, die Sie in einer Situation streuen, in der die Leute gentechnisch veränderte Lebensmittel überhaupt nicht wollen.

Den Erhalt unserer vielfältigen Kulturlandschaft erreichen wir nur durch deutliche Bevorzugung der Förderung regionaler Wirtschaftsketten. Das Thema Cluster ist nicht nur ein Thema für Hightech, es ist auch ein Thema für den ländlichen Raum.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt!)

Der Dreiklang Naturschutz, Landwirtschaft und Tourismus ist eines der nachhaltigen Standbeine für eine Politik des ländlichen Raums in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau das machen wir! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die wissen gar nicht, wie das geht!)

Herr Ministerpräsident, dazu würde eigentlich eine Politik gut passen: Bei der Aussage „Flächenverbrauch netto null“ in Ihrer Regierungserklärung am Beginn dieser Legislaturperiode bin selbst ich als alter Realo zusammengezuckt. Denn nicht einmal ich hätte mich getraut, „netto null“ in unser Programm zu schreiben.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist aber doch Feigheit vor dem Feind!)

Das ist eine Aussage, die uns überrascht hat. Aber es war eben eine politische „Nullemission“,

(Beifall bei den Grünen)

aus der nichts folgte: keine Instrumente. Weder sind Sie dem gefolgt, was Ihnen der Nachhaltigkeitsbeirat vorgeschlagen hat, noch haben Sie etwas im Landesplanungsgesetz gemacht, um diese Aussage umzusetzen. Noch immer werden 10 ha Land täglich versiegelt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: 15!)

– Eine Fläche von 15 Fußballfeldern wird plattgemacht, so platt wie die Glaubwürdigkeit des Ministerpräsidenten in dieser Frage.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich will noch ein weiteres Thema der industriepolitischen Nachhaltigkeit ansprechen, ein Thema, bei dem die Landespolitik noch viel direkter in der Pflicht ist als beim Auto.

Preisfrage: Was hat die Sprachförderung im Kindergarten mit dem Thema Fachkräftemangel zu tun? Antwort: Unsere Kindergartenkinder von heute sind unsere Fachkräfte von morgen – unter der Voraussetzung, dass sie Bildungsabschlüsse schaffen und die wachsenden Anforderungen der Berufsausbildung bewältigen.

(Zuruf von der CDU: Völlig richtig!)

Sprache ist der Schlüssel zur Bildung.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

51 % der Kinder mit Migrationshintergrund, aber auch 22 % der Kinder aus teutonischen Stämmen wie Bajuwaren, Schwaben, Badener usw. haben im Alter von vier Jahren klare Sprachdefizite. Das ist bekannt.

(Zuruf von der CDU: Woran liegt es?)

Aber statt mehr Schnelltests brauchen wir ein nachhaltiges Förderkonzept von Anfang an. Dazu ist der Orientierungsplan da. Er muss nur mit der entsprechenden Finanzierung umgesetzt werden, Herr Ministerpräsident.

In Baden-Württemberg fehlen bis zum Jahr 2030 nach heutigen Prognosen schätzungsweise 300 000 Facharbeiter. Dies ist ein riesiges Problem für die Nachhaltigkeit unseres Wirtschaftsstandorts. Und weil Sprachförderung das Thema eines langes Horizonts ist, darf man sie eben nicht mit der befristeten Förderung durch die Landesstiftung finanzieren. Vielmehr muss dieses Thema über den Landeshaushalt, das heißt, nachhaltig, seriös und bedarfsgerecht finanziert werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wieso Sie ausgerechnet dieses wichtige Feld über solch einen windigen Nebenweg finanzieren wollen, was Sie ja bei der Einstellung zusätzlicher Lehrer an Gymnasien auch nicht machen, bleibt nun wirklich Ihr Geheimnis. Darauf wären Sie einmal eine Antwort schuldig.

Herr Ministerpräsident, Sie weisen auf gute Noten von Baden-Württemberg im Bildungsmonitor hin, aber Sie picken natürlich immer nur die Rosinen aus den Meldungen. Dort findet sich auch die Aussage, das Handlungsfeld „Integration Jugendlicher mit Migrationshintergrund oder aus einkommensschwachen Familien“ sei der Schwachpunkt Baden-Württembergs. Fast ein Drittel der jungen Menschen unter 18 Jahren in Baden-Württemberg haben einen Migrationshintergrund. Mit Blickpunkt auf „Qualifikation 2020“ ist das eine der entscheidenden Zielgruppen. 36 % der Bürgerinnen und Bürger zwischen 30 und 35 Jahren mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Wer von der Facharbeiterlücke spricht, muss diese Potenziale aktivieren. Bei der Landesregierung Fehlanzeige. Sie kürzt die Weiterbildungsposten im Haushalt laufend.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Die Alternative zu einer ausreichenden Qualifizierung ist jedoch Arbeitslosigkeit mit hohen Kosten für die öffentliche Hand.

Damit komme ich zum zentralen Thema, dem Thema Schule. Herr Ministerpräsident, machen Sie Bildungspolitik endlich zur Chefsache, aber in der richtigen Richtung! Geben Sie einmal eine Richtung vor, schalten Sie einmal von Defensive auf Offensive, geben Sie einfach einmal die Abwehrposition, in der Sie und die ganze CDU-Fraktion sich eingemauert haben, auf, und gehen Sie den Weg der Öffnung – ich sage: der Öffnung – des dreigliedrigen Schulsystems!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das werden Sie allerdings nur machen, wenn Sie endlich auch einmal Ihre sozialen Antennen ausfahren und wenn Ihnen klar

(Winfried Kretschmann)

wird, dass in Zukunft nichts so stark das soziale Gesicht unserer Gesellschaft bestimmen wird wie Bildung und dass das Skandalöse am baden-württembergischen Schulsystem darin besteht, dass es sozial ungerecht ist und der Bildungsweg so stark wie kaum woanders davon abhängig ist, aus welchem Elternhaus und aus welchen ökonomischen Verhältnissen man kommt. Das ist ein klarer Verstoß gegen unsere Verfassung, und dafür müssen Sie sich endlich einmal sensibilisieren. Vorher werden Sie nämlich stur bleiben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Der Weg ist ganz einfach: Lassen Sie dort, wo die Schulgemeinschaft, der Schulträger dies wünscht, solche neuen Schulmodelle zu, Schulen des längeren gemeinsamen Lernens, Schulen, in denen man einen mittleren Bildungsabschluss machen kann, Schulen, die getragen sind von Schulleitung, Lehrerschaft, Eltern, Bürgermeistern, der lokalen Bürgergesellschaft und der Wirtschaft.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Machen wir doch!)

60 solcher Anträge sind in den letzten Jahren im Kultusministerium versandet. Es ist das Problem dieser Landesregierung, dass das Kultusministerium das politische Bermudadreieck für Kreativität und Innovation ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Heiterkeit der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Jetzt komme ich noch einmal zum Dialog, Herr Ministerpräsident. Der eigentliche GAU in Ihrer Schulpolitik war, dass Sie sich geweigert haben, mit 100 Schulleitern im Land – es wurden dann sogar noch mehr – überhaupt zu reden. Stattdessen haben Sie sie aufs RP geschickt und mit dem Beamtenrecht kujonieren lassen. Wer so handelt und wer so mit Praktikern umgeht, die an den Schulen vor Ort gute Arbeit leisten, wer sich weigert, mit ihnen zu reden, der kann noch weitere Millionen Euro in das Schulwesen stecken – er wird dort keinen Aufbruch erzeugen und keine wirkliche Reform im Schulwesen erreichen.

(Beifall bei den Grünen)

Ihre Reaktion ist klar gewesen: mehr vom Gleichen. Es werden einfach nur 500 Millionen € in das gleiche System gesteckt. So etwas, Herr Kollege Mappus, ist eine Quantitätsoffensive und keine Qualitätsoffensive.

Zu einer Qualitätsoffensive werden Sie nicht kommen, wenn Sie sich nicht endlich – der Kollege Schmiedel hat schon einiges aufgezählt – ernsthaft mit den Menschen auseinandersetzen, die eine Öffnung des dreigliedrigen Schulsystems wollen. Man wird von Ihnen doch wohl verlangen können, dass Sie mit allen Teilen der Bürgerschaft reden, auch mit denen, die nicht Ihrer Meinung sind. Darum geht es.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Werner Wölfe GRÜNE)

Wenn Sie das nicht lernen, werden Sie dasselbe erleben wie die CSU bei den Wahlen in Bayern. Das garantiere ich Ihnen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Genau! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Dass wir zweieinhalbmal so viele Stimmen wie die zweitstärkste Partei bekommen?)

Ändern Sie Ihren Umgang mit kritischen Leuten und lassen Sie sich endlich auf die Diskussion ein.

Es gibt gute Beispiele aus dem Ausland. Wir haben eine sehr gute Anhörung mit Vertretern aus Südtirol gemacht. Dort arbeitet man mit einem integrativen Schulsystem ganz ausgezeichnet,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist ein ganz anderer Hintergrund!)

obwohl Südtirol so schwarz regiert wird wie wir seit 50 Jahren.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Gehen Sie einmal aus Ihren ideologischen Schützengräben heraus und erkennen Sie, dass das mit Parteipolitik überhaupt nichts zu tun haben muss, sondern dass es um gesunden Menschenverstand geht. Man muss sich sagen lassen, was die Wissenschaft uns zu sagen hat, und dann die ersten Schritte machen. Dabei werden wir Sie so lange antreiben, bis Sie nachgeben – wie Sie es bei der Ganztagschule und der Ganztagsbetreuung auch machen mussten. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Das meiste muss ich jetzt zurückstellen. Zum Schluss will ich Folgendes sagen: Unserer Ansicht nach wird die dritte industrielle Revolution die ökologische Revolution sein. Die Marktwirtschaft der Zukunft wird eine grüne Marktwirtschaft sein.

(Oh-Rufe von der FDP/DVP)

Ich zitiere den Chef von Thyssen-Krupp, Ekkehard Schulz, aus der „Wirtschaftswoche“ vom 22. September:

Die Umwelttechnologie kann bis zum Jahr 2020 die Automobilbranche als Leitindustrie ablösen.

Zu ähnlichen Schlüssen kommen die „Wirtschaftswoche“ und die renommierte Unternehmensberatung Roland Berger. Nur wenn wir uns mutig für eine Politik der Nachhaltigkeit entscheiden, können wir auch in Zukunft erfolgreich sein. Unsere Wirtschaft muss auf ökologische Nachhaltigkeit umsteuern, sonst wird es zu einem Crash kommen, der noch ganz andere Dimensionen annimmt als jetzt der Crash der Finanzmärkte.

Wie wir im Jahr 2020 dastehen, Herr Ministerpräsident, entscheiden wir jetzt. Es wurde von Ihnen schon unglaublich viel versäumt. Ich sage Ihnen noch einmal: Ihr Zickzackkurs in diesen Fragen schafft kein Vertrauen. Wir gewinnen die Bürgerinnen und Bürger nur dann wieder für die Politik, wenn deutlich wird, dass Zukunft gestaltet wird und unsere Wirtschaft, die Finanzen, der Umgang mit Ressourcen, Energie und Landschaft wieder zukunftsfähig und nachhaltig werden.

(Winfried Kretschmann)

Eine verantwortliche Orientierung in einer Welt des Wandels und der Umbrüche braucht viele Aspekte, die Pluralität der Argumente und die Produktivität kritischer Fragen, Herr Ministerpräsident. Wir brauchen keine Abwiegler, Jasager und Mainstreamschwimmer, unter denen Sie sich offensichtlich gern bewegen. Haben Sie daher einfach den Mut, den offenen Dialog mit Ihren Kritikern zu führen, etwa mit Rektoren, die eine andere Schulpolitik wollen, mit Eltern, die das G 8 kritisieren, mit Bürgerinnen und Bürgern, die eine andere Vorstellung von Mobilität haben als Sie und gegen das Großprojekt Stuttgart 21 sind.

Dialogbereitschaft heißt in einer Demokratie Streit in der Sache. Das gibt dann den Menschen das Bewusstsein, dazugehören, mitwirken zu können an einer nachhaltigen Zukunftsperspektive. Das ist nötig, damit sie nicht den großen Vereinfachern aufsitzen, wie wir das gerade in Österreich erlebt haben.

Mehr Mut zur Nachhaltigkeit, mehr Mut zur Kritik und Selbstkritik, das erwarten wir von Ihnen. Wir haben diesen Mut, und deswegen werden wir selbstbewusst und konstruktiv gegen Ihre Kurzsichtigkeit und Kurzatmigkeit opponieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Peter Hofelich SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Außer opponieren bleibt euch auch nichts anderes übrig!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! „Halbzeitbilanz“ ist aus dem Sport entlehnt. Als Letzter in dieser Debatte muss ich sagen: Die Koalition und die Regierung aus CDU und FDP/DVP können die zweite Halbzeit für das Land spielen und müssen nicht gegen die Opposition spielen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Es steht 3 : 0 für uns heute Morgen, dass das einmal klar ist! – Abg. Peter Hofelich SPD: Im Fußball spielen immer zwei Mannschaften gegeneinander!)

Das, was Sie bisher an Strategien, an Hinweisen geboten haben, lässt uns sicher sein, dass wir auf das Erreichte stolz sein dürfen, aber nicht stolz in dem Sinn, als hätten wir das erreicht, sondern es sind die Menschen draußen in diesem Land, die auf ihren Ebenen als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, als Unternehmer, in den Schulen, in den Verwaltungen dafür sorgen, dass sich die Menschen hier in Baden-Württemberg – auch wenn Sie immer wieder versuchen, das durch irgendwelche Statistiken zu widerlegen – wohlfühlen, dass sie gern hier leben, dass sie gern hier arbeiten.

(Abg. Ingo Rust SPD: Alles Floskeln!)

Die Menschen wissen, glaube ich, dass wir hier mit einer soliden, nachhaltigen Politik auch weiterhin die Grundlage legen werden, und zwar nicht abgehoben nach dem Motto „Bei uns läuft alles optimal“. Jeder von uns weiß, dass wir bei allen Fragen immer wieder um Wege zum Ziel ringen müssen, aber dass wir insgesamt nicht abgehoben, sondern in einem

Politikstil, der sowohl den Ministerpräsidenten und die Regierung als auch die Fraktionen auszeichnet, die Ziele gemeinsam erreichen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Dass Baden-Württemberg nicht losgelöst von Bundes- und internationalen Einflüssen agieren kann, haben mehrere Vorredner – vom Ministerpräsidenten über Herrn Schmiedel – auch dargestellt. Wir sind ja jetzt gerade in einer schwierigen Situation, die natürlich auch auf die Wirtschaft und auf den Haushalt unseres Landes Auswirkungen haben kann. Wir sollten nicht zu viele Kassandrarufer von uns geben, aber wir müssen uns darauf einstellen. Wenn Sie jetzt versuchen, lieber Kollege Schmiedel, das als Rundumschlag gegen die soziale Marktwirtschaft, gegen jegliche Form von Markt hier zu propagieren,

(Abg. Peter Hofelich SPD: Na, na, na!)

dann liegen Sie völlig falsch.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie sind doch für die Abschaffung von Regeln! Sie wollen doch zügellosen Kapitalismus! Sie sind doch auf die Nase gefallen!)

Schauen Sie doch einmal, welche Staaten diesen von Ihnen zu Recht kritisierten ungezügelden Markt zugelassen haben respektive ihre Aufsichtspflicht nicht wahrgenommen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das ist die falsche Sicht von Marktwirtschaft, eine Sicht, die nichts mit liberalem Verständnis von Marktwirtschaft zu tun hat.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Dass wir im Land Baden-Württemberg mit unserer Wirtschaftsstruktur, die wesentlich vom Mittelstand geprägt ist,

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

und mit einem stabilen Bankensystem, das für die Kapitalversorgung zur Verfügung steht, so erfolgreich sind, zeigt doch, dass gerade die, die Sie auch in diesen Generalverdacht der ungezügelden Gier bringen wollen, nämlich die Unternehmerinnen und Unternehmer, die Mittelständler, die Handwerker, die freien Berufe, hier in diesem Land Marktwirtschaft mit Verantwortung verbinden,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Verantwortung für die Menschen in ihrem Betrieb, für Arbeitsplätze, für Ausbildungsplätze. Deswegen lassen wir nicht zu, dass die soziale Marktwirtschaft, wie wir sie hier als Grundlage unseres Erfolgsmodells vorantreiben, so pauschal madig gemacht wird.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie drücken doch das Handwerk an die Seite! Totengräber des Handwerks!)

Zum Thema Landesbank gab es ja schöne Ratschläge. Der eine drängt uns zu weiteren Fusionen, der andere warnt uns vor

(Dr. Ulrich Noll)

Fusionen. Ja, was wollen Sie denn? Eines ist für uns in den ganzen Diskussionen auch klar: Wenn man zu einem sehr Gesunden viele Kranke dazulegt, dann werden die Kranken nicht gesund, sondern wird der Gesunde auch krank. Herr Schmiedel, da brauchen wir keine Ratschläge.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Sagen Sie das einmal Herrn Oettinger!)

Selbstverständlich müssen wir uns das genau überlegen. Dass wir mit diesem Geschäftsmodell, mit dem dreigliedrigen System, richtig aufgestellt sind, daran gibt es überhaupt nichts zu deuteln.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Erklären Sie das einmal Herrn Oettinger!)

Lassen Sie mich zu den bundespolitischen Themen, zu denen der Ministerpräsident, aber auch der Kollege Mappus sehr eindeutige Signale gegeben haben, sagen: Ich bin sehr optimistisch. In Bayern zeichnet sich ja eine ähnliche politische Konstellation ab wie hier bei uns. Ich sage einmal: Im Bundesrat wird man möglicherweise nicht mehr so schnell an Schwarz-Gelb vorbeikommen. Deswegen ist es wichtig und richtig – das ist auch deutlich geworden –, dass wir auch gegenüber dem Bund eine eindeutige Politik fahren, die die Menschen wieder mehr in den Mittelpunkt stellt, die Menschen, die bereit sind, jeden Tag aufs Neue aufzustehen, Leistung zu erbringen, die den Karren am Laufen halten. Wir sollten nicht immer über irgendwelche Extreme diskutieren, sondern unseren Fokus auf diese Menschen richten.

Es sind halt einmal bundespolitische Themen, die etwas mit Wirtschaftspolitik, mit Mittelstand zu tun haben. Dazu gehört auch das Thema Erbschaftsteuer. Ich sage hier ganz klar: Wir sind dezidiert der Meinung, dass diese Steuer, die dem Land zusteht, im Zug der Föderalismusreform auch in die Länderhoheit übertragen werden sollte.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir Liberalen glauben, dass es den Menschen eigentlich nicht mehr vermittelbar ist, dass mehrfach versteuertes Geld im Erbfall oder im Schenkungsfall noch einmal versteuert werden muss.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Angesichts der Höhe des Aufkommens und der vergleichsweise hohen Verwaltungskosten sollte man diese Steuer sehr wohl infrage stellen. Wir sind der Meinung, dass wir gerade auch als Land, das an die Schweiz und an Österreich grenzt, die diese Steuer längst abgeschafft haben, die Steuerhoheit in diesem Bereich erhalten sollten, um ebenfalls über eine Abschaffung dieser Steuer entscheiden zu können.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Der Kollege Mappus hat schon etwas zur Entlastung bei den Einkommensteuertarifen gesagt. Genau das wird unsere gemeinsame Aufgabe sein: Wir sollten dieses Thema nicht immer mit neuen Ausnahmeregelungen und Rücknahmen und erneuten Versprechungen belegen, sondern mit einem klaren, einfachen, fairen Steuersystem mit niedrigen Sätzen endlich einmal die Mittelschicht, die große Zahl der Menschen entlas-

ten, damit sie nicht mehr Angst vor einer Gehaltserhöhung haben müssen, weil sie dadurch einen höheren Steuersatz zahlen müssten.

Deswegen glaube ich, dass wir, wenn es in Bayern auch zu Schwarz-Gelb kommen sollte, da durchaus Impulse setzen können.

(Oh-Rufe von der SPD)

Mit Blick auf das, was der Herr Ministerpräsident geäußert hat, sage ich: Natürlich steht auch für uns – dazu komme ich bei der Erfolgsbilanz des Landes – die Konsolidierung des Haushalts ganz im Vordergrund. Ich glaube, es ist nicht das richtige Denken, wenn man einen Gegensatz „Konsolidierung oder Entlastung“ aufmacht. Die FDP-Fraktion im Bundestag hat z. B. glasklar nachgewiesen, dass auch auf Bundesebene, wenn man dort bei den sprudelnden Steuermehreinnahmen wirklich den Sparwillen zeigen würde, wie wir ihn hier im Land zeigen, sowohl Konsolidierung als auch Entlastung möglich wären.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Deswegen dürfen wir die da nicht aus der Pflicht entlassen. Für uns steht beides im Mittelpunkt.

Wir sind auf unsere Leistung bei der Konsolidierung des Haushalts schon stolz, auch wenn ich weiß, dass das für die Bevölkerung möglicherweise nicht das prickelnde Thema ist. Aber unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit und der Belastung bzw. Entlastung künftiger Generationen ist die Maxime „Nicht mehr ausgeben, als man einnimmt“, die Forderung, dass auch der Staat das tut, was jeder Private ebenfalls tun sollte, ganz wichtig. Für uns bedeutet das, dass wir unseren Haushalt ab 2008 endlich ohne Aufnahme neuer Schulden aufstellen und auch vollziehen können, dass wir nicht nur keine neuen Schulden machen, sondern Schulden tilgen, dass wir für zukünftige Lasten oder Leistungen, die notwendig werden, Rücklagen bilden. Ich glaube, in der Summe ist das Jahr 2008 wirklich ein historisches Jahr.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir werden alles dafür tun, dass wir, auch wenn konjunkturelle Eintrübungen kommen und wenn die Steuereinnahmen vielleicht nicht mehr so sprudeln werden, wie wir es in den letzten Jahren gewohnt waren, uns selbstverständlich verpflichten – nicht nur für das Haushaltsjahr 2009, für das wir den Entwurf demnächst werden vorlegen können, sondern auch für die Folgejahre –, diese Strategie der Nullnettoneuverschuldung und, sofern es auch Überschüsse geben sollte, der Schuldentilgung weiterzufahren.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wir unterstützen auch sehr den Ministerpräsidenten, wenn es um die Föderalismuskommission geht. Das wird heute Nachmittag noch ein Thema sein. Weil wir unsere Hausaufgaben gemacht haben, können wir mit Fug und Recht versuchen, den Bund und die anderen Länder auf unsere Seite zu ziehen und dafür zu sorgen, dass künftig eine wirksame Schuldenbegrenzung gemacht wird. Wir haben sie in der Landeshaushaltsordnung. Unser Ziel ist es, das auch in der Landesverfassung zu

(Dr. Ulrich Noll)

verankern, und zwar mit nur wenigen Ausnahmen. Wir wollen diese Selbstbindung, damit die Menschen wirklich sehen, dass wir nachhaltige Politik machen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Jetzt ist mein lieber Kollege Nils Schmid, der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, leider nicht da.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Ja, wo ist er denn?)

In der Opposition hat man es ja immer furchtbar leicht. Am Morgen fordert jeweils der Fachsprecher für Bildung, Soziales oder sonst etwas, im Haushalt soundso viele Stellen zusätzlich zu schaffen und zusätzliches Geld auszugeben,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir haben alles durchgerechnet!)

und am Nachmittag oder bei schönen Veranstaltungen erzählt man von der unsoliden Politik, die die Regierung angeblich macht.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das stimmt doch!)

In der Opposition darf man das machen; das dürfen Sie auch weiter machen. Wir werden jedenfalls solide und nachhaltig alle Wünsche nach Mehrausgaben selbstverständlich daraufhin prüfen, ob sie notwendig und zwingend sind oder ob irgendwo Sparpotenziale vorhanden sind.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist eine Frage der Prioritätensetzung! – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Wir sind bereit, nicht nur zu konsolidieren, sondern auch zu investieren, und zwar zu investieren in die Köpfe und in die Zukunft unserer Menschen in diesem Land, vor allem unserer Kinder, unserer jungen Menschen. Das haben wir, glaube ich, im Bereich der Bildung wirklich bewiesen, nicht nur mit der Qualitätsoffensive Bildung, sondern auch mit dem, was wir zusammen mit den Kommunen für das Konzept „Bildung, Erziehung, Betreuung“ zum tatsächlichen Ausbau von Betreuungsplätzen beschlossen haben.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was habt ihr denn da gemacht? Ihr macht doch Modellprojekte und nichts anderes!)

Ich verstehe ja, dass die Opposition sagt, das sei zu wenig, komme zu spät usw. Aber es muss ja im Rahmen dessen, was mit den Zuständigen – das sind nun einmal die Kommunen – leistbar ist, gemeinsam versucht werden, bedarfsgerecht vorzugehen. Das heißt aber nicht, dass wir warten sollten, bis die Leute irgendwann kommen, sondern dass wirklich Angebote geschaffen werden. Da hat ja der Bund Vorgaben gemacht zur Größenordnung, zur Verdreifachung der Möglichkeiten. Das tragen wir mit, und dafür haben wir die Finanzmittel schon jetzt reserviert. Die sind nicht angreifbar, das ist durchfinanziert. Das sind im Endausbau jährlich immerhin 165 Millionen €, die das Land zusätzlich gemeinsam mit den Kommunen ausgibt.

Dazu übrigens auch etwas zum Politikstil in diesem Land. Dem einen oder anderen mag das Agieren zwischen den Ko-

alitionären oder auch Ministern zögerlich erscheinen. Aber ich sage immer: Wenn man zögerlich ist, weil man, bevor man Entscheidungen trifft, sich mit den wichtigen Akteuren noch einmal ausführlich unterhält, intern immer auch einmal strittig – es wäre ja unnatürlich, wenn man sich über Dinge nicht auch einmal strittig unterhalten würde –, aber dann am Ende zu vernünftigen Ergebnissen kommt, dann lasse ich mir den Vorwurf der Zögerlichkeit durchaus gefallen. Ich glaube, dass dieser dialogorientierte Stil, den wir alle miteinander, Regierung und Fraktionen, betreiben, immer fair ist – manchmal ein bisschen emotional, aber immer mit guten Ergebnissen. Das sollten wir nicht nur gegenüber den Kommunen, sondern auch gegenüber der Wirtschaft selbstverständlich so fortführen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der FDP/DVP: Sehr richtig!)

Es wurde das Thema Wertgrenzen im Bereich des Mittelstands, des Handwerks angesprochen. Wenn ich eines, Herr Schmiedel, sagen darf: Genau mit dem, was Sie gerade propagieren, nämlich zurück zur staatlichen, kommunalen Aufgabenerledigung, schaden Sie denen vor Ort, denen wir über das Gemeindefinanzrecht durch Verschärfung des Subsidiaritätsgebots neue Geschäftsfelder eröffnet haben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das sehen die völlig anders!)

Übrigens, zum Thema Wertgrenzen: Das war nicht Ihr Verdienst.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Wer sonst? – Abg. Claus Schmiedel SPD: Nur unser! Ihr wolltet es gar nicht!)

– Natürlich waren Sie auch mit dabei; das ist überhaupt keine Frage. Aber federführend hat der Wirtschaftsminister dafür gesorgt, dass mehr Flexibilität möglich ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Warum mischen sich die Industrie- und Handwerksverbände zu Recht in die bildungspolitische Diskussion ein?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Weil es dringend notwendig ist, dass sie sich einmischen!)

Um all das, was unser Wirtschaftsminister zur besseren Versorgung mit Eigenkapital, für einen besseren Transfer von Wissen und die Umsetzung in neue Produkte und Dienstleistungen tut, aufzuzählen, reicht die Zeit nicht aus. Ich glaube, man sollte hierüber nicht so verächtlich reden, wie Sie es getan haben. Ich möchte nur an das erinnern, was wir beispielsweise zur Förderung, Sanierung und Weiterentwicklung der wirtschaftsnahen Institute gemacht haben. Bis 2016 haben wir zusätzliche Fördermittel in Höhe von 145 Millionen € vorgesehen; hinzu kommen Mittel des Bundes. Ich glaube, wir werden es schaffen, uns auf dem Feld nicht abhängen zu lassen, auf dem Baden-Württemberg auch Spitze ist, nämlich bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung – und zwar nicht nur durch den Staat und das Land, sondern auch durch die Wirtschaft.

Es ist klar: Wenn man an der Spitze steht, gibt es immer viele, die versuchen, einen einzuholen. Auf einem solch hohen Ni-

(Dr. Ulrich Noll)

veau ist es immer schwierig, im Ranking vorne zu bleiben. Aber ich glaube, wir sind mit all den Maßnahmen, die wir zu diesen Themen, auch zugunsten eines schnelleren Innovationstransfers, für den Mittelstand und auch für die kleinen Betriebe durchgeführt haben, auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Denn eines ist klar: Die großen Firmen im Land haben ihre eigenen Forschungsabteilungen. Aber was die kleinen und mittelständischen Unternehmen angeht, so gibt es noch viel Potenzial für kluge Köpfe, damit die Ideen, die eronnen werden, möglichst schnell in die Praxis umgesetzt und marktfähig gemacht werden können.

Eben weil wir kluge Köpfe brauchen – und zwar nicht nur für die Wirtschaft, sondern für alle Berufsfelder in dieser Gesellschaft –, ist das Thema Bildung natürlich das zentrale Nachhaltigkeitsthema in unserem Land. Ich respektiere dabei jeden. Wer, wie Sie und ich es tun, draußen im Land mit den Menschen spricht, spürt immer wieder, dass zwar eine Vorstellung nach dem Motto besteht: „Ja, wir müssen die Qualifikationen, die Möglichkeiten für unsere Kinder und unsere jungen Menschen verbessern.“ Aber wenn es um das Wie geht, dann bekomme ich immer einen sehr vielstimmigen Chor zu hören. Deswegen bin ich auch hier der Meinung, dass der Dialog wichtig ist.

Eines ist, glaube ich, bei alldem klar geworden: Wenn wir erst in der Schule versuchen, etwaige Defizite zu beheben, dann ist es definitiv meist zu spät.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth
FDP/DVP: So ist es!)

Die frühe Förderung muss in der Tat der Schlüssel für jegliche weitere Entwicklung der jungen Menschen sein, und dabei spielt natürlich die Sprachentwicklung eine zentrale Rolle. Auch hier könnten Sie natürlich sagen, unsere Initiativen kämen zu spät. Uns kam es zeitweilig auch so vor, als würde man dieses Thema immer weiter vor sich herschieben. Auch wir sind ja froh und dankbar, dass wir jetzt – übrigens noch in der jetzigen Plenarwoche – das entsprechende Gesetz verabschieden und damit dafür sorgen, dass die Sprachstandsdiagnosen und deren haushaltsmäßige Finanzierung gesetzlich festgeschrieben werden. Solche Diagnosen werden bereits deutlich vor dem Schuleintritt durchgeführt. Alles andere würde ja auch nichts bringen; denn wenn erst zum Zeitpunkt des Schuleintritts Defizite festgestellt werden, ist es zu spät.

Die aufgrund des bestehenden Förderbedarfs notwendigen Mittel werden natürlich, wie vorgesehen, zunächst einmal durch die Landesstiftung aufgebracht. Aber wir sind uns schon klar darüber – ich meine, das hat auch der Kollege Mappus vor Kurzem einmal in ähnlicher Weise geäußert –, dass wir als Land für eine flächendeckende Sprachförderung im Gefolge von landesweiten Sprachstandsdiagnosen die Kommunen nicht allein lassen dürfen und die erforderlichen Maßnahmen wohl aus dem Landeshaushalt finanzieren müssen.

Dieser Bereich ist natürlich auch ein zentrales Thema der Integration. Ich möchte dem Landesbeauftragten für Integration, dem Herrn Justizminister, herzlich dafür danken, dass er den Integrationsplan jetzt vorgelegt hat und dass diese Themen darin eine ganz wichtige Rolle spielen. Denn eines ist,

für mich jedenfalls, ganz klar: Am allerbesten kommen wir in Kontakt zu den Migranten, wenn wir deren Kinder in den Kindergärten und im Rahmen von Betreuungsangeboten erreichen. Dabei geht es nicht nur darum, den Kindern innerhalb der Betreuungseinrichtungen Sprachunterricht zu geben, sondern wir haben gleichzeitig die Chance, die Eltern und hier vor allem die Mütter stärker zu erreichen, als das bisher gelungen war.

Ich sehe, dass meine Redezeit schon zu Ende geht, aber ich muss dennoch versuchen, zwei oder drei weitere Punkte anzusprechen.

Ich glaube, dass wir in der Schuldiskussion, sofern wir die frühe Förderung ernst nehmen und diese Wirkung zeigt – und das geht leider nicht von heute auf morgen; da müssen wir die Erzieherinnen weiterqualifizieren und die Ausbildung neuer Erzieherinnen darauf ausrichten – – Übrigens hat das auch ein bisschen damit zu tun, welche Wertschätzung die Gesellschaft und auch wir von der Politik diesen Berufsgruppen – Erzieherinnen, Lehrer – entgegenbringen. Die finanzielle Mittelausstattung ist eine wichtige Voraussetzung, aber die Problematik hat auch etwas mit mangelnder Wertschätzung zu tun. Ich glaube, da zeigen uns andere Länder bessere Beispiele. Wir alle könnten uns einmal fragen, ob wir nicht ein bisschen zu oft so tun, als wäre alles, was da bisher gelaufen ist, nicht in Ordnung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Diese Menschen haben unsere Anerkennung verdient. Aber wenn wir Neues und Zusätzliches an Bildungsaufgaben leisten wollen, gerade auch im Kindergartenbereich, dann werden wir auch bei der Qualifikation dafür sorgen müssen, dass diese Menschen befähigt sind, zusammen mit den Eltern die Aufgabe zu erfüllen.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Zum Thema Schule. Auch da gilt für uns: Lasst alles ein Stück weit mehr von unten her wachsen. Versucht nicht, etwas von oben überzustülpen. Schauen wir uns die Qualitätsoffensive Bildung an.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Setzt es doch endlich um!)

Eine halbe Milliarde Euro ist quantitativ viel. Aber für uns war immer klar: Mehr Geld allein für die Bildung reicht nicht, sondern wir wollen mehr Bildung fürs Geld.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das ist meiner Meinung nach aber nur möglich, wenn Sie sich wirklich damit beschäftigen – nicht nur mit dem Betrag von 528 Millionen € – und einmal schauen, welche Möglichkeiten wir eröffnen. Ich habe manchmal schon das Gefühl, dass die Möglichkeiten, die wir mit diesen finanziellen Anreizen geben, bewusst oder unbewusst mehr modellhafte Entwicklungen vor Ort ermöglichen, hinter denen wir uns, glaube ich, alle versammeln können. Wir sagen: Lasst uns vor Ort mit denen, die zuständig sind – nämlich der Kommune als Schulträger, der Lehrerschaft, der Schulkonferenz und den Eltern –, da, wo es gewünscht ist, neue Formen der Zusammenarbeit von unterschiedlichen Schularten erproben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Dr. Ulrich Noll)

Mein Appell geht dahin, das zu erproben, und wir wollen es noch befördern. Ich spüre, dass in den Kommunen und übrigens auch in den Lehrerkollegien immer dann, wenn man das Gefühl hat: „Wir haben jetzt die Chance, zusammen etwas Neues auf den Weg zu bringen“, plötzlich ein großer Teil Motivation herausgekitzelt wird, während man bisher meinte: „Ich kann sowieso nicht viel ändern, ich bin nur ein kleines Rädchen.“

(Abg. Norbert Zeller SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Ich will jetzt keine bildungspolitische Debatte, Herr Zeller, und ich fürchte, das wird es, wenn ich Ihre Frage zulasse.

Wir stehen zu dem, was wir in der Qualitätsoffensive Bildung vereinbart haben. Sie beginnt ja erst im Jahr 2009, und da sind wir alle aufgerufen – ich finde, auch die Opposition sollte einmal die positiven Teile wahrnehmen –, zu sagen: Die und die Möglichkeiten gibt es. Die Kommunen werden dabei eine wichtige Rolle spielen, und wir sind uns wohl alle darüber einig, dass es das Ziel sein muss, dass jedes Kind eine faire Chance bekommt, entsprechend seinen Möglichkeiten und seinen Begabungen den bestmöglichen Abschluss zu erreichen, und zwar unabhängig von seiner sozialen und seiner sonstigen Herkunft.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Alle Möglichkeiten, die dazu dienen, die Chancenverteilung, die in Baden-Württemberg auch nicht optimal geregelt ist – auch wenn es viele andere Länder gibt, in denen es noch schlechter ist; aber das nützt uns nichts –, zu verbessern, müssen wir ergreifen, um auch in diesem Bereich die Qualität der Abschlüsse zu erhöhen, anstatt sie zu senken,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ja!)

bloß damit man formal sagen kann: Jetzt hat jeder diesen und jenen Abschluss.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das heißt also, selbstverständlich muss alles, was zur Verbesserung und Qualitätssteigerung des Hauptschulabschlusses begonnen worden ist, weitergeführt werden. Die Maßnahmen, die wir angefangen haben, sind alle finanziert, Maßnahmen, mit denen sich die Schule gegenüber der Wirtschaft, gegenüber der Gesellschaft öffnen muss, um möglichst vielen Kindern die Perspektive eines mittleren Bildungsabschlusses zu erhalten. Das ist doch die Aussage, hinter der wir alle stehen. Das heißt nicht: Wer den nicht erreicht, ist abgeschrieben. Das heißt vielmehr: Den müssen wir entsprechend seinen Möglichkeiten fördern, und durch diese Kooperationen, durch neue Schulformen müssen wir möglichst lange die Chance offenhalten.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Diese Durchlässigkeit, die in Baden-Württemberg nach Schulabschluss erkennbar vorhanden ist –

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Höher als in anderen Ländern!)

die Zahlen wurden ja zitiert –, müssen wir von Anfang an bis zum Studium hinbekommen. Daher glaube ich, dass es wirklich unsinnig ist, über irgendwelche Strukturen ideologische Debatten zu führen. Vielmehr ist das, was wir jetzt möglich machen, dann tatsächlich auch umzusetzen.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie waren doch auch bei der Debatte dabei! Aber jetzt haben Sie sich verabschiedet, weil der auf Ihren Platz will! Der Rülke will doch nach vorn!)

Jetzt komme ich zum Thema Verkehr. Da will ich, verehrter Herr Kollege Kretschmann, sagen:

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Bei Ihnen ist es in der Verkehrspolitik wie in der Energiepolitik: Sie sagen immer das, was Sie nicht wollen, aber nie das, was Sie eigentlich wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Stefan Mappus CDU: Das war richtig!)

Aber wenn Sie sagen, was Sie wollen, dann sieht eigentlich jeder Seriöse, dass dies nicht geht.

Jetzt kommen wir einmal zum Thema Verkehr. Sie wissen wohl, dass ich nicht der Hurra-Mensch bin, wenn es um neue Großprojekte geht. Wenn ich aber einerseits verstärkt auf Schiene setzen will, um im europäischen Kontext schnelle Verbindungen zu haben und übrigens auch Luftverkehrsverbindungen überflüssig zu machen, wenn ich weiß, dass nicht nur Stuttgart, sondern z. B. auch die Technologieregion Karlsruhe, die an einem Knotenpunkt von zwei Magistralen liegt, zentral auf dieses Großprojekt angewiesen ist – alle außer den Grünen, sogar die Vertreter der SPD sagen: Das ist das Jahrhundertprojekt, das wir in Baden-Württemberg brauchen –, dann halte ich es geradezu für unverantwortlich, wie Sie mit emotionalen Bauchgefühlen versuchen, gegen dieses wichtige Projekt zu agieren. Ich glaube, es wird Zeit, dass wir den Menschen, die von Ihren Alternativtrassen in der Region Stuttgart betroffen wären, gemeinsam klarmachen, dass –

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das ist immer das Gleiche! Immer nur pauschale Beschimpfungen! Argumentieren Sie doch einmal in der Sache!)

– Nein, das sind keine Beschimpfungen. Kollege Drexler hat einmal darauf hingewiesen:

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Der war in der Tat der Einzige, der hier einmal zur Sache gesprochen hat!)

Kommen Sie einmal in den Kreis Esslingen – Sie sind dort Abgeordneter – und zeigen Sie, wie dort die Trasse verlaufen soll, wenn die Drehung des Bahnhofs nicht kommt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das ist richtig!)

Überall, z. B. im Rheintal und sonst wo, fordern Sie von uns Überdeckelungen oder Untertunnelungen. Hier lehnen Sie die

(Dr. Ulrich Noll)

Untertunnelung ab, weil sie angeblich zu teuer ist. Weil Sie immer diese Milliardenbeträge nennen: Wenn Sie sie in dem Zeitraum sehen, in dem gebaut wird, dann relativiert sich da doch einiges.

Noch einmal: Wenn dieses Großprojekt nicht sinnvoll wäre und wenn wir nicht alle über alle Grenzen hinweg – außer Ihnen – der festen Überzeugung wären, dass dies für das Land ein zentrales Thema sein muss, damit wir gerade bei der Schiene nicht in den Verkehrsschatten geraten, dann würden wir es nicht machen. Ihnen kann man da wohl nicht mehr helfen.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Sie sollten dann aber endlich einmal versuchen, zu begreifen, dass Sie da falsch liegen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zu den Themen „Innere Liberalität“, „Innere Sicherheit“: Baden-Württemberg ist bekanntermaßen eines der sichersten Länder überhaupt. Herr Beckstein – er sei zurückgetreten, habe ich vorhin gehört –

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Er ist zurückgetreten!)

hat die FDP in Bayern als Sicherheitsrisiko bezeichnet.

(Zuruf des Ministers Ernst Pfister)

Es scheint ihm nicht gut bekommen zu sein.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist Ihr künftiger Koalitionspartner! Und so einem schmeißen Sie sich an den Hals! – Abg. Thomas Blenke CDU: Ganz so formulieren wir es nicht! – Unruhe)

Ich konnte auch darauf hinweisen, dass das Land Baden-Württemberg unter Beteiligung der FDP/DVP immer ausgewogene Entscheidungen getroffen hat.

Im Vordergrund unserer Bemühungen steht, den Menschen Sicherheit zu geben, Sicherheit gegen Terrorismus, aber auch Sicherheit in der ganz alltäglichen Umgebung. Das ist überhaupt keine Frage. Die Forderung derer, die sagen, diese Instrumente brauchten wir zusätzlich, wird möglicherweise – das ist aber eben subjektiv – gar nicht mehr als der Sicherheit dienend, sondern als Überwachung, als Bevormundung gesehen. Das könnte man auch heute wieder ganz konkret beim Polizeigesetz machen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Diskutieren wir morgen!)

Wir verweigern keine sinnvollen Maßnahmen, die zur Verbesserung der Tätigkeit der Polizei, zur Verbesserung bei der Justiz notwendig sind. Aber wir achten schon gemeinsam darauf,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Dass die Bürgerrechte eingehalten werden! – Abg. Thomas Blenke CDU: Wir sind uns doch noch einig geworden, Herr Kollege Noll!)

dass wir das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Es ist das alte Thema, wenn man sagt: „Was habt ihr eigentlich gegen Überwachung? Ich habe doch nichts zu verbergen. Überwacht mich doch rund um die Uhr.“ Dann frage ich aber umgekehrt: „Wenn ich nichts zu verbergen habe, warum soll ich dann rund um die Uhr überwacht werden?“

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Ich denke, wir haben in dieser Koalition gezeigt, dass wir nicht fundamentalistisch gegeneinanderlaufen, sondern immer zu vernünftigen Lösungen finden.

Wenn ich das Fazit ziehen darf: Die erste Halbzeit ist gut gelungen für das Land, und in der zweiten Halbzeit stehen viele Aufgaben an, für die wir schon den Grund gelegt haben, für die wir teilweise auch schon finanziell Grund gelegt haben,

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

sodass es nicht bei Versprechungen bleiben wird, sondern zu realen Maßnahmen kommen wird. Wir sind darauf angewiesen, dass die Menschen draußen in diesem Land das Vertrauen, die Nachhaltigkeit aufnehmen und vor Ort umsetzen. Ich glaube, dass dann, wenn das Spiel bei der nächsten Landtagswahl im Jahr 2011 vorläufig abgepfiffen wird,

(Vereinzelt Oh-Rufe)

alle Koalitionsspielereien, die andere derzeit treiben, völlig überflüssig werden, weil es hoffentlich heißen wird: „Never change a winning team!“

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Oh, oh, oh! Da wäre ich einmal vorsichtig!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 1 erledigt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Keine zweite Runde?)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Zustimmung zur Ernennung des Präsidenten des Rechnungshofs Baden-Württemberg

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Ministerpräsident hat mit Schreiben vom 16. September 2008 mitgeteilt, dass er die Absicht hat, zum Nachfolger des aus Altersgründen zum 31. Dezember 2008 in den Ruhestand tretenden Präsidenten des Rechnungshofs, Herrn Martin Frank, zum 1. Januar 2009 den bisherigen Ministerialdirektor im Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum, Herrn Maximilian Munding, zu ernennen. Er bittet darum, die zu dieser Ernennung erforderliche Zustimmung des Landtags nach § 10 Abs. 1 des Rechnungshofgesetzes herbeizuführen.

Gemäß § 97 a Abs. 3 unserer Geschäftsordnung ist diese Entscheidung ohne Aussprache in geheimer Abstimmung vorzunehmen.

Ich habe für die Abstimmung Stimmzettel vorbereiten lassen, die auf Ihren Tischen liegen. Wenn Sie der Ernennung von

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Herrn Maximilian Munding zum Präsidenten des Rechnungshofs zustimmen wollen, bitte ich Sie, mit Ja zu stimmen. Wenn Sie nicht zustimmen wollen, bitte ich Sie, mit Nein zu stimmen. Auch Stimmenthaltungen sind auf dem Stimmzettel vorgesehen. Leer abgegebene Stimmzettel werden als ungültig betrachtet.

Ich bitte Sie nun, die Stimmzettel auszufüllen. Die Schriftführer darf ich bitten, die Stimmzettel danach einzusammeln.

(Wahlhandlung und Einsammeln der Stimmzettel)

Ich darf fragen: Wer hat seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben? Hier vorn sind die Wahlurnen. – Alle Abgeordneten haben ihren Stimmzettel abgegeben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Damit erkläre ich den Wahlvorgang für beendet. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführer, das Ergebnis festzustellen. Wir werden das Ergebnis nach der Mittagspause bekannt geben.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:00 Uhr. Ich bitte alle Abgeordneten, bis dahin wieder anwesend zu sein.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:08 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:01 Uhr)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich gebe zunächst das Ergebnis der Wahl unter Tagesordnungspunkt 2 – Zustimmung zur Ernennung des Präsidenten des Rechnungshofs Baden-Württemberg – bekannt:

Es haben sich 115 Abgeordnete an der Wahl beteiligt. Gültig waren 115 Stimmen. Mit Ja haben 113 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben zwei Abgeordnete gestimmt. Damit hat der Landtag der Ernennung des Herrn Maximilian Munding zum Präsidenten des Rechnungshofs gemäß § 10 Abs. 1 des Rechnungshofgesetzes zugestimmt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herzlichen Glückwunsch, Herr Munding.

Punkt 2 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Stand der Beratungen in der Föderalismuskommission und Aussprache

Das Wort erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Günther Oettinger: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir einangs, den Abgeordneten aller Fraktionen Dank für die Zustimmung zur Ernennung des neuen Rechnungshofpräsidenten zu sagen. Ich glaube, das ist ein Zeichen einer guten Kultur und einer Erwartung, dass er den Rechnungshof mit Autori-

tät, mit Unabhängigkeit und mit kritischer, konstruktiver Begleitung der Landespolitik führt. Ich glaube, dass dies der Bewerber und der Gewählte auch erfüllen kann.

Am 8. März letzten Jahres war die Konstituierung der Kommission zur Reform des Föderalismus, Teil II. Seitdem hatten wir in Berlin mehrere ganztägige, halbtägige, über Stunden währende Sitzungen, Arbeitsgruppenberatungen und bilaterale Gespräche. Wir haben Sachverständige angehört und Gutachten eingeholt. Kurzum: Die Materialien für eine Entscheidung über ein Eckpunktepapier und über ein Paket liegen vor. Wir sind auf der Zielgeraden.

Ich glaube, dass diesem Thema für den Staat, für den Föderalismus, für die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand von morgen, für die künftige Politik eine hohe Bedeutung zukommt.

Ich glaube zweitens, dass das Zeitfenster jetzt noch ideal ist, ein Zeitfenster, in dem durch eine gute konjunkturelle Entwicklung, durch eine gute Wirtschaft die Steuereinnahmen gestiegen sind, eine Reihe von Ländern wie Baden-Württemberg aktuell keine Schulden mehr machen und sich der Bund erstmals seit vielen Jahrzehnten vorgenommen und in der mittelfristigen Finanzplanung verankert hat, ab dem Jahr 2011 erstmals Haushalte ohne Aufnahme von neuen Schulden aufzustellen und zu vollziehen.

Das Thema „Haushalte ohne Aufnahme von Schulden“ hat Konjunktur und wird auch in der Öffentlichkeit, bei den Medien, bei den Bürgern als ein wichtiges Ziel, als ein Ziel erfolgreicher Politik anerkannt. Es gibt das Zeitfenster einer Großen Koalition, die – aus CDU/CSU und SPD gebildet – dieses Ziel unterstützt. Es gibt – dies sage ich ausdrücklich – Vertreter der Partei Bündnis 90/Die Grünen und der FDP, die in der Kommission eher treibende als hemmende Kräfte, die konstruktive und nicht destruktive Mitglieder sind.

Wenn man weiß, dass ab Juni nächsten Jahres der Wahlkampf für die Bundestagswahl ansteht, und wenn man weiß, dass die parlamentarische Beratung entsprechender Gesetzentwürfe, die das Grundgesetz und die Bundeshaushaltsregeln betreffen, ansteht und parallel in den Ländern für die Landesverfassungen und die Landshaushaltsordnungen Regelungen zu treffen sind, dann wird klar, dass die Kommission ihr Ergebnis noch im Dezember dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat in Form von fertigen Gesetzentwürfen vorlegen muss.

Deswegen haben wir für den 16. und 17. Oktober eine abschließende Klausurtagung angesetzt, und ich schließe eine weitere Sitzung im November – aber dann die wirklich letzte – aus Gründen der Neuordnung der Parteiführung bei den Sozialdemokraten nicht aus.

Ich danke den Partnern. Diejenigen, die mich aus Baden-Württemberg in Berlin begleiten, waren alle partnerschaftlich unterwegs: in der Regierung der frühere Kollege Stratthaus, Kollege Stächele, Kollege Dr. Reinhart vor Ort, aber auch der Koalitionspartner FDP/DVP. Als Mitglieder, die regelmäßig mitwirken und anwesend sind, sind das Kollege Drexler und Kollege Kretschmann, die hier mit Verve und Engagement einen Beitrag leisten, damit ein sinnvoller und nach vorn führender Kompromiss, ein Paket möglich wird.

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Im Mittelpunkt stehen die Finanzen, um die sich zunächst einmal alles dreht. Ich sage klar: Es kommt entweder zu einer Paketlösung oder zu keiner Lösung. Eine Einzellösung, ein Einzelergebnis ist für mich nicht denkbar.

Aus der Sicht Baden-Württembergs – auch dies sei deutlich gesagt, mit Blick auf die nächsten Jahre, konkret auf die Zeit der nächsten fünf Jahre – wäre ein Scheitern der Kommission kein Nachteil. Das wäre ein Vorteil, weil uns dann niemand zu solidarischen Leistungen heranziehen kann. Deswegen: Ich bin nicht um jeden Preis an einem Paketergebnis interessiert. Wenn es zu keinem Ergebnis kommt, dann machen wir keine Schulden, dann machen andere Schulden. Wir erhalten uns dann unsere Handlungsfähigkeit, und Bremen, das Saarland, Schleswig-Holstein und andere werden letztendlich den Bach runtergehen. In der Perspektive der nächsten fünf Jahre – nur auf Baden-Württemberg bezogen – würde ein Scheitern für uns bedeuten, dass wir zu keinerlei weiteren solidarischen Pflichten heranzuziehen sind.

Die Schuldengrenze, die wir für uns formulieren – die wir in der LHO schon formuliert haben und später in der Landesverfassung formulieren werden –, ist strenger als alles, was in Berlin diskutiert wird.

Langfristig und gesamtstaatlich betrachtet haben wir hingegen ein Interesse daran, dass die Kommission und später Bundestag und Bundesrat erfolgreich sind. Warum? Wenn in unserem Bundesstaat das Saarland, Bremen, Schleswig-Holstein, neue Länder mittelfristig nicht mehr handlungsfähig sind, fallen sie uns alle auf die Füße. Ein konsequenter Sparkurs in Baden-Württemberg und in anderen Ländern macht doch keinen Sinn, wenn das Sparen in Nachbarländern nicht gelingt. Irgendwann wird alles vermengt. Glaube doch niemand, dass man sich auf Dauer auf einer Insel der soliden Wirtschaft und Haushalte halten kann. Da gibt es genügend Möglichkeiten der Umverteilung in der Bundespolitik. Da gibt es Bundesergänzungszuweisungen, da gibt es den Straßenbau, da kann man auf den einen neidisch sein und dem anderen helfen.

Deswegen bin ich im Interesse Baden-Württembergs und der langfristigen Handlungsfähigkeit aller Länder im föderalen Staat an einem Erfolg der Kommission interessiert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP, der Abg. Winfried Kretschmann und Franz Untersteller GRÜNE sowie der Abg. Wolfgang Drexler und Rainer Stichelberger SPD)

Der erste Angelpunkt muss die Schuldengrenze sein. Der Bund strebt für den Zeitpunkt in drei Jahren erstmalig einen Haushalt ohne neue Schulden an – noch 13 Milliarden € neue Schulden in diesem Jahr, 11 Milliarden € im nächsten Jahr, 5 Milliarden € im Jahr 2010, null im Jahr 2011. Peter Struck hat schon angekündigt, dass dann, wenn die schwarze Null erreicht ist, die Rückzahlung alter Schulden beginnen soll. Baden-Württemberg hat die schwarze Null erreicht und bezahlt schon alte Schulden zurück. Andere Länder tun dies in kleinerem Umfang ebenso. Aber es hat doch wohl keinen Sinn, in einem Jahr eine Punktlandung hinzubekommen und keine Schulden zu machen, wenn man parallel dazu um ein generelles, grundloses Recht, Schulden machen zu dürfen, kämpft.

Die Festlegung eines beliebigen Korridors zur Verschuldung – 0,5 % oder 0,75 % des Bruttoinlandsprodukts, das heißt 12,5

Milliarden € oder 19 Milliarden € pro Jahr – auf Dauer und ohne Begründung, in guten wie in schlechten Zeiten, also ein Schuldenrecht, kann doch wohl nicht der Anspruch einer soliden Finanzpolitik sein.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Damit auch das klar ist: Ganz so stringent, wie es manche in der Kommission sehen – dass Schulden machen generell und ohne Ausnahme verboten sein soll –, stelle ich mir Politik auch nicht vor. Wie im wirklichen Leben muss das Schuldenmachen möglich sein, wenn man in einer Notlage ist oder eine besondere Chance hat, zu investieren.

Dazu nur ein Beispiel: Unterstellt, es käme einmal zu einem Tarifabschluss im öffentlichen Dienst mit einer Laufzeit von drei Jahren, bei dem im ersten Jahr ein Plus von 6 % und dann keine weiteren Steigerungen vorgesehen sind. Dann wäre man bei einem Landeshaushalt, der zu 50 % durch Personalausgaben geprägt ist, im ersten Jahr angesichts der um 6 % steigenden Ausgaben kaum zu einem Haushaltsausgleich in der Lage, würde im zweiten und im dritten Jahr aber einsparen. Über drei Jahre hinweg könnte man den Haushalt ohne Schulden finanzieren.

In besonderen Jahren, in Notlagen, bei besonderen Investitionen sollte die Schuldenaufnahme auch in Zukunft – wie in der Wirtschaft und in der Gesellschaft – Teil einer handlungsfähigen Politik sein können. Aber ein generelles, grundloses und jährlich wiederkehrendes Schuldenrecht lehnen wir ab.

Nun kommen einige Länder früher und einige Länder später. Aber klar ist: Um das Ziel kommt niemand herum. Bayern 2006, Baden-Württemberg 2008, der Bund 2011, Niedersachsen ebenso, Nordrhein-Westfalen 2013 – spätestens Mitte des nächsten Jahrzehnts sollte das Datum sein, an dem alle Länder zu einem Ausgleich ihrer Ausgaben durch Einnahmen ohne neue Schulden in der Lage sind.

Jetzt tun einige Länder dar, dass dies bei ihnen gar nicht ginge. Konkret sind das Bremen, das Saarland, Schleswig-Holstein. Ich behaupte, dass möglicherweise einige neue Länder im nächsten Jahrzehnt hinzukommen.

Dabei muss man generell sagen: Mir bereitet Sorge, dass noch niemand an die Zeit nach 2019 denkt. Dann wird die Förderung Aufbau Ost auslaufen. Sie wird ihren Höhepunkt im nächsten Jahr erreicht haben. Nie gibt es für den Aufbau Ost mehr Geld als 2009. Danach geht die Förderung in Stufen zurück. Das heißt, Berlin, Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen geht es im nächsten Jahr besser, und danach sinkt die Zufuhr von Finanzmitteln stufenweise jedes Jahr ab. Ob die Situation dort so schnell so viel besser wird, sei dahingestellt.

Meine Vermutung ist, dass man in Berlin, Brandenburg und Thüringen den Haushalt im nächsten Jahr ausgleichen kann, so wie es im letzten Jahr in Berlin bereits möglich war – allerdings kam dort der Verkauf der Landesbank hinzu, ein Sondererlös –, während das Ganze im nächsten Jahrzehnt stufenweise schwieriger wird.

Trotzdem tun einige dar, dass es ohne eine Hilfe nicht gehe. Dabei ist es bei Bremen noch am ehesten unstrittig. Bremen

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

hat ein langjähriges Defizit von 600 Millionen € Jahr für Jahr. Klar ist: Wenn es nicht gelingt, dass alle an Bord kommen, hat eine Schuldengrenze für den Bund allein wenig Sinn. Denn beim Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt geht es nicht um Bundesschulden und um Länderschulden, sondern um die gesamte Verschuldung der öffentlichen Hand. Entweder gehen wir alle mit ins Boot, oder jeder geht für sich allein seinen Weg.

Ich will, dass alle mit ins Boot kommen. Deswegen lautet unser Vorschlag – er wird in der Kommission auch weitgehend akzeptiert –: Wenn sich Bremen den Weg zumuten will, mittelfristig einen Haushalt ohne Schulden aufzustellen – eine schwarze Null – und ein Delta von 600 Millionen € zu überbrücken, dann ist die Gemeinschaft von Bund und Ländern zu einer Hilfe bis maximal zur hälftigen Höhe bereit.

Hierzu ermitteln wir die Zinsspitzen, indem wir prüfen, was ein Land derzeit im Durchschnitt pro Einwohner an Schuldzinsen für Altschulden bezahlt. Dort, wo diese Schuldzinsen pro Einwohner deutlich über dem Durchschnitt sind – etwa 130 % –, kappen wir den Schuldendienst durch Hilfe, damit er den Haushalt nicht sprengt, sondern ein Haushaltsausgleich möglich wird.

Klar ist aber andererseits: Ich kann dem Landtag von Baden-Württemberg eine Bereitschaft, mitzuhelfen, nur dann empfehlen, wenn die Gegenleistung kommt.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Die Gegenleistung muss erstens aus einer stringenten Schuldengrenze auch in Bremen, im Saarland, in Schleswig-Holstein bestehen, die nicht mehr umgangen werden kann, muss zweitens aus Sanktionen bestehen, die ein Stabilitätsrat verhängt und kontrolliert, und muss drittens aus nachweisbaren Schritten bestehen. Die Zahlungen von bis zu 300 Millionen € von Bund und Ländern für Bremen werden dann gestoppt, wenn der Weg der anderen 300 Millionen € auf null in Stufen nicht nachweisbar ist. So stelle ich mir einen goldenen Zügel im besten Sinn vor, damit der Bürgermeister von Bremen seinen Bürgern Zumutungen nennen kann, weil er ohne Zumutungen und Kürzungen den Zuschuss von Bund und anderen Ländern verliert. Wer das Geld nicht abrufen will, weil er nicht spart, gönnt sich etwas, bestraft sich aber doppelt. Wer das Geld abrufen will, indem er spart, bekommt mittelfristig finanzielle und damit auch politische Handlungsfähigkeit.

Ich danke dem Kollegen Kretschmann, der jüngst ein eigenes Papier dafür vorgelegt hat, das ich durchaus akzeptiere: „Entwurf für einen gemeinsamen Vorschlag der Länderbank“. Ich danke dem Kollegen Drexler, der ein Arbeitspapier zum Thema Steuerkompetenzen vorgelegt hat, in dem er zu Recht sagt, dass für Länder etwas mehr finanzielle Eigenständigkeit notwendig ist; Stichwort Zuschlagsrechte.

Gehen wir doch einmal Haushaltsberatungen in den Ländern durch. Ich war in meinem ganzen Leben nie im Finanzausschuss. Das habe ich nie erreicht.

(Vereinzelte Heiterkeit)

Aber wenn man dort die Einnahmeseite diskutiert, ist da im Grunde „alles geschwätzt“. Die Einnahmen geben die Steu-

erschätzer vor. Außer Studiengebühren – worüber man streiten kann –,

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Justizgebühren!)

Eintrittsgelder für die Museen und Justizgebühren ist im Grunde genommen keine Stellschraube vorhanden. Da hat jeder Gemeinderat mit den Hebesatzrechten für Grunderwerbsteuer und für Grundsteuer und mit der Gestaltung der Gebühren – von den Friedhofsgebühren bis zu den Hallenbadeinlasskarten – weit mehr Handlungsspielraum.

Bei den Ausgaben sind wir voll handlungsfähig – Stichwort Stellenplan, Stichwort Übernahme von Tarifverträgen, Stichwort Programme, die freiwillig sind. Dort können wir erhöhen oder kürzen. Ich finde es unbefriedigend und nicht in Ordnung, dass Ihnen zwar das Königsrecht der Haushaltspolitik zusteht, aber bei den Einnahmen im Grunde genommen die Steuerschätzer in die Druckerei gehen und dann sagen, was drinsteht, und nichts für uns zu gestalten ist.

Deswegen glaube ich, dass ein Zuschlagsrecht für Gemeinschaftsteuern der richtige Weg ist. Der Kollege Drexler schlägt ergänzend bei Erbschaftsteuer und Vermögensteuer mehr Gestaltungsmöglichkeiten vor,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

worüber man ausdrücklich reden kann.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist richtig!)

Jetzt haben einige Länder die Sorge, dass hier ein Dumpingwettbewerb entstehen könnte. Wissen Sie, wenn dem so wäre, dürften die Gemeinden keine Hebesatzrechte haben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Denn schon jetzt ist doch mit der Grunderwerbsteuer, mit der Gewerbebeertragsteuer und mit der Grundsteuer die Möglichkeit vorhanden, dass der Bürgermeister A dem Bürgermeister B einen Industriebetrieb wegnimmt oder dessen Erweiterung vereitelt, indem er die Hebesätze senkt. Dies hält jeder auf kommunaler Ebene für einen sinnvollen Wettbewerb. In Bezug auf den Vergleich etwa der Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen untereinander, im Wettbewerb mit dem Umland oder über die Landesgrenzen hinweg gilt dies auch für die föderale Landkarte insgesamt. Deswegen kann ich nur sagen, gerichtet an die Landtage und die Regierungen anderer Länder: Ein bisschen mehr Mut tut uns gut, wenn man als Landespolitiker in Zukunft noch gestalten will.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Deswegen bin ich dankbar, dass auch Herr Steinbrück vorgeschlagen hat, dass Zuschlagsmöglichkeiten hinzuzumüssen – übrigens nicht nur als Gestaltungselement, sondern auch damit ein Land Zuschläge erheben muss, wenn es die Schuldengrenze verletzt, um den nächsten Haushalt ohne Schulden vollziehen zu können. Die Schuldengrenze würde eine wunderbare Sanktion beinhalten. Überlegen Sie einmal, 15 Länder würden einen Haushalt ohne Schulden vorlegen, und eine Landesregierung würde Schulden machen

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

und bekäme dann vom Stabilitätsrat gesagt: „Erhöht die Lohn- und Einkommensteuer um zwei Prozentpunkte on top.“ Dies spürt der Bürger und wird reagieren – vor der Wahl, in Wahlkampfzeiten und nach der Wahl.

Deswegen glaube ich, dass dieses Paket mit Schuldengrenze, Zuschlagsrechten, Sanktionen und mit klaren Zielvereinbarungen, aber im Regelfall ohne Verschuldungsrechte, ein Paket, das nur im Ausnahmefall Verschuldungsrechte einräumt und einen verpflichtenden Tilgungsplan innerhalb von drei bis fünf Jahren zur Voraussetzung macht – nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag, sondern noch in der Gegenwart, in der mittelfristigen Finanzplanung –, ein Instrument wäre, mit dem starke Länder und schwache Länder gerecht bedient würden und wo die Länder insgesamt sagen sollten: Das Angebot des Bundes, die Hälfte mitzufinanzieren, kommt im Zweifel nie mehr.

Peter Struck und ich haben vorgeschlagen, dass dieser solidarische Fonds, aus dem die schwachen Länder zur Hälfte Schuldendeckungsbeiträge abrufen können, ein Volumen von 1,0 Milliarden € bis maximal 1,2 Milliarden € umfasst. Die drei Länder und Berlin – Berlin kommt jetzt auch an Bord, hat sich lange eher herausgehalten, ist jetzt dabei – wollen ein Gesamtvolumen von 1,5 Milliarden €. Steinbrück will nur ein Volumen von 0,8 Milliarden €. Aber ich glaube, dass diese Differenz zwischen 0,8 Milliarden € und 1,5 Milliarden € nicht unüberbrückbar ist und der Bund sich noch etwas bewegen wird. Das heißt, daran droht das Ganze nicht zu scheitern; niemand sollte sagen, dass es deswegen nicht geht.

Neben den finanziellen Regeln, zu denen es noch vieles im Detail zu sagen gäbe, geht es auch um Verwaltungsfragen. Ich spreche nur ganz wenige an.

Es darf meines Erachtens nicht sein, dass der Bund über die Verwaltungsthemen Zentralismus pur betreibt. Das heißt, wir schauen uns sehr genau an, wo eine Neuordnung der Kompetenzen sinnvoll ist, und der Bund darf nicht alles automatisch an sich ziehen. Bei der öffentlichen IT z. B. wäre es richtig, wenn die Marktmacht gebündelt würde, wenn die IT vereinheitlicht würde, wenn es gemeinsame Schnittstellen zur Datenübertragung und Datenpflege gäbe. Aber dann sollte dies bitte nicht auf Grundlage eines Bundesgesetzes geschehen, sondern auf Grundlage eines Staatsvertrags des Bundes mit den Ländern, weil es weit mehr IT bei den Ländern gibt und der Bund die Steuerung nicht allein in die Hand nehmen darf.

Ein Benchmarking, das heißt Leistungsvergleiche zur Effizienzverbesserung – bei der Umsetzung von Bundesgesetzen als Beispiel –, scheint mir auch sinnvoll zu sein. Aber auch hier gilt, dass nicht der Bund anordnen darf, sondern dass dem eine gemeinsame Vereinbarung zwischen den Ländern und dem Bund zugrunde liegen muss.

Bei der Steuerverwaltung – drittes Beispiel – glaube ich nicht, dass es richtig wäre, wenn man die Ländersteuerverwaltungen in eine Bundessteuerverwaltung überführen würde. Umgekehrt: Wenn das Finanzamt in der Fläche bleibt, wenn die Finanzbeamten Landesbeamte bleiben, halte ich eine stärkere Vereinheitlichung, eine stärkere Vergleichbarkeit im Steuervollzug, gegebenenfalls auch einige fachliche Weisungen bei

Unternehmen, die in mehreren Ländern produktiv tätig sind, den Ländern gegenüber durchaus für zumutbar.

Einen letzten Punkt spreche ich an: Infrastruktur, Bundesstraßen. Der Bund bietet an – ich will ganz bewusst kurz darauf eingehen –, dass ein Großteil der Bundesstraßen in die Trägerschaft und in die Verantwortung der Länder übergehen soll, indem der Bund sich auf die europaweit wahrnehmbaren Magistralen, die Autobahnen und die Bundesschienenwege, konzentriert und Bundesstraßen an die Länder abgibt. Ich bin im Grundsatz dafür. Warum? In vielen Regionen des Landes, bei vielen Fragen der Ortsumfahrung und der Erschließung, der Wirtschaftsförderung sind Landesstraßen und Bundesstraßen oftmals kaum trennbar. Oftmals hat man Geld für die Bundesstraße und nicht für Landesstraßen und umgekehrt.

Zwischen den GVFG-Mitteln, den Landesstraßenmitteln und den Bundesstraßenmitteln trennen zu müssen ist eigentlich nachteilig für ein regionales Verkehrskonzept. Es gelingt nicht immer so gut wie bei Leonberg–Heimsheim, dass man Baumaßnahmen an kommunalen Straßen, Bundesstraßen und Landesstraßen zum gleichen Zeitpunkt beginnt, plant und diese in Betrieb nimmt. Deswegen sind wir im Grundsatz an der Übernahme der Bundesstraßenkompetenz interessiert, sofern der Bund uns einen entsprechenden Pauschalbetrag, rechtlich abgesichert, zuweist.

Jetzt sagt der Bund: „Ihr kriegt die Straßen und sonst nichts.“

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Mit allen Schlaglöchern!)

Ihr habt damit Quadratmeter und Grundeigentum.“ Aber in Wahrheit sind dies Lasten und nicht Vermögenswerte. Deswegen erwarten wir, dass der Bund zumindest die Beträge, die er in der mittelfristigen Finanzplanung geben wollte, pauschal den Ländern gibt und das Ganze entsprechend grundgesetzlich abgesichert wird, damit sich der Bund nicht wie bei den Regionalisierungsmitteln nach Jahren sang- und klanglos aus einer alten Zusage verabschieden kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rück CDU: Sehr gut!)

Das sind die wesentlichen Eckpunkte; viele kleine kommen hinzu. Ich habe eigentlich die Hoffnung, dass es zu einem Paket kommen kann. Blockieren war bisher im Sinne von niemandem. Niemand hat sich vor Wahlen – auch nicht in Bayern – entsprechend destruktiv festgelegt. Alle sind kompromissbereit.

Es kommt darauf an, dass in den nächsten Wochen jeder beweglich bleibt. Wenn jeder seine Interessen pur formuliert, dann kommt gar nichts heraus, weil es in der Finanzpolitik von 16 Ländern und dem Bund 17 unterschiedliche Interessen gibt. Wenn jeder Vorteile anstrebt und Kröten schluckt, dann kommt etwas dabei heraus. Dann hätten wir erreicht, dass eine Schuldengrenze, die nicht mehr umgehbar ist, wie sie unsere Haushaltspolitik bereits unterstützt, auf andere Länder übertragen wird und damit der Weg aus der Schuldenfalle für Kommunen, Sozialkassen, Länder und Bund eine historische Leistung des nächsten Jahres werden kann.

Ich glaube unverändert an diese Chance und darf Sie alle bitten, dies entsprechend mitzumachen. Ich bin zu jeder Aus-

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

kunft bereit und danke für eine vielfältige Mithilfe in den letzten eineinhalb Jahren über alle Fraktionen hinweg.

Wenn ich zehn Minuten vor halb vier Uhr gehen muss, dann ist das unhöflich; ich weiß. Aber ich würde sehr gern die Trauerfeier für meinen früheren Berater, Herrn Dr. Steinacher, besuchen. Darum ist mir an einer Beendigung dieser Debatte – gern alsbald die Fortsetzung – gegen Viertel nach drei Uhr gelegen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie der Kollege Drexler von der sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzendenkonferenz so bin ich von der Grünen-Fraktionsvorsitzendenkonferenz in die Föderalismuskommission II delegiert. Wir haben dort kein Stimmrecht, sondern nur Rede- und Antragsrecht.

Es war für mich jedenfalls höchst erfreulich, auch erstaunlich, wie gut wir auf der Länderparlamentsbank über alle Fraktionsgrenzen hinweg zusammengearbeitet haben. Ich glaube, dass die Länderparlamentsbank am weitesten in den Konsensvorschlägen war und das auch einbringen konnte. Es hat auch Freude gemacht, da zu arbeiten, weil dort die Konfliktlinien anders verlaufen, als man das im politischen Alltagsgeschäft gewohnt ist.

Wenn die Kommission scheitern sollte – was ich noch nicht glaube, aber ich bin auch nicht überoptimistisch –, dann daran, weil so manche nicht begriffen haben, dass es in solch einer Kommission – sie ist im Prinzip eine Verfassungskommission; sie soll ja Verfassungsänderungen erwirken – immer um die Frage geht: Was ist eine gute politische Ordnung der Dinge?

Nur wenn man unter diesem Horizont dort arbeitet, kann man zu einem Konsens kommen – der nicht immer nur den eigenen Interessen entsprechen kann. Wenn man jedoch immer nur die eigenen Interessen einbringt, hat man den eigentlichen Charakter der Arbeit verfehlt.

Ich glaube, das Hauptprojekt der Kommission muss jetzt heißen: Wie schaffen wir es, dass in allen 17 Gebietskörperschaften – also im Bund und in den 16 Ländern – wirksame Schuldenbremsen in die Verfassung kommen? Denn wir dürfen uns von den boomenden Steuereinnahmen der letzten Jahre nicht täuschen lassen. Die öffentlichen Haushalte sind mit 1 500 Milliarden € verschuldet, und einige Bundesländer – der Ministerpräsident hat darauf verwiesen – können ihren Schuldendienst nur durch Aufnahme neuer Schulden leisten. In einer solchen Situation merkt man dann, dass die Zinseszinsrechnung, wie man sie in der Schule gelernt hat, leider stimmt.

(Heiterkeit der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich darf noch einmal in der historischen Betrachtung sagen: Der Artikel 115 des Grundgesetzes, der als Schuldengrenze die Höhe der jeweiligen Bruttoinvestitionen zugrunde legt, hat total versagt. Er hat überhaupt nicht als Schuldenbremse

gewirkt. Im Gegenteil: Zusammen mit der Bestimmung, dass man prinzipiell bei Störungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts – wie auch immer man dies erklärt – beliebig neue Schulden machen kann, ist dies sozusagen zu einer Ermächtigungsklausel dafür geworden, dauernd neue Schulden machen zu können.

Dieser Artikel hat also versagt, und wir sind deshalb inzwischen wohl einmütig zu der Auffassung gelangt, zu einem formalen Kriterium als Schuldengrenze zu kommen.

Es nützt aber auch gar nichts, theoretische Berechnungen aufzustellen, wenn Länder wie Schleswig-Holstein, Bremen oder das Saarland aus eigener Kraft gar nicht mehr aus der Schuldenfalle herauskommen können. Selbst dann, wenn Schleswig-Holstein all seine Lehrer entlassen würde, hätte das Land noch immer keinen ausgeglichenen Haushalt. Und dies kann man logischerweise nicht von diesem Land verlangen.

In einer solchen Situation nützt es also nichts, über Schuldfragen zu diskutieren. Natürlich haben sich manche der Teilnehmerländer Dinge geleistet, die sie sich bei einer seriösen Finanzwirtschaft nicht hätten leisten dürfen. Aber die Altschulden sind nun einmal da, und wenn diese Länder weiter in der Schuldenspirale versinken, werden der Bund und die anderen Länder – auch wir – insgesamt dafür geradestehen müssen. Ich glaube also, man muss sich von der Vorstellung verabschieden, man könne diese Länder irgendwann „absaufen“ lassen. Das ist völlig ausgeschlossen.

Ich glaube, dass sich diese realistische Sicht bei den allermeisten Ländern – außer Bayern – inzwischen in der Föderalismuskommission durchgesetzt hat. Aber nach dem Wahldebakel werden auch die Bayern von ihrem hohen Ross herunterkommen und ebenfalls nach realistischen Lösungen suchen müssen. Ich hoffe, dass, wenn nun Herr Seehofer Ministerpräsident wird,

(Abg. Stefan Mappus CDU: Wissen Sie schon mehr?)

er nicht, wie so manch andere Bayern, die Mainlinie mit dem Polarkreis verwechselt, sondern davon ausgeht, dass Deutschland und die Welt auch noch nördlich der Mainlinie existieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Stefan Mappus CDU: Das schwarz-grüne Bayern, oder was?)

Ich nehme an, Herr Ministerpräsident, dass Sie mit ihm in dieser Hinsicht auch noch einmal reden werden.

Herr Kollege Oettinger hat zusammen mit dem Fraktionsvorsitzenden Struck die Aufgabe übernommen, ein Paket zu schnüren, dem alle zustimmen können. Ich glaube, die Verabschiedung eines Gesamtpakets im Konsens ist der Schlüssel, und niemand soll glauben, dass man dies irgendwelchen Ländern überstülpen könnte. Es wird nur eine Lösung im Paket geben.

Wir von der Bank der Länderparlamente haben dort natürlich immer einen etwas größeren Spielraum, weil wir, bedingt durch die merkwürdige Konstruktion des Exekutivföderalismus in Deutschland, nicht so direkt in die Dinge verweben sind, sondern sie zunächst einmal zur Diskussion stellen können. In diesem Sinn haben wir auch Vorschläge in die Kom-

(Winfried Kretschmann)

mission eingebracht, wie ein solches Gesamtpaket strukturell aussehen kann und wie wir es in der nur noch schmalen Zeitspanne zum Erfolg führen können.

Ich sehe es so: Differenzen gibt es in der Frage, wie die Schuldenbremse aussehen soll. Die meisten unionsgeführten Länder – nicht alle, sondern in der Regel die Geberländer – plädieren für die Aufnahme des Nullverschuldungsgebots in die Verfassung. Andere, wie die sozialdemokratische Bundestagsfraktion, wollen eine Verschuldungsgrenze von maximal 0,75 % des Bruttoinlandsprodukts. Ich glaube, der Ausweg liegt in einer zeitlich gestuften Begrenzung der Neuverschuldung mit einem dann völligen Schuldenstopp ab 2019.

Herr Kollege Oettinger hat schon darauf hingewiesen, dass viel zu wenig über diesen Stichtag diskutiert wird, an dem der Solidarpakt und auch das Maßstäbengesetz auslaufen. Dann schlägt wirklich die Stunde der Wahrheit. Ich glaube, das ist nicht allen so richtig bewusst. Eine zeitlich gestufte Begrenzung der Neuverschuldung mit dann völligem Schuldenstopp ab 2019 könnte ein Konsens sein zwischen denen, die eine radikale Schuldengrenze wollen, und denen, die noch eine geringe Verschuldung zulassen wollen. Ich glaube, auch das wäre schon ein gehöriger Erfolg.

Aber es ist klar: Die überschuldeten Länder können dem nur zustimmen, wenn sie sich auf eine Konsolidierungshilfe verlassen können. Sonst wären sie völlig handlungsunfähig. Man darf auch nicht vergessen, dass ein zusätzliches Problem aufgetaucht ist. Über Steuern entscheidet bisher der Bund. Es könnte also dazu kommen, dass, wenn der Bund z. B. Steuern senkt, die Länder, die solche Schuldengrenzen eingeführt haben, mit ihrer geänderten Verfassung in enorme Schwierigkeiten kommen, weil sie selbst keine Steuerhebungsrechte haben. Deswegen wird es ohne eine solche Gegenleistung nicht gehen.

Die Berechnungen, die wir angestellt haben, gehen von einer Konsolidierungshilfe für die Problemländer von ca. 1,7 Milliarden € jährlich aus. Das wäre für Baden-Württemberg immerhin ein Volumen von ca. 140 Millionen € jährlich. Das ist schon eine gewaltige Herausforderung für uns. Der Kollege Drexler hält dieses Volumen für zu hoch. Herr Steinbrück spricht von einem Volumen von 700 Millionen € insgesamt. Man wird in den Verhandlungen sehen müssen, was für die überschuldeten Länder das Angebot ist, wo sie bei Schuldengrenzen mitgehen können.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: 1,2 Milliarden plus 500 Millionen vom Bund, also 1,7 Milliarden!)

Das ist Verhandlungsgegenstand, und natürlich haben auch wir kein Interesse, von vornherein übermäßig viel Geld aus dem Landeshaushalt da hineinzustecken. Aber ich sehe dazu keine Alternative, wenn das Projekt nicht scheitern soll.

Die Steuerautonomie bei den reinen Ländersteuern und eine Steuerautonomie der Länder bei den Gemeinschaftsteuern sollen in einem engen Rahmen stattfinden, ich könnte mir vorstellen, in einem Rahmen von 5 % nach oben. Dabei hat Ministerpräsident Oettinger schon klugerweise den Kompromiss vorgeschlagen, darauf zu verzichten, Steuern auch senken zu dürfen. Das nimmt denen, die vor einem Dumpingwettbewerb Angst haben,

(Vereinzelt Oh-Rufe)

die Argumente weg. Insofern müsste dies auch möglich sein. Letztlich geht es dabei um Projektfinanzierungen. Das ist der eigentliche Sinn solcher Korridore für Aufsetzer auf die Körperschaft- und Einkommensteuer, wie es andere Länder in Kanada oder in der Schweiz – Staaten, die ebenfalls föderal verfasst sind – mit großem Erfolg machen, ohne dass es da zu irgendwelchen merkbaren Verwerfungen des Nationalstaats kommt.

Gleich, welches Modell, alles muss jetzt in den nächsten Wochen entschieden werden. Jetzt ist es mit der Filibusterei vorbei. Es heißt jetzt: Hopp oder topp. Der deutsche Föderalismus hat jetzt die Chance für eine finanzpolitisch nachhaltige Zukunft. Mit sinkenden Steuerprognosen wird die Aufgabe nicht einfacher.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

– Mit den Versprechungen von Steuersenkungen übrigens auch nicht, Herr Kollege. Ich bin Ihnen, Herr Kollege Oettinger, wirklich dankbar, dass Sie schon am Anfang klipp und klar gesagt haben, dass Sie davor gewarnt haben, mit Steuersenkungen in die nächsten Wahlkämpfe zu gehen, bevor wir nicht eine klare Entschuldungskonzeption haben. Das würde diese nämlich gefährden.

Herr Ministerpräsident. Sie haben die Kommission bisher umsichtig und klug geführt. Ich wünsche Ihnen, Herr Kollege Oettinger, in dieser entscheidenden Phase der Föderalismuskommission viel Durchhaltevermögen und viel Erfolg! Kollege Drexler und ich werden von der Länderparlamentsseite her das Mögliche dazu beitragen, damit dieser Erfolg auch eintritt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Scheffold.

Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach eineinhalb Jahren intensiver Arbeit in der Föderalismuskommission ist zunächst einmal Dank angesagt: Dank dem Ministerpräsidenten für den Vorsitz in dieser Kommission und für die sehr engagierte, kompetente und verantwortungsbewusste Arbeit mit kreativen und auch innovativen Lösungsvorschlägen und ebenso selbstverständlich Dank den beteiligten Ministern Stratthaus und Stächele sowie den mit der Sache befassten Beamtinnen und Beamten. In den Dank will ich ausdrücklich auch die Arbeit des Kollegen Kretschmann und des Kollegen Drexler einbeziehen. Es liegt jetzt ein Eckpunktepapier vor, mit dem ein Gesetzgebungsvorhaben erfolgreich abgeschlossen werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, oberstes Ziel muss sicherlich sein, die Nullneuverschuldung auf allen staatlichen Ebenen zu erreichen – beim Bund, bei allen Ländern und bei den Kommunen –, damit die Ausgaben mit dem übereinstimmen, was wir an Einnahmen haben, und wir nicht ständig neue Schulden aufnehmen müssen. Die CDU-Landtagsfraktion hat diesen Kurs der Landesregierung in Baden-Württemberg stets nachdrücklich unterstützt, und wir unterstützen deswegen

(Dr. Stefan Scheffold)

selbstverständlich das Ziel der Kommissionsarbeit unter dem Vorsitz unseres Ministerpräsidenten. Dies ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Wenn man sich die demografische Entwicklung ansieht, erkennt man, dass sie in absehbarer Zeit zu einer geringeren Anzahl an Steuerzahlern und auch zu geringeren Steueraufkommen führen wird. Auf der anderen Seite gibt es eine Entwicklung, die im Gesundheits- und im Sozialbereich ständig mehr Ausgaben erfordert. Dass man sich vor diesem Hintergrund das Ziel der Nullneuerschuldung für den Gesamtstaat zum Thema macht, sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Deswegen ist es auch die Hauptaufgabe der Kommission gewesen, diese Finanzfragen zu besprechen. Das Hauptthema in der Kommission war sicherlich die Frage der Schuldenbegrenzung.

Wir haben in Baden-Württemberg vorgemacht, wie es gehen sollte: zunächst eine Nullneuerschuldung, dann eine Regelung in der Landeshaushaltsordnung und dann – sogar in diesem Haushaltsjahr – die Altschuldentilgung. An diesem Kurs wollen wir hier in Baden-Württemberg weiterarbeiten, aber diesen Kurs wollen wir auch in der Kommissionsarbeit unterstützt sehen.

Ich bin ausdrücklich dafür dankbar, dass der Kollege Drexler in der Berliner Erklärung der Landtagspräsidenten diesen Kurs auch selbst vorgegeben hat, wenn es da heißt:

Die künftig konsequente Begrenzung der Neuverschuldung muss sich am verfassungsrechtlichen Leitbild eines ausgeglichenen Haushalts ausrichten.

Es darf auch nicht so sein, dass wir dieses Ziel nur einmal punktuell erreichen, sondern wir müssen es selbstverständlich längerfristig erreichen: nicht nur im Jahr 2008, nicht nur im Jahr 2009, sondern eben auch in allen Folgejahren. Es wäre geradezu lächerlich, wenn man das Erreichen dieses Ziels dann damit begleiten würde, dass man sagte: Ab dem nächsten Jahr können wieder munter und begründungslos – begründungslos; dieses Wort ist entscheidend – Schulden gemacht werden.

Dass es die Notwendigkeit geben kann, in konjunkturell schwierigen Zeiten oder bei Großereignissen wie z. B. Naturkatastrophen neue Schulden zu machen, ist ja unbestritten. Aber wenn dies begründungslos erfolgen und kein enger Spielraum gesetzt werden sollte, wäre dies überhaupt nicht zu verstehen. Deswegen unterstützen wir das, was unser Ministerpräsident gesagt und auch immer vertreten hat: dass wir eine enge Regelung brauchen und dass wir die Nullneuerschuldung als Ziel mit einer eng begrenzten und begründungspflichtigen Möglichkeit zur Neuverschuldung begleiten müssen. Das ist ordnungspolitisch richtig und wird auch von unserer Fraktion so gesehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Ute Vogt SPD:
Ein schönes Schlusswort!)

Das System kann selbstverständlich nur funktionieren, wenn es durch ein Frühwarnsystem begleitet wird, wenn man Kriterien schafft, wie die Einhaltung dieser Regelung auch überprüft werden kann. Da ist es selbstverständlich, dass ein Sta-

bilitätsrat – gebildet aus Vertretern der Länder, aus Vertretern des Bundes – darüber wachen soll und dass im Einzelfall auch Sanktionsregelungen gefunden werden müssen und über sie entschieden werden muss.

Auf der anderen Seite muss aus unserer Sicht auch klar sein: Die Kompetenz des Landesgesetzgebers, die Kompetenz der Landtage, die Kompetenz, Haushaltsgesetze aufzustellen, muss hoheitlich in diesem Haus und in den anderen Landtagen gewahrt bleiben. Verantwortung darf nicht auf andere Gremien delegiert werden.

Die schwierigste Frage, die sich uns stellt, ist sicherlich: Wie gehen wir mit den Konsolidierungsmaßnahmen um? Wie gehen wir mit der Frage um, dass wir über den Länderfinanzausgleich, der Baden-Württemberg 50 Jahre lang begleitet hat und in den wir mittlerweile mehr als 60 Milliarden € eingezahlt haben, und über den Solidarpakt II hinaus – das wurde ja schon angesprochen – auch noch Konsolidierungsmaßnahmen unterstützen sollen? Und das bei einem Kurs der Landesregierung hier in Baden-Württemberg, der der Bevölkerung durchaus Opfer zumutet; ich nenne nur die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Beamte, die Rente/Pension ab 67 oder ein Thema wie die Studiengebühren.

Wir sind trotzdem der Auffassung, dass man es unter bestimmten Voraussetzungen vertreten kann und sollte – auch im übergeordneten föderalen Interesse, auch im übergeordneten gesamtstaatlichen Interesse –, an einer solchen Regelung mitzuwirken. Aber es muss klar sein: Die Schuldengrenze, die wir schon besprochen haben, muss dann auch wirklich eng gelten. Das muss als Beitrag zum Föderalismus gesehen werden, weil wir damit auch andere Länder lebensfähig erhalten, die sonst möglicherweise in die Insolvenz und in den Haftungsverbund der anderen Länder und des Bundes fallen würden.

Vor allem sehe ich als zusätzlichen wichtigen Punkt: Es muss auch auf Länderseite eine Steuerautonomie möglich sein. Es macht gar keinen Sinn, dass wir hier nur über die Ausgabenkürzungen verfügen können oder gegebenenfalls über eine Kreditaufnahme in den Haushalt eingreifen können, sondern dann muss auch eine Steuerautonomie hinzukommen, die den Ländern zusätzlichen Spielraum gibt. Deswegen begrüße ich, dass das auch von den Ländervertretern, auch von Herrn Drexler, so gesagt worden ist. Allerdings ist da leider noch ein ganz erhebliches Maß an Überzeugungsarbeit bei der SPD-Bundestagsfraktion und teilweise auch bei anderen Ländern nötig.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sie können alle etwas dazu beitragen, teilweise jedenfalls, auch im Saarland!)

Auf die Verwaltungsthemen, die angesprochen worden sind, möchte ich im Detail nicht mehr eingehen. Ich möchte lediglich insoweit darauf eingehen, dass ich sage – als Obersatz –: Die Verwaltung muss für die Bürger da sein. Sie muss sich in erster Linie an den Interessen der Bürger orientieren. Verwaltung ist nach unserem Grundgesetz in erster Linie Aufgabe der Länder und nicht des Bundes. Deswegen muss bei allen angesprochenen Themenfeldern stringent auch danach gehandelt werden, dass in erster Linie die Länder diejenigen sind, die betroffen sind, und diese die Arbeit ortsnahe, bürgernah erledigen sollen.

(Dr. Stefan Scheffold)

Zum Schluss, meine sehr verehrten Damen und Herren: Max Weber hat einmal davon gesprochen, dass Politik das Bohren dicker Bretter sei. Bei diesem Thema kann man mit Sicherheit sagen: Es sind sehr, sehr dicke Bretter. Es sind sehr konträre Aufgabenfelder, und es sind vor allem auch sehr konträre Interessen. So gibt es die A-Länder, es gibt die B-Länder, es gibt die finanzstarken Länder, es gibt die finanzschwachen Länder, und es gibt noch den Bund. Alle zusammenzuführen ist sicherlich eine sehr, sehr schwierige Aufgabe.

Aus meiner Sicht ist das, was geleistet worden ist, erstaunlich. Es sind erstaunlich gute Vorschläge erarbeitet worden, Vorschläge, die eine Möglichkeit bieten, um auf dieser Grundlage auch erfolgreich ans Ziel zu kommen.

Noch einmal: Schuldenbegrenzung muss sein, und der Föderalismus muss gestärkt werden, auch im Sinne von Baden-Württemberg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD, der Grünen und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter
Rück CDU: Guter Mann! Klasse Rede!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Wolfgang Drexler SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man etwas ins Detail geht, wird dieses ganze Paket natürlich erheblich schwieriger als jetzt in der Aussprache. Ich komme nachher noch einmal anhand von Zahlen darauf zu sprechen, was dies z. B. für uns in Baden-Württemberg bedeuten würde.

Klar ist, dass die Schuldenbremse kommen muss. Dazu haben wir drei Vorschläge. Sie reichen von null – das wird vor allem von der CDU propagiert – über 0,5 % des Bruttoinlandsprodukts – das wird von Herrn Steinbrück propagiert – bis zu 0,75 % des Bruttoinlandsprodukts, was von der SPD-Bundestagsfraktion propagiert wird. Man wird sich irgendwo in der Mitte einigen.

Ich sage nur: Wer für null plädiert, wird viele Ausnahmen zulassen müssen. Wer für einen kleinen Teil Schuldenaufnahme plädiert, muss weniger Ausnahmen zulassen. Je näher wir bei null sind, desto größer wird der Verschuldungsfonds sein, also der Altschuldenfonds. Das können Sie sich ausrechnen. Ich komme nachher noch einmal darauf, damit der Zusammenhang klar wird.

Dass Sanktionen vorgesehen werden, wenn man Geld in einen Altschuldenfonds gibt, ist auch klar. Ohne Sanktionen kann das nicht funktionieren. Die müssen normalerweise auch automatisch kommen. Darüber darf kein Gremium mehr gehen; andernfalls wird es aufgeweicht. Das wird noch eine heiße Debatte vor allem unter den Bundesländern.

Jetzt kommen wir zum Altschuldenfonds. Da war am Anfang klar: Zwei Bundesländer, nämlich Saarland und Bremen, sollen Hilfe erhalten. Die hätten es nach der Berechnung des Finanzministeriums Baden-Württemberg im Übrigen auch verdient. Die Berechnung hat klar ergeben: nur Saarland und Bremen. In der Zwischenzeit haben wir Schleswig-Holstein dabei. Wenn wir Schleswig-Holstein dazunehmen, dann ist Ber-

lin mit dabei. Wenn wiederum Berlin dabei ist, ist auch Sachsen-Anhalt dabei.

Das sind fünf Bundesländer. Nun sind das nicht sehr große Bundesländer. Aber wenn der Altschuldenfonds von den anderen finanziert werden muss, dann gehen wir bisher davon aus, dass elf andere Länder einzahlen. Es gibt aber außer den Zahlerländern beim Länderfinanzausgleich dann immerhin noch sechs Länder, die sich, soweit ich es höre, derzeit vehement weigern, auch nur einen Gedanken daran zu verschwenden, in diesen Fonds einzuzahlen.

Das wird ein großes Problem werden. Ich stelle Ihnen das einmal anhand von Zahlen dar. Wenn nur die fünf Geberländer beim Länderfinanzausgleich drin sind und Sie z. B. einen Fonds mit mindestens 350 Millionen € vom Bund und 350 Millionen € von den Ländern machen, dann würde das bei fünf Ländern allein für Baden-Württemberg 125 Millionen € bedeuten. Wenn es alle anderen mitfinanzieren, bedeutet es eben 80 Millionen €.

Wenn wir auf den Vorschlag des Ministerpräsidenten eingehen und sagen: „Der Fonds braucht 750 Millionen € von den Ländern“, dann müssen Sie davon ausgehen, dass Baden-Württemberg, wenn fünf Länder einzahlen, jedes Jahr 180 Millionen € zusätzlich einzahlen müsste – 180 Millionen €! Das ist fast der Betrag, den wir für eine Gebührenfreiheit im Kindergartenbereich für das Land benötigen, und der würde natürlich ins Saarland gehen, wo es im Übrigen schon den freien Kindergarten gibt.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Eben!)

– Ich sage es bloß. – Darüber hinaus wären es, wenn elf Länder einzahlen, bei 750 Millionen € 120 Millionen €. Ich sage nur: Das sind Beträge, bei denen wir in der Föderalismuskommission immer versuchen, deutlich zu machen: Warum soll Baden-Württemberg eigentlich das Geld darüber hinaus zahlen? Das kann das Land eigentlich nur machen, wenn auf der anderen Seite etwas – ich sage es einmal locker – eher der Gestaltungsföderalismus Einzug hält als der Verwaltungsföderalismus. Mit Wettbewerbsföderalismus hat das Ganze noch gar nichts zu tun; das wird ja immer als Totschlagargument benutzt.

Man muss sich die Beträge schon vor Augen führen. Es wird für uns eine ganz schwierige Geschichte, solche Beträge zusätzlich noch einzuzahlen. Denn man muss ja davon ausgehen, dass wir das zehn Jahre lang machen. Multiplizieren Sie einmal die Beträge, die ich Ihnen gerade genannt habe, mit zehn. Dann kommen Sie auf anderthalb Milliarden in zehn Jahren.

Wenn man das macht – das sage ich noch einmal; und die Chance haben wir jetzt –, dann kann man das nur machen, wenn das in einem dritten Block damit verknüpft wird, dass wir endlich mehr Rechte bekommen, dass etwas Substantielles kommt. Warum sollten wir sonst das Geld zahlen?

Ausgerechnet diejenigen, die das Geld bekommen, sind zumindest in meiner Arbeitsgruppe vehement gegen eine Ausweitung der Rechte der Länderparlamente.

Ich sage auch: Das hat überhaupt nichts mit Wettbewerb und dem Aspekt Nord/Süd zu tun. Sie müssen sich das einmal vor-

(Wolfgang Drexler)

stellen – wir versuchen das auch den Parlamentsvertretern der neuen Bundesländer deutlich zu machen –: Bisher haben wir nur bei den Ausgaben in unseren Haushalten und bei der Kreditaufnahme Stellschrauben; sonst haben wir ja gar keine. Wenn wir jetzt unsere Entscheidungsspielräume bei der Kreditaufnahme reduzieren, und zwar verfassungsgemäß, hat dieser Landtag von Baden-Württemberg nur noch die Möglichkeit, bei den Ausgaben etwas zu machen, und sonst keine mehr.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es! Genau!)

Das heißt, wir sind schlechter dran als jeder Gemeinderat. Das kann aber vom Parlamentarismus her nicht sein! Unsere Verfahren sind 1848 auf den Barrikaden gestanden, weil sie das Etatrecht von den Monarchisten wollten, aber nicht bloß bei den Ausgaben, sondern auch bei den Einnahmen. Deswegen geht es, sage ich jetzt einmal scherzhaft, auch darum.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das ist eine etwas verkürzte Geschichtsdarstellung!)

– Verkürzte Geschichte. Sie können auch einen Vortrag halten, aber weil auch andere wegmüssen, habe ich das etwas verkürzt dargestellt.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Trotzdem nett gewesen!)

Ich sage noch einmal: Es geht also darum, unserem Parlament wie allen anderen 15 Parlamenten die Rechte zu geben, die, sage ich einmal, im Grunde genommen jeder Gemeinderat hat. Darum geht es.

Da gibt es halt bestimmte Länderparlamente, die das nicht wollen, und zwar unabhängig davon, ob die Regierung von der SPD oder von der CDU geführt wird. Diese Länderparlamente sagen: „Das wollen wir nicht, weil sich Baden-Württemberg dann stärker stellt.“ Das ist ja immer der Vorwurf. Dann heißt es: Das wollen wir nicht. Das ist das eigentliche Problem, obwohl Baden-Württemberg – und das ist jetzt ein Vorteil – sagen kann: Wir würden ja noch etwas abgeben und zusätzlich etwas zahlen.

Deswegen war unser Vorschlag, die Möglichkeit zu schaffen, Zu- und Abschläge vorzunehmen. Jetzt komme ich darauf, dass wir bisher immer von Zuschlagsrechten gesprochen haben. Ich weiß, dass das die Schwierigkeit ist, Herr Ministerpräsident, aber ich kämpfe nach wie vor noch vehement dafür, dass wir Zu- und Abschlagsrechte bekommen. Ich will kein halbes Recht, nämlich nur Zuschlagsrechte, ich will auch nicht, dass die Länderparlamente in der Öffentlichkeit nur als Zuschlagsparlamente gelten. Es muss zumindest die Chance bestehen, auch Abschläge vorzunehmen, also eine bestimmte Steuerlast seitens des Landesparlaments auch zu reduzieren, wenn es finanziell möglich ist. Deswegen gibt es den Vorschlag, Zu- und Abschlagsrechte bei der Einkommen- und der Körperschaftsteuer im Bereich von 3 bis 5 % nach oben oder unten zu ermöglichen.

Gleiches gilt für die Ländersteuern, und nachdem die Kfz-Steuer weggeht, sind das nur die Vermögensteuer, die noch gar nicht eingerechnet ist – das wäre die beste Steuer, weil die nicht im Finanzausgleich berücksichtigt wird –, und natürlich die Erbschaftsteuer. Das bloß deshalb, weil vorhin Kollege

Noll herübergerufen hat, 2003 habe die SPD Baden-Württemberg in einem Kongress zur Modernisierung des Staates die Formulierung, die ich gerade benutzt habe, beschlossen.

(Abg. Ute Vogt SPD: Jawohl!)

Das ist doch nichts Neues.

(Beifall der Abg. Ute Vogt SPD)

Das haben wir schon immer gesagt – bloß, damit das klar ist. Denn wir wissen, dass die Freibeträge in Deutschland sehr unterschiedlich sind,

(Abg. Ute Vogt SPD: Ja!)

und ein Freibetrag von einer halben Million gibt halt zwei Einfamilienhäuser mit Grundstück in Bremen, aber eine Dreieinhalbzimmerwohnung bei uns in Stuttgart. Deswegen muss da ein Recht bestehen.

Ich sage aber auch gleich dazu: Wer über die Erbschaftsteuer redet, muss wissen, dass wir sie mit 720 Millionen € im Haushalt veranschlagt haben. Wer die Erbschaftsteuer abschaffen will, muss sagen, wie diese Einnahmen ersetzt werden sollen.

Ich sage einfach: Das sind die Probleme. Wenn es uns allen gelingt, dieses Misstrauen abzubauen – – Das Misstrauen verstehe ich deswegen nicht, weil wir ja zusätzlich Geld zahlen. Trotzdem ist dieses Misstrauen vorhanden.

Man muss das einmal am Beispiel New York deutlich machen. New York hat die höchste Vermögensteuer unter allen US-Bundesstaaten. Nebraska hat überhaupt keine Vermögensteuer. Trotzdem zieht kein Mensch von New York nach Nebraska – weil es dort andere Bedingungen gibt. Es ist also nicht allein die Steuer, die den Ausschlag gibt, wenn die Leute entscheiden, wo sie wohnen wollen und wo sie mit ihren Kindern leben.

Deswegen meine Bitte an Sie alle, zu versuchen, bei Ihren Parteikollegen von der FDP, der CDU usw. in allen Ländern Vertrauen zu schaffen, damit wir im dritten Block diese Rechte bekommen.

Wenn diese Rechte nicht kommen, dann wird die SPD-Landtagsfraktion – das sage ich ganz deutlich – diesem Kompromiss nicht zustimmen können, weil wir nicht zusätzlich Geld zahlen wollen, ohne für die Länderparlamente zusätzliche Rechte im finanziellen Bereich zu bekommen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst bedanke ich mich im Namen der FDP/DVP-Landtagsfraktion für die Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten, die uns als Landtag auch die Möglichkeit gibt, kurz vor der „heißen Phase“ in der Föderalismuskommission zu diesem wichtigen Thema Stellung zu nehmen.

(Michael Theurer)

Wir sprechen heute über die Föderalismusreform II. Es gab einen ersten Block, der gut über die Bühne gegangen ist. Er hat die Länderrechte gestärkt und dazu geführt, dass die Länder vor allem in Bildung und Wissenschaft ausschließliche Kompetenzen erhalten haben. Jetzt repräsentieren Ländervertreter z. B. bei der europäischen Gesetzgebung im Rat die Bundesrepublik Deutschland.

Bei der Föderalismuskommission II geht es neben den angesprochenen Verwaltungsthemen – Steuerverwaltung, Justiz und Bundesstraßen – im Wesentlichen um drei Themenkomplexe.

Es geht um die Schaffung eines wirksamen Mechanismus der Schuldenbegrenzung, um die Fortsetzung und Wiederholung der seitherigen Schuldenpolitik zu verhindern. Damit geht es also um die Frage eines Verschuldungsverbots. Hierzu hat Herr Minister Dr. Reinhart für die Landesregierung in einem Zeitungsinterview der „Südwest Presse“ am 27. September 2008 erklärt:

Die Schuldengrenze muss zunächst klar; ja hart im Grundgesetz definiert werden.

Dies ist auch die Position, die die FDP in der Föderalismuskommission und hier im Landtag von Baden-Württemberg vertreten hat und weiter vertritt.

Gleichzeitig sehen wir in einer harten Verschuldungsgrenze, einem harten Verschuldungsverbot auch die Grundlage dafür, die Altschuldenproblematik in Angriff zu nehmen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir gutes Geld unserer Steuerzahler nun an einen Altschuldenfonds überweisen, wenn gar nicht geklärt ist, ob es in diesen Ländern in Zukunft wieder neue Schulden gibt.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Das heißt, ein Verschuldungsverbot ist doch Grundvoraussetzung dafür, dass wir guten Gewissens sagen können: Wir geben Geld in einen Altschuldenfonds. Dass es Länder gibt, die nicht in der Lage sind, ihre alten Schulden abzubauen, sehen wir auch. Dass die Solidarität auf Dauer eine verlässliche und tragfähige Grundlage erhält, setzt aber zwingend voraus, dass Verschuldung verboten wird. Ansonsten ist das ein Fass ohne Boden.

Das Dritte, was hier angesprochen wurde, ist die Ausgestaltung der Finanzausstattung der Länder, also die Frage der Finanz- und Steuerautonomie. Wir als FDP/DVP plädieren hier ganz klar und schon seit vielen Jahren – auch schon zu Zeiten, in denen das hier noch nicht mehrheitsfähig war – dafür, dass die Länder eine eigene Steuerautonomie mit Zu- und Abschlagsrechten bekommen, sodass sie eine gewisse eigene Gestaltungsmöglichkeit haben.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ein Punkt schwingt in der Kommission eigentlich im Hintergrund mit, ist aber nicht Bestandteil der Kommissionsarbeit: die Reform und die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs. Wir denken, das hätte unbedingt mit hineingenommen werden müssen.

Dazu hatte die FDP-Bundestagsfraktion einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht, der die Abschmelzung auf 50 % der

Leistungen über 20 Jahre hinweg vorsieht, gleichzeitig aber den bisherigen Plafond garantiert, sodass sowohl die Nehmerländer als auch die Geberländer ein Interesse an einer Reform haben müssten, denn der jetzige Länderfinanzausgleich ist kontraproduktiv. Er setzt die falschen Anreize. Er setzt nicht genügend Anreize, eigene Einnahmen zu generieren und eine Politik zugunsten von Wachstum und Beschäftigung zu betreiben, während man versucht, gleichzeitig die eigenen Ausgaben in den Griff zu bekommen.

Damit sind wir bei einem Bild, das sowohl Sie, Herr Ministerpräsident Günther Oettinger, als auch Ihr Kovorsitzender, Kollege Struck, gebraucht haben. Sie sprechen vom „atmenden Haushalt“ als Leitbild einer zukünftigen Verschuldungsbegrenzungsregelung. Wenn man dieses Bild einmal wörtlich nimmt und auf uns überträgt, dann ist völlig klar: Wenn man nur ausatmet, dann geht einem schnell die Luft aus. Man muss also auch einatmen. Das Leitbild ist, das einzuatmen, was der Körper braucht, und den Rest dann auszuatmen. Deshalb ist das Leitbild eines atmenden Haushalts das Leitbild eines ausgeglichenen Haushalts, also eines Haushalts, der ohne neue Schulden auskommt, also das Leitbild eines Verschuldungsverbots, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Da stellt sich dann immer die Frage: Wo ist dieses Leitbild denn verwirklicht? Es gibt eine staatliche Ebene, in der wir Mitglied sind, nämlich die Europäische Union, die dieses Leitbild verwirklicht hat. Die EU hat als einzige quasi staatliche Ebene kein Verschuldungsrecht, und es funktioniert trotzdem oder vielleicht gerade deshalb.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wie bei uns, ganz einfach!)

Weil es dort funktioniert, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, plädieren wir als FDP/DVP für ein striktes Verschuldungsverbot. Die EU hat ja die Möglichkeit geschaffen, einen Puffer zu bilden. Dort werden die Haushaltsansätze so veranschlagt, dass die Ausgaben generell niedriger angesetzt werden als die Einnahmen. Dieser Puffer wird, wenn er nicht gebraucht wird, zurücküberwiesen. Die FDP/DVP hat vorgeschlagen, dass man diese Rücküberweisungen – in den letzten Jahren hat die Bundesrepublik immer Rücküberweisungen in Anspruch nehmen können – zur Senkung der viel zu hohen Altschulden verwendet.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es sollte jetzt noch einmal versucht werden, meinen wir, ein solches Modell in dieser Föderalismuskommission umzusetzen. Das heißt Nullneverschuldung, das heißt nicht 0,5 % des Bruttosozialprodukts, auch nicht 0,75 %, sondern eine strikte Regelung. Das ist unser Vorschlag. Es ist von anderen Rednern schon angedeutet worden, dass das schwierig ist, weil andere Bundesländer da skeptisch sind. Man spricht von Ausnahmen. Ich möchte an dieser Stelle auch klarmachen: Man kann Verschuldungsverbote, die in der Verfassung enthalten sind, mit einer entsprechenden parlamentarischen Mehrheit ändern.

Eines möchte die FDP/DVP in jedem Fall auch: Wir wollen für Katastrophenfälle und für Ausnahmefälle natürlich Verschuldung ermöglichen, aber es muss der Ausnahmefall sein.

(Michael Theurer)

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nur die Ausnahme!)

Wenn man sich die Haushalte der Bundesländer und des Bundes anschaut, dann stellt man fest, dass die Verschuldung leider der Regelfall geworden ist. Daher ist das richtige Instrument ein Verschuldungsverbot.

Situationen wie jetzt, die gern ins Feld geführt werden – Krisen an Finanzmärkten, Turbulenzen –, sind natürlich Ausnahmesituationen. Den Zusammenbruch des Finanzsystems können wir nicht zulassen, weil das nachhaltig negative Wirkungen auf unsere Realwirtschaft hätte. Das wäre also ein Punkt, der bei einem Verschuldungsverbot ausgenommen wäre.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unstrittig ist dabei weiter, dass wir ein Frühwarnsystem brauchen. Das heißt, es muss ein Controlling der Zahlen geben. Und was uns auch wichtig ist: Ohne Sanktionen wird ein Verschuldungsverbot nicht umsetzbar oder nicht praktikabel sein.

Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind wir im Prinzip jetzt am Kern der Reform, an dem sich dann auch der Erfolg oder Misserfolg der Reform messen lassen muss. Wenn es nicht gelingt, ein Verschuldungsverbot, das auch wirklich durchsetzbar ist, zu etablieren, dann sehe ich letzten Endes für die Zukunft des Föderalismus dunkle Gewitterwolken aufziehen. Denn man sollte nicht glauben, dass die Menschen in unserem Land das nicht beobachten und dass gerade Menschen in einem Geberland wie Baden-Württemberg nicht sagen: Kann es eigentlich sein, dass unsere Steuereinnahmen umverteilt werden, dass andere Länder wie das Saarland, das am Tropf des Länderfinanzausgleichs und der Bundesergänzungszuweisungen hängt, einen kostenlosen Kindergartenplatz einführen können und wir nicht?

Dass man das so nicht laufen lassen kann, zeigen europäische Nachbarländer. Schauen wir doch einmal nach Italien. Was ist dort mit dem Tropf Mezzogiorno und den Norditalienern passiert? Die sind auf die Straße gegangen – mit verheerenden Folgen für die Einheit des italienischen Gesamtstaats. Schauen wir einmal nach Belgien. Belgien zerfällt. Wenn man den Zerfall vermeiden will – und ich möchte ihn vermeiden, weil mir die Einheit der Bundesrepublik Deutschland besonders wichtig ist –, dann muss man die finanziellen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland auch mit einer Neuregelung des Länderfinanzausgleichs und mit einem Verschuldungsverbot auf eine neue Grundlage stellen. Dafür werbe ich, dafür werben wir als FDP/DVP, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dabei haben wir es sehr bedauert, dass zu wenig über die Frage gesprochen wird: Wie kann man die Möglichkeit von Länderneugliederungen erleichtern? Das ist ja auch ausgeblendet worden. Man hat gesagt, das sei zu kompliziert, zu schwierig. Aber wir meinen, das sollte doch noch im Hinterkopf behalten werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Denn eine Länderneugliederung – hier in Baden-Württemberg haben wir es vorgemacht – kann auch dazu beitragen, dass

nicht lebensfähige Länder auf eine in Zukunft tragfähige Grundlage gestellt werden.

Ich fasse zusammen: Es sind viele gute Dinge in der Föderalismuskommission I erreicht worden. Es sind viele gute Vorschläge in der Föderalismuskommission II im Gespräch. Wir hoffen und wünschen, dass es nun gelingt, die entscheidenden Durchbrüche zu erzielen. Dafür wünschen wir Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, und allen anderen Mitgliedern der Kommission einen guten Erfolg, weil dies gerade auch im Interesse unseres Landes Baden-Württemberg liegt. Nachdem in der Föderalismusreform I der große Wurf gelungen ist, sollten wir gemeinsam als Baden-Württemberger noch einmal alles daran setzen, dass die Reform nicht zu kurz springt, sondern auch die finanziellen Grundlagen der Bundesrepublik Deutschland mit einem großen Wurf zukunftsfähig neu geregelt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung beendet.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Weiterentwicklung der Verwaltungsstrukturreform (Verwaltungsstrukturreform-Weiterentwicklungsgesetz – VRWG) – Drucksache 14/2999

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 14/3217

Berichterstatter: Abg. Hans Georg Junginger

b) Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2008 – Drucksache 14/3000

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/3231

Berichterstatter: Abg. Klaus Herrmann

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Herrmann das Wort.

Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der heutigen abschließenden Beratung der vorliegenden Gesetzentwürfe bringen wir ein großes Gesetzgebungspaket zum Abschluss, nämlich die Verwaltungsreform.

Die CDU-Fraktion bekennt sich klar zur dreistufigen staatlichen Verwaltung: das Land als oberste Ebene, die Regierungspräsidien als mittlere Ebene und die unteren Verwaltungsbehörden bei den Landkreisen als untere Ebene. Wir lehnen die von der SPD geforderten großen Regionalkreise ab. Das wä-

(Klaus Herrmann)

re bürgerfern, das wäre bürokratisch, das wäre schlichtweg falsch.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Die Überprüfung – oder wie man heute neudeutsch sagt: Evaluation – der Verwaltungsreform hat ergeben, dass wir mit der Zielrichtung richtig lagen, nämlich der Einheit der Verwaltung auf der mittleren Ebene bei den Regierungspräsidien und auf der unteren Ebene bei den Landratsämtern als untere Verwaltungsbehörden. Das hat sich in den beiden Praxisjahren 2005 und 2006 und dann auch fortfolgend bewährt.

Wir können auch feststellen, dass die bei der ursprünglichen Beratung der Verwaltungsreform geäußerten Befürchtungen der Opposition nicht eingetreten sind. Die Staatsverwaltung funktioniert. Sie funktioniert effektiv, sie funktioniert effizient, sie funktioniert geräuschlos. Das ist der Beweis, dass es für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land gut läuft.

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Ich danke hier auch ausdrücklich den Beamten und Angestellten in unserer Verwaltung für die gute Arbeit. Durch ihre Arbeit in den unterschiedlichen Verwaltungsbereichen haben wir im Land Baden-Württemberg in vielen Einzelpunkten einen Spitzenplatz.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Andere Länder kommen zu uns und informieren sich, wie diese Verwaltungsreform gemacht wurde und wie sie sich bewährt hat. Erst in der letzten Woche waren Kollegen aus dem Schleswig-Holsteinischen Landtag hier in Baden-Württemberg. Auch dort würden sie gern eine entsprechende Verwaltungsreform machen. Nur sind dort wie bei uns die Verhinderer einer vernünftigen Reform die Kollegen der SPD.

(Abg. Werner Raab CDU: Aber sie werden immer weniger!)

Wir hätten das schon vor 20 Jahren hier in Baden-Württemberg mit der Großen Koalition haben können. Damals war leider nur eine kleine Reform möglich. Der große Wurf gelang erst 2004/2005 in der jetzigen Koalition.

Es ist auch interessant, dass die Verwaltungsreform auf der Kreisebene insgesamt positiv gesehen wird. Als wir im Kreistag Ludwigsburg, dem ich angehöre, über die Verwaltungsreform diskutiert haben, haben im Verwaltungsausschuss auch die Kollegen der SPD der positiven Stellungnahme der Landkreisverwaltung zugestimmt. Als es dann aber öffentlich in die Vollversammlung des Kreistags ging, wurden sie, offenbar auf Druck von Schmiedel und anderen, zu einer Kehrtwendung veranlasst. Denn dann haben einige – interessanterweise nicht alle – SPD-Kollegen plötzlich dagegen gestimmt.

(Zuruf von der FDP/DVP: Hört, hört!)

Wenn ich mir die 35 Stellungnahmen der Kreistage und die neun Stellungnahmen der Gemeinderäte der Stadtkreise ansehe, so stelle ich fest, dass es eine breite Zustimmung zur Verwaltungsreform gibt. Das zeigt, unser Ziel war richtig. Es

wird vor Ort akzeptiert und vor Ort auch von Vertretern Ihrer Partei akzeptiert.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Quatsch!)

Der vorliegende Gesetzentwurf sagt im Grundsatz aus, dass wir die Verwaltungsreform beibehalten und in einigen wenigen Fällen weiterentwickeln.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich kenne jede Menge CDU-Leute vor Ort, die das nach wie vor für einen Krampf halten!)

Wir werden 21 Schulamtsbezirke bilden – ein Punkt, der auch bei uns durchaus unterschiedlich bewertet und diskutiert wurde.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Der größte Blödsinn!)

Aber wir haben uns letztendlich überzeugen lassen, dass die sehr kleinen Schulämter mit teilweise drei oder vier Schulräten nicht die fachliche Betreuung gewährleisten können, die notwendig wäre, um eine wirksame Schulaufsicht durchzuführen.

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Deshalb die nun im Gesetzentwurf enthaltenen Änderungen.

Nun noch zu dem Antrag der Grünen und dem Wunsch von Eltern aus dem Neckar-Odenwald-Kreis, der ja auch im Rahmen einer Petition an den Landtag geäußert worden ist. Wir nehmen das durchaus ernst.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das wollen wir auch hoffen! – Zuruf von der SPD: Was heißt „durchaus“?)

Die Schulbehörde sucht den Kontakt zu Schulen und Lehrern. Die Eltern suchen keinen Kontakt zur Schulbehörde. Im Regelfall nehmen die Eltern Kontakt zur Schulverwaltung, zu den Schulleitungen auf. Wenn die Schulaufsicht in irgendeiner Form mit Eltern in Verbindung tritt, dann erfolgt das durch Besprechungen vor Ort und nicht durch Besprechungen bei irgendeiner Schulverwaltung. Hier ist also keine unzumutbare Beeinträchtigung vorhanden.

In einem Punkt haben die Eltern allerdings recht, und hier haben wir auch eine Korrektur vorgenommen. Die Schulpsychologische Beratungsstelle wird als Außenstelle in Mosbach eingerichtet. Damit steht ein wohnortnaher Ansprechpartner für diejenigen zu Verfügung, die die Stelle auch aufsuchen. Das ist bei der schulpsychologischen Beratung der Fall, aber nicht bei der übrigen Schulaufsicht. Durch die Einrichtung der Außenstelle ist den Anregungen der Eltern teilweise Rechnung getragen.

Herr Kollege Junginger, ich fand es schon etwas seltsam, was Sie im Innenausschuss vertreten haben. Ihre Fraktion fordert Regionalschulämter, auch jetzt wieder mit einem Änderungsantrag. Dann wären diese Schulämter auf halb so viele Standorte verteilt, wie wir das wollen. Sie haben als einziger SPD-Abgeordneter im Innenausschuss dieser Petition zugestimmt.

(Klaus Herrmann)

Das zeigt, bei Ihnen ist ausschließlich ein Kirchturmdenken maßgebend und nicht der Gesamtblick auf das Land.

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Wir haben eine vernünftige und ausgewogene Regelung geschaffen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es! Richtig! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Herrmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Junginger?

Abg. Klaus Herrmann CDU: Ja.

Abg. Hans Georg Junginger SPD: Herr Kollege, haben Sie eigentlich zugehört, was im Ausschuss gesprochen worden ist?

Abg. Klaus Herrmann CDU: Selbstverständlich.

Abg. Hans Georg Junginger SPD: Dort hieß es: Auch bei Regionalschulämtern – zehn bis zwölf – sind durch Außenstellen diese Dienstleistungen vor Ort im Sinne der Bürgernähe zu erreichen. Jetzt gibt es einen Änderungsantrag. Da können Sie bei der Abstimmung zeigen, was Sie von der Bürgernähe durch Außenstellen halten.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Wie lautet die Frage, Herr Kollege Junginger?

(Zuruf von der SPD: Ob er es verstanden hat!)

Abg. Klaus Herrmann CDU: Die Frage war, ob ich zugehört habe.

Abg. Hans Georg Junginger SPD: Und ob Sie es verstanden haben. Ich habe es Ihnen noch einmal erläutert. Haben Sie es verstanden?

Abg. Klaus Herrmann CDU: Vielen Dank für die Hilfe, Herr Präsident.

Wenn Sie mir vorhin zugehört haben, dann haben Sie auch die Begründung gehört, warum wir 21 Schulämter in Baden-Württemberg für richtig und sinnvoll halten und keine weitere Verringerung der Zahl der Schulämter – ob mit oder ohne Außenstellen – wollen.

Nun noch zu einem weiteren Punkt in diesem Gesetzentwurf: Die Ämter für Flurneuordnung und Vermessung werden auf der Mittelebene zu einem leistungsfähigen Amt für Geoinformation und Landentwicklung zusammengefasst, und auf der unteren Ebene erfolgt eine Konzentration auf gemeinsame Dienststellen. Auch die Änderung bei der Forstverwaltung, die Einführung eines Landesbetriebs Forst, bedeutet mehr Wirtschaftlichkeit und mehr eigenständiges, subsidiäres Handeln. Das ist durch Änderungsanträge nicht infrage gestellt, und deshalb will ich hierauf auch nicht näher eingehen.

Noch ein Wort zum Landesverwaltungsgesetz, das mit diesem Gesetzentwurf nach über 50 Jahren neu gefasst wird: Mit neuen, anderen bzw. ergänzenden Regelungen zur Fachaufsicht

wird dieses Gesetz weiterentwickelt. Neu eingeführt werden Zielvereinbarungen – allerdings nicht, wie es manche wollten, als verpflichtendes, sondern als ein freiwilliges Instrument der Fachaufsicht.

Zum vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE zu den Jugendhilfeausschüssen noch eine Bemerkung. Zunächst einmal: Die Jugendhilfeausschüsse bleiben bestehen. Zweitens: Die freien Träger bleiben weiterhin Mitglied in den Jugendhilfeausschüssen. Die einzige Änderung, die wir vornehmen, ist, dass künftig der Kreistag entscheiden kann, ob der Jugendhilfeausschuss ein beschließender oder ein beratender Ausschuss ist. Die Praxis ist doch die, dass bei allen finanzwirksamen Beschlüssen, bei allen Beschlüssen über Geldmittel aus dem Kreishaushalt, der Jugendhilfeausschuss auch bislang nur als beratender Ausschuss tätig war, weil das Etatrecht beim gesamten Kreistag und nicht beim Jugendhilfeausschuss liegt.

(Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Die Folgen, die Sie in Ihrem Antrag beschreiben, die Behauptung, es komme zu einer Verschlechterung des Betreuungs- und Versorgungsangebots für Kinder und Jugendliche, wenn die Jugendhilfeausschüsse keine beschließende Funktion mehr haben, sind an den Haaren herbeigezogen und völlig daneben.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Nein, das ist es nicht!)

Zum Landesjugendbericht: Sicherlich kann man darüber streiten, ob der Landesjugendbericht sinnvoll und notwendig ist. Aber wenn wir allgemein beklagen, dass wir zu viele Berichte, zu viele Verwaltungen und zu viele Stellungnahmen haben, sollten wir im Speziellen auch einmal auf gesetzliche Vorgaben für Berichte verzichten – auch wenn der eine oder andere Bericht aus rein fachlicher Sicht durchaus sinnvoll sein mag. Im Übrigen kann man im Rahmen des Gesamtbildungskonzepts, das jetzt im Zusammenhang mit dem Bündnis für die Jugend entwickelt wird, auch darüber reden, ob besondere Berichte zu Themen der Jugendpolitik jeweils anlassbezogen erstattet werden.

(Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Lassen Sie mich auch zum Thema Finanzen noch etwas sagen. Diese Verwaltungsreform bewirkt eine echte strukturelle Einsparung. Im Jahr 2008 haben wir im Haushalt auf dem Weg der Effizienzrendite eine Einsparung in Höhe von 108 Millionen €. Bis zum Jahr 2012 werden wir fast 200 Millionen € an Einsparungen haben. Wir haben im Land bislang in keinem Bereich einen Einsparbetrag, der so effizient zu erbringen ist und so nachhaltig, dauerhaft und strukturell wirkt wie diese Effizienzrendite

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Auf Kosten der Kreise natürlich!)

und gegen den es so wenig Protest gibt, Herr Kollege Gall. Auch in den Kreistagen können wir überall feststellen, dass die Effizienzrendite eben nicht auf Kosten der Kreise und der Kreislage,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es! – Widerspruch des Abg. Reinhold Gall SPD)

(Klaus Herrmann)

sondern durch eine effizientere, sinnvoller strukturierte Verwaltung erbracht wird. Denn wir haben ein Grundvertrauen, dass unsere Landkreise

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD – Unruhe)

die Verwaltung so effizient und kostengünstig gestalten, dass man keine Beiträge aus der Kreisumlage benötigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! So ist es!)

Die zum 1. Januar 2005 wirksam gewordene Verwaltungsreform, die jetzt zum 1. Januar 2009 weiterentwickelt wird, wird damit zum Abschluss gebracht. Wir geben unserer Verwaltung eine solide Grundlage für eine gute Zusammenarbeit auf allen Ebenen, damit auch künftig bürgernahe, effiziente und bezahlbare Verwaltungsdienstleistungen ermöglicht werden. Das dient der Zukunftsfähigkeit unseres Landes, und das dient letztendlich auch den Bürgerinnen und Bürgern in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Heiler das Wort.

Abg. Walter Heiler SPD: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne mit einem Zitat des Herrn Innenministers:

(Zuruf von der SPD: Ui!)

Wir setzen auch künftig auf die Aufgabenerledigung vor Ort, also Bürgernähe und Effizienz.

Das war bei der Ersten Beratung. Der Herr Innenminister wollte damit klarmachen, welch großer Erfolg die Verwaltungsreform aus dem Jahr 2005 angeblich ist.

Nach unserer Auffassung sind gerade diese Ziele nicht erreicht. Diese Verwaltungsreform hat weder mehr Bürgernähe noch mehr Effizienz gebracht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wo leben Sie denn, Herr Kollege?)

– Wo ich lebe? Im Landkreis Karlsruhe, in Waghäusel.

Kollege Herrmann – ich sehe ihn gerade nicht; doch okay, danke schön, da ist er – hat einen sehr schönen Begriff gebracht: Er hat von einem „großen Gesetzgebungswerk“ gesprochen, über das wir heute zu beraten haben. Das stimmt. 203 Seiten umfasst dieses Gesetzgebungswerk mit seinen Anlagen. Lieber Kollege Herrmann, wenn man für einen Gesetzentwurf 203 Seiten benötigt, um ein im Jahr 2005 in Kraft getretenes Gesetz weiterzuentwickeln,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Dann spricht das Bändle!)

dann spricht das für sich. Denn auf 203 Seiten will man jetzt nachbessern; man will erklären, warum man jetzt nachbessern will oder nachbessern muss, und man versucht darüber hinaus,

mit vielen Worten auf 203 Seiten zu erklären, weshalb alles so gut ist. Wenn aber alles so toll wäre, dann bräuchte man keine 203 Seiten, kein solch großes Gesetzgebungswerk. Also, lieber Kollege Herrmann, das spricht für sich.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Bisher kam noch kein Sachargument!)

Aber zurück zum eigentlichen Ziel dieser Reform. Mehr Bürgernähe, mehr Transparenz, mehr Effektivität wollte man ins Land bringen. Ich will das Ergebnis voranstellen: Dies ist beim Bürger nicht angekommen. Deshalb sagen wir zum wiederholten Mal: Diese Verwaltungsreform ist von vornherein falsch angegangen worden. Wir hätten zuerst eine Aufgabenkritik gebraucht, darauf aufbauend eine Aufgabenanalyse und danach einen Aufgabenabbau und einen Abbau von Bürokratie.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das ist immer noch kein Sachargument!)

Nachdem diese Verwaltungsreform jetzt fast vier Jahre alt ist, haben wir bei verschiedensten Anlässen danach gefragt, wo diese Ziele eigentlich erreicht worden sind, wo ein Aufgabenabbau und der Abbau von Bürokratie festzustellen und bei den Bürgerinnen und Bürgern von Baden-Württemberg angekommen sind. Bei der ersten Lesung haben wir diese Frage dem Herrn Innenminister gestellt und sie auch im Innenausschuss wiederholt. Aber außer Allgemeinbegründungen haben wir da nichts erfahren. Wir haben erfahren, dass eine Strukturkommission für Aufgabenkritik und Haushalt installiert wurde. Die Frage sei erlaubt: Was ist dort eigentlich passiert? Wir sagen: Da ist nichts passiert. Jedenfalls ist uns nichts bekannt, und der Herr Innenminister hat auch noch nichts bekannt gegeben.

Angeblich haben die Ressorts die konzeptionellen Grundlagen für die Umsetzung der Aufträge geschaffen. In der Drucksache 14/2999 heißt es jetzt, dass diese Kommission derzeit ruht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Hoppla!)

Es tut sich also nichts, und ich bin gespannt, Herr Innenminister, was Sie uns heute konkret dazu berichten werden, wo Aufgabenabbau und wo Abbau von Bürokratie hier in Baden-Württemberg bei den Bürgerinnen und Bürgern angekommen sind und wo diese stattgefunden haben.

Der zweite grundlegende Fehler – ich sage das, weil auch Kollege Herrmann darauf eingegangen ist – bei dieser Verwaltungsreform war, dass sich die Regierung und die sie tragenden Fraktionen von vornherein gescheut haben, den derzeitigen Verwaltungsaufbau in Baden-Württemberg überhaupt infrage zu stellen. Sie haben sich sogar davor gedrückt, ernsthaft darüber zu diskutieren, ob z. B. eine Verwaltungsebene abgeschafft werden kann.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie es uns objektiv betrachten. Was ist geschehen? Innerhalb der vorhan-

(Walter Heiler)

denen Strukturen, der vorhandenen Verwaltungsebenen ist nichts gemacht worden, außer dass Tausende von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern innerhalb des bestehenden Systems verschoben wurden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Das kann in der Tat keine Verwaltungsreform sein.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass eine Rolle rückwärts jetzt natürlich nicht stattfinden kann. Aber wir nehmen auch zur Kenntnis, dass gerade aus diesem Grund der entscheidende Erfolg dieser Verwaltungsreform ausgeblieben ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum auffälligsten Beispiel, nämlich zur Reform der Schulverwaltung. Die Schulämter wurden in die Landratsämter eingegliedert. Jetzt sollen sie wieder ausgegliedert und als eigenständige Landesbehörden betrieben werden. Im Turnen – ich habe diesen Begriff eben schon einmal verwendet – nennt man so etwas eine Rolle rückwärts. Das ist eigentlich eine sehr einfache Turnübung, aber die Rolle rückwärts, die Sie jetzt machen, ist missraten und einfach schlecht gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Die Regierungspräsidien, also die Aufsicht über die Gymnasien und die beruflichen Schulen, blieben und bleiben außen vor. Wir haben nach wie vor zwei Ebenen. Das führt in der Praxis – das sage ich auch als Bürgermeister – zu sehr viel Doppelarbeit.

Wir haben deshalb einen Änderungsantrag eingebracht, weil wir genau die Zusammenlegung der zwei Verwaltungsebenen Schulamt und Oberschulamt für zwingend erforderlich halten. Die neuen Regionalschulämter sollen als Schulaufsichtsbehörde für alle in ihrem Schulaufsichtsbezirk liegenden Schularten zuständig sein. Sie sollen die qualifizierte Beratung und Begleitung der Schule bei ihrer Schulentwicklung als Aufgaben erhalten. Sie führen die Fachaufsicht, die Dienstaufsicht über die Schulleiter und die Lehrer, die Aufsicht über die Erfüllung der den Schulträgern obliegenden Angelegenheiten. Durch diese Zusammenlegung, meine Damen, meine Herren, erhalten wir tatsächlich eine Effizienzsteigerung der Schulverwaltung. Durch die Zusammenfassung dieser beiden bisherigen Schulbehörden zu Regionalschulämtern gelingt es, alle Schularten unter einem Dach zu vereinen und hierdurch das Beratungsangebot deutlich zu steigern.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang zu den von Ihnen vorgeschlagenen neuen Standorten der Schulämter kommen. Ich habe bereits bei der ersten Lesung auf das neue Schulamt Mannheim hingewiesen. Zum Zuständigkeitsbereich dieses Schulamts gehören dann u. a. auch der Neckar-Odenwald-Kreis und z. B. die Gemeinde Hartheim. Sie liegt ca. 150 km von Mannheim entfernt. Es ist so – und das kann man nicht wegdiskutieren, lieber Kollege Herrmann –: Wenn jemand künftig von Hartheim, aus welchen Gründen auch immer, zum Schulamt nach Mannheim muss, dann bedeutet dies eine Tagereise.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Gehen Sie zum Schulamt?)

Derjenige ist drei Stunden lang auf der Hinfahrt unterwegs, dann hat er die Besprechung,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ich habe zwei Kinder und war nie auf dem Schulamt!)

und drei Stunden lang muss er wieder zurückfahren. Meine Damen und Herren, das ist reale Verwaltungsreform im Jahr 2008 in Baden-Württemberg. Da ist die Frage erlaubt: Wo bleibt da bitte die Bürgernähe?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Jetzt komme ich zu unserem Änderungsantrag. Man muss hier in der Tat flexibler reagieren. Da setzt unser Antrag auch an. Denn unser Antrag ermöglicht es, auch auf die geografischen Gegebenheiten zu reagieren und dort Außenstellen einzurichten, wo sie sinnvoll sind und vor allem beim Bürger im Sinne von mehr Bürgernähe in der realen Welt ankommen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Jetzt zu einem anderen Punkt, der auch angesprochen wurde, allerdings so, als ob alles so toll wäre, Herr Kollege Herrmann. Ich beweise Ihnen jetzt das Gegenteil. Die bisherige Verwaltungsstrukturreform hat auch bei vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu sehr großer Verunsicherung geführt. Unterschätzen Sie die Auswirkungen auf die Arbeitsleistung der Mitarbeiter nicht, wenn diese langsam, aber sicher völlig demotiviert werden. Das kann die Folge sein, wenn Sie seitens der Regierung so weitermachen.

Lassen Sie mich stellvertretend hier nur die jüngste Entwicklung beim Amt für Flurneuordnung und Landentwicklung in Karlsruhe nennen. Hier gibt es seitens der Landesregierung offensichtlich Gedankenspiele, die bereits bestehende Dienststelle von Karlsruhe in einen anderen Ort im Landkreis zu verlegen. Das war übrigens auch Inhalt einer Bürgermeisterversammlung von 32 kreisangehörigen Kommunen in der letzten Woche.

Ich habe Sie, Herr Innenminister, in der letzten Sitzung des Innenausschusses auch zu diesem konkreten Fall befragt. Sie haben mir hierzu jedoch eine völlig unzureichende Antwort gegeben.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das ist doch normal! Völlig normal!)

Deshalb bitte ich Sie heute um eine klare Auskunft darüber, wie es mit diesem Standort weitergehen soll.

In der Koalitionsvereinbarung ist als Ziel die Zusammenführung von Flurneuordnung und Vermessung an einem Standort formuliert. Jetzt soll offensichtlich wieder eine Trennung von Vermessung und Flurneuordnung vorgenommen werden. Dies, meine Damen und Herren, würde die fachliche Zusammenarbeit im operativen Bereich erheblich erschweren und würde die Synergieeffekte, soweit sie nach der Verwaltungsreform 2005 – ich rede jetzt speziell von Karlsruhe – aufgebaut werden konnten, wieder zerstören.

Es gibt im Landkreis Karlsruhe bereits seit 2005 eine gemeinsame Dezernats- und Amtsleitung. Eine örtliche Trennung der Verwaltungen würde erneute Abstimmungsprozesse im Lei-

(Walter Heiler)

tungsbereich nach sich ziehen. Immer wieder wird seitens der Landesregierung propagiert: Verwaltung aus einer Hand und unter einem Dach. Würde man die Dienststelle in Karlsruhe auseinanderreißen und einen Teil in irgendeine andere Kommune verlagern, würde dieses Ziel geradezu ad absurdum geführt.

Die Mitarbeiter haben mich und auch andere Kolleginnen und Kollegen angeschrieben. Sie sind absolut verunsichert. Ich verstehe die Welt nicht mehr, weil durch ein Auseinanderreißen der Verwaltungen auch hier wieder wesentlich weniger Bürgernähe zu verzeichnen wäre. Hier ist ein Machtwort von Ihnen, Herr Innenminister, gefordert.

(Minister Heribert Rech: Falsch!)

Klare Worte sind heute angesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU – Abg. Klaus Herrmann CDU: Da gibt es keine Machtworte!)

Wir sind gespannt, was Sie zu diesem Punkt beitragen werden. Ich sage vor allem eines: Was wir nicht hinnehmen werden, ist die Aussage: „Der Herr Landrat ist zuständig.“ Der Herr Landrat sagt vielleicht: „Der Herr Innenminister ist zuständig.“ Nein, nein. Sie müssen sich einmal einigen. Die Entscheidung liegt bei Ihnen, Herr Innenminister.

(Minister Heribert Rech: Falsch!)

Wir sind sehr gespannt.

Letzter Punkt: Effizienzrendite. Wir haben noch immer große Zweifel, dass sich die ins Auge gefassten 20 % realisieren lassen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Kollege Herrmann, wenn Sie zuhören, können Sie etwas lernen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Hochmut kommt vor dem Fall! – Weitere Zurufe von der CDU)

Ich habe sehr große Zweifel. Ich formuliere es einmal vorsichtig: Zurzeit ist es relativ ruhig im Land. Da gebe ich Ihnen recht. Wenn es allerdings ruhig ist, dann ist es oft auch verächtlich.

Ich habe in der letzten Sitzung eine glasklare Frage gestellt. Auch hierauf, Herr Innenminister, habe ich noch keine Antwort. Der Landrat des Landkreises Heidenheim hat ja mitgeteilt, dass das Land seit Beginn der Reform im Jahr 2005 bei Zuweisungen an die Landkreise Gebühren abgezogen hat, welche die Landkreise in dieser Höhe gar nicht erhalten haben. Es geht um 13,7 Millionen € im Bereich der Vermessung. 13,7 Millionen €, sagt der Landrat in einem Schreiben vom Juli 2008, fehlen den Landkreisen.

Jetzt mag es ja sein, lieber Kollege Herrmann, dass das Land – ich weiß nicht, welche Summe Sie genannt haben – 200 Millionen € oder welchen Betrag auch immer einsparen wird. Aber wir sagen deutlich: Wir haben nach wie vor die Befürchtung, dass dies zulasten der Kommunen geht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Solange wir keine klare Auskunft erhalten haben, müssen Sie halt darauf gefasst sein, dass wir dies weiterhin behaupten werden.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Behaupten müssen!)

Denn Sie müssen dieses Argument ja erst entkräften.

Ganz zum Schluss darf ich mich auch im Namen der Fraktion noch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort sehr herzlich bedanken, die diese Verwaltungsreform hervorragend umgesetzt haben.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Weiter so! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Moment! Zu früh geklatscht. – Jedenfalls sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wesentlich besser als das Gesetzeswerk. Wir werden auch diesem Weiterentwicklungsgesetz nicht zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Sckerl für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beschließen heute eine lange Diskussion, von der wir uns viel erhofft haben,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir nicht! Wir haben uns davon wenig erhofft!)

an deren Ende aber wenig Substanz da ist.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Was war denn das jetzt?)

Ihre Vorschläge, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen, überzeugen auch heute nicht. Ihre Korrekturen und Ihre Nachjustierungen überzeugen auch heute nicht. Deshalb gilt für uns etwas Ähnliches wie in den Jahren 2004 und 2005: Diese Verwaltungsreform verfehlt ihr Ziel. Ich will das aus unserer Sicht an wenigen Beispielen verdeutlichen.

Die Reform springt eindeutig zu kurz. Das ist für uns nach langer Diskussion und Beschäftigung mit staatlicher Verwaltung, mit staatlicher Organisation, mit zukunftsfähiger staatlicher Organisation deutlicher denn je. Sie haben zwar eine Bündelung vielfältig zersplitterter Aufgaben früherer Sonderbehörden erreicht, unbestritten. Das war aber auch kein großes Kunststück mit der Delegation auf die Landkreise; denn diese haben Ihnen diese Aufgaben ja im Wesentlichen abgenommen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Doch! Das sind unsere Behörden!)

Was Sie aber nicht erreicht haben und was Sie verschweigen, ist, dass es keine entscheidende Verschlankung beim Staats-

(Hans-Ulrich Sckerl)

aufbau gibt. Sie reden immer von „dreistufig“, Herr Herrmann. Reden wir doch von vier Stufen, denn wir leben längst auch im Zeitalter der Regionen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das ist eine Planungsebene!)

Sie leben in einer Region. Ich lebe in einer Region. Andere leben in einer Region.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Nein! Wir nicht!)

Wir alle wissen genau – machen wir uns da nichts vor –, dass die Bedeutung der Regionen in Baden-Württemberg und auch in Europa in den nächsten Jahren stark zunehmen wird und dass die Regionen auch für die Kommunen und für die Landkreise eine ganz entscheidende Handlungsebene werden. Das negieren Sie bisher. Das können Sie noch eine Weile aushalten. Aber ich sage Ihnen eines ganz sicher voraus: Ihr Modell der Verwaltungsreform ist ein Übergangsmodell.

(Zurufe von der CDU: Was? – Zuruf des Abg. Peter Schneider CDU)

Zukunftsfähig ist dieses Modell nicht. Zukunftsfähig wird in absehbarer Zeit ein Modell sein, das sich endlich einmal auf die Regionen einlässt, das kommunale Selbstverwaltung oder auch staatliche Verwaltung dort neu verortet und das die Mittelebene, an der Sie bisher so krampfhaft festhalten – die Regierungspräsidien –, endgültig der Geschichte übergibt. Da gehören sie nach unserer Überzeugung nämlich hin.

(Beifall bei den Grünen)

Punkt 2 diskutieren wir jetzt seit 2004. Das war Ihr Einstieg in diese Reform: Aufgabenkritik und Aufgabenabbau. Kollege Heiler hat es schon gesagt: komplette Fehlanzeige! Sie sind Weltmeister im Ankündigen, im Versprechen, im Schmieden von Projekten. Aber außer dem Auswechseln des Bürokratiebeauftragten haben Sie nichts zustande gebracht. Dem Landtag liegt im Bereich des Vollzugs der Verwaltungsreform bis heute kein einziger Bericht der Landesregierung vor, der besagen würde, was in diesem Bereich denn tatsächlich geleistet worden ist. Im Gesetzentwurf steht ausdrücklich, dass damit im Jahr 2009 und in den Folgejahren – quasi nach Vollzug der Reform – erst begonnen werden soll. Sie, meine Damen und Herren, haben damit Ihr eigentliches politisches Hauptziel der Verwaltungsreform um Längen verfehlt.

(Beifall bei den Grünen)

Ihre sogenannte Evaluation oder Überprüfung war im Übrigen eine reine Pro-domo-Veranstaltung. Sie haben Ihre Landräte befragt;

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Die Kreistage!)

die meisten tragen Ihr Parteibuch. Sie haben Ihre Abteilungsleiter,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Die Kreistage hat man befragt!)

Ihre Ministerialen, Ihre – soweit es sie noch gibt – Sonderbehörden, Ihre Regierungspräsidenten befragt.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Und die Kreistage!)

Was erwarten Sie eigentlich an Kritik und an konstruktiver Diskussion? Es war eine reine Jubelveranstaltung.

(Abg. Peter Schneider CDU: Ach was! Was habt denn ihr gemacht?)

Ein Landrat – Herr Schneider, Sie waren lange genug Landrat, und Sie wissen, wovon ich spreche –,

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Sehr gut!)

dem ein derart großer Machtzuwachs in Baden-Württemberg zugeflossen ist – die Landräte fühlen sich mittlerweile wie die Könige,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

wie kleine Könige mit kleinen Königreichen –,

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

wird doch bei einer kritischen Überprüfung der Verwaltungsreform nicht auf Fehler, Fehlentwicklungen und Nachbesserungsbedarf hinweisen. Was erwarten Sie eigentlich? Sie haben nicht den Mut aufgebracht, Ihre Verwaltungsreform bei unabhängigen Fachleuten zur Diskussion zu stellen.

(Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Wenn die Verwaltungsreform so toll ist, wie Sie sagen, warum gab es dann keine kritische Evaluation? Warum haben Sie keine Fachleute, keine Externen eingeladen?

(Zurufe von der CDU)

Warum haben Sie sich dieser Diskussion nicht gestellt? Mit einer reinen Pro-domo-Veranstaltung, mit einer Jubelveranstaltung der immer gleichen Claqueure kann man kein anderes Ergebnis erwarten, als es heute hier vorliegt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Herr Herrmann, die Kreistage haben mit Ihrer Mehrheit zugestimmt, und sie haben sich unter Ihrer Führung in den Kreistagen damit auch endgültig an den Katzentisch gesetzt.

(Zurufe von der CDU)

Sie haben die Kreistage an den Katzentisch gesetzt. Kreistage sind heute für Haushalte zuständig, die zu über 70 % Mittel enthalten, mit denen sie gar nichts mehr zu tun haben und über die sie nicht entscheiden. Das sind vielmehr alles Aufgaben unterer staatlicher Verwaltungsbehörden.

So viel zum Thema „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“.

Sie beschränken sich letztendlich auf wenige Korrekturen oder Nachjustierungen, wie Sie es nennen. Die meisten von ihnen sind auch noch falsch. Es sind wenige, und sie sind trotzdem falsch. Als Beispiel ist bereits die Rolle rückwärts bei der Schulverwaltung genannt worden.

Wir attestieren Ihnen ja gern, dass die Reform der Schulverwaltung im Gegensatz zu vielen anderen Beispielen ein ge-

(Hans-Ulrich Sckerl)

lungenes Beispiel war. Denn dort konnten – das war eines der wenigen Beispiele dafür – Synergieeffekte hergestellt werden – in der Kooperation zwischen Jugendamt, Sozialamt, politischer Kommune, aber auch staatlicher Schulverwaltung.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Die nehmen Sie jetzt ohne Not weg. Es musste offensichtlich eine politische Entscheidung der CDU-Fraktion her, die bei dieser Evaluation auch etwas sagen musste. Da wurde eben dieses Beispiel genommen, um bei der Schulverwaltung die Rolle rückwärts zu machen.

Fachlich versteht das draußen niemand. Fachlich versteht niemand, warum es in diesem Bereich wieder staatliche Sonderbehörden geben muss. Deshalb haben wir auch einen Antrag gestellt, nach dem die Verwaltungsreform in diesem Sinne konsequent weiter kommunalisiert und die Rolle der Kommunen weiter gestärkt werden soll.

(Zuruf des Abg. Peter Schneider CDU)

In jedem Landkreis und in jedem Stadtkreis soll ein echt kommunalisiertes – das ist der Unterschied, Herr Schneider – Schulamt sein.

(Beifall bei den Grünen)

Sie werden diesem Antrag nicht zustimmen. Seien Sie dann aber wenigstens einmal in der Lage, auf Bürgerinnen und Bürger aus einem Landkreis einzugehen. Es hat Sie ja sicherlich genauso überrascht wie uns auch, dass sich über 2 000 wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger zu einem Thema der Verwaltungsreform, die sonst in der Bevölkerung draußen keine große Rolle spielt, in dieser Weise engagiert äußern. Die Leute haben sehr begründete Argumente vorgetragen.

Das Kultusministerium hat sich in allen seinen Stellungnahmen relativ arrogant darüber hinweggesetzt, wenn es sagt, es gebe keinen Kontakt zwischen Eltern und Schülern. Die Petenten haben uns etwas ganz anderes vorgetragen. Lügen die denn, wenn sie von durchschnittlich zehn Kontakten zwischen Elternbeiräten und Staatlichem Schulamt pro Woche reden? Und sie meinen nicht die Schulpsychologische Beratungsstelle, sondern sie meinen eine ganze Reihe von anderen Einrichtungen, wenn sie davon sprechen. Haben die uns angelogen? Haben die uns einen Bären aufgebunden?

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Ein Telefonkontakt ist auch ein Kontakt!)

Deshalb ist an dieser Stelle, wo wir derart engagierte Elternbeiräte haben, die Forderung, der Vorschlag, den sie machen, dort eine komplette Außenstelle des Staatlichen Schulamts, das künftig in Mannheim sein wird, einzurichten, ein begründeter Vorschlag, und deshalb beantragen wir heute an diesem Punkt auch die Änderung Ihres Gesetzentwurfs.

Anderer Punkt: Sie haben politisch versprochen, mit der Verwaltungsreform Bürgernähe mit vollständiger Wahrung der fachlichen Qualität herzustellen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ist doch!)

Heute behaupten Sie, das sei vollumfänglich passiert. Es gibt drei gute Beispiele, an denen man aufzeigen kann, dass das nicht passiert ist.

Versorgungsverwaltung.

(Abg. Peter Schneider CDU: Erstklassig gelöst!)

Gewerbeaufsicht. Was hören wir, Herr Schneider, von den Fachbeamten? Von den Fachbeamten hören wir: eine verantwortungslose Zersplitterung von fachlicher Kompetenz.

(Abg. Peter Schneider CDU: Ach was!)

Eine verantwortungslose Zersplitterung, die bis zum heutigen Tag von Ihnen nicht korrigiert worden ist und zu der wir von der Landesregierung, vom Innenminister, nur noch hören, er appelliere jetzt an die Landkreise, sich zusammenzutun, um neue Synergien herzustellen.

(Widerspruch des Abg. Peter Schneider CDU)

Es wäre doch gerade Aufgabe Ihrer Reform gewesen, das zu garantieren. Es ist in zwei ganz wichtigen Bereichen aber nicht garantiert worden.

(Abg. Guido Wolf CDU: Keine Ahnung!)

Bei den Bereichen Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz konnten wir doch die Segnungen Ihrer Reform heute in der Landespresse nachlesen. Sie haben mit der Reform der Lebensmittelkontrolle diese geschwächt.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Falsch! – Zuruf: Keine Ahnung!)

Hinsichtlich der Zahl der Kontrollen haben Sie uns zum Schlusslicht im Bundesgebiet gemacht. Im letzten Jahr wurden durchschnittlich 30 % der Betriebe kontrolliert. Das ist ein trauriger Negativrekord in der Geschichte der Lebensmittelkontrolle in Baden-Württemberg.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Eine ganze Reihe anderer Länder sind um ein Vielfaches besser als wir. Der Verbraucherschutz, meine Damen und Herren, wurde durch Ihre Verwaltungsreform zum Steinbruch für Sparmaßnahmen

(Beifall bei den Grünen – Widerspruch bei der CDU)

in einer Situation gemacht, in der wir gerade etwas anderes brauchen. Sie kennen die Stichworte der letzten Jahre: Fleischskandale usw.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Frau Berroth, ich habe nur noch wenig Zeit. Ich lasse keine Zwischenfragen zu.

Da besteht also dringender Korrekturbedarf, nicht nur in Stuttgart, sondern auch anderswo. Seien Sie endlich bereit, die not-

(Hans-Ulrich Sckerl)

wendige Zahl der Lebensmittelkontrolleure einzustellen, weil sie jetzt nach und nach von der Polizei weggehen! Denn sonst wird diese Aufgabe in absehbarer Zeit an die Wand gefahren.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Günther-Martin Pauli
CDU: So ein Blödsinn!)

Ein Beispiel noch: Naturschutz. Auch dazu könnte man noch viel erzählen. Der Naturschutz ist nicht nur personell unerträglich heruntergefahren worden. Wenn es nicht die europäischen Aufgaben gäbe – FFH-Richtlinie, Vogelschutzrichtlinie oder anderes –, sähe es noch viel schlechter aus. Nein, er ist mittlerweile auch zum Spielball politischer Interessen auf den unteren Ebenen geworden. Das ist also ein ganz schlimmer Zustand.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Wer spielt denn da?)

Das Fazit kann man also ganz anders ziehen: Wir versuchen mit Anträgen, wenigstens in zwei Bereichen – Schulverwaltung und Jugendhilfe – noch Korrekturen einzuziehen. Es ist eben nicht egal, Herr Herrmann, ob der Jugendhilfeausschuss beschließend oder beratend tätig ist. Er sollte beschließend sein. Denn das war unser verpflichtendes Kooperationsangebot an die freien Träger, die wir dringend brauchen und deren Angebote in den Landkreisen wir brauchen. Subsidiaritätsprinzip bedeutet auch Partizipation an den Entscheidungen, und dem sollten wir genauso Rechnung tragen wie der Beibehaltung des Landesjugendberichts. Denn wenn Sie den Landesjugendbericht abschaffen, machen Sie die Jugendpolitik zur Privatsache der Regierung und sperren das Parlament aus. Das geht nicht! Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kluck das Wort.

(Beifall der Abg. Michael Theurer FDP/DVP und Karl Zimmermann CDU – Abg. Walter Heiler SPD zu Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Nichts Unflätiges!)

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will es gleich vorweg sagen: Ich bitte Sie, die Änderungsanträge der Grünen und der SPD abzulehnen

(Zurufe von der CDU: Jawohl! – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und dem Änderungsantrag von FDP/DVP und CDU zuzustimmen, mit dem begehrt wird, beim Abfallgesetz einen Tausch vorzunehmen, weil das sinnvoll und richtig ist.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Hoffnungsfroher Einstieg! Ein sehr guter Einstieg! – Unruhe bei der SPD und den Grünen)

Ich habe es hier schon mehrfach gesagt, wiederhole es aber trotzdem noch einmal. Manche Leute sind ja schwer von Begriff.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Genauer! – Heiterkeit bei der CDU)

Die Verwaltungsstrukturreform ist ein Erfolg, ein großer Erfolg.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Marianne Wonnay SPD: Nach dem Motto: Was laut ist, ist auch wahr! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Durch das heute hier zur Diskussion stehende Weiterentwicklungsgesetz wird dieser Erfolg verfestigt. Die Verwaltung in Baden-Württemberg wurde dienstleistungsorientierter und damit bürgernäher, und sie arbeitet seitdem deutlich effizienter.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Sogar die Opposition findet nur noch ganz kleine Haare in der Suppe.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben es ja gehört: Da ist nicht mehr viel. Im Innenausschuss haben wir uns lange mit der Kritik an der Einrichtung eines gemeinsamen Schulamts in Mannheim herumschlagen müssen. Am Schluss haben dann fast alle eingesehen – bis auf den Vorsitzenden –, dass man nicht alle Standortwünsche erfüllen kann.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

Wissen Sie, ich hätte auch gern das Schulamt in Reutlingen,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Ich auch!)

die Flurneuordnungsdienststelle in Reutlingen und das Grundbuchamt in Reutlingen gehabt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sei nicht so gierig!)

Das wäre natürlich alles sinnvoll.

(Zuruf von der CDU: Und das Gefängnis!)

Aber die Kollegin Bormann hätte dasselbe dann lieber gern in Tübingen und der Kollege Behringer in Sigmaringen und der Kollege Haller in Albstadt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und in Marbach! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und wir in Münsingen!)

Das geht so nicht. Deswegen brauchen wir ein sorgfältig ausgearbeitetes System, um die Standorte auf verschiedene Orte im Land zu verteilen. Das ist nicht ganz einfach. Man hat ein System gefunden, und dabei bleiben wir jetzt – das wird so gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Heiterkeit)

Ich will es noch einmal sagen: Zum Grundbuchamt muss sich niemand persönlich bemühen. Man kann die Daten in jedem Rathaus elektronisch abrufen.

(Zuruf von der CDU: Jawohl!)

(Hagen Kluck)

Die gemeinsamen Dienststellen der Flurneuordner und Vermesser sind auch nicht gerade durch großen Publikumsverkehr gekennzeichnet. Und wissen Sie: Ich habe vier Söhne. Während deren gesamter Schulzeit war ich nicht ein einziges Mal auf dem Schulamt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das spricht für die Söhne!)

Ich will es einmal so sagen: Wahrscheinlich ist es den Schulen auch ganz recht, wenn ein Schulamt so weit wie möglich entfernt ist.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich kann mich erinnern: Als ich zur Schule ging, hatte man immer ein mulmiges Gefühl, wenn ein Schulrat kam. Unseren Lehrern ging das auch nicht anders.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wird berechtigt gewesen sein! – Heiterkeit – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist aber schon lange vorbei!)

Sie wissen, dass wir Liberale für eine weitgehende Autonomie der Schulen sind. Wir wollen keine Schulen an der kurzen Leine der Kultusbürokratie.

(Lachen des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Außerdem ist schon gesagt worden: Die Schulräte gehen in der Regel in die Schulen und werden nicht umgekehrt aufgesucht. Deswegen meine ich, dass man das alles so machen und lassen kann, wie es ist.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Noch ein letzter Satz zum Fall Mosbach: Die hier weiterhin gewünschte schulpsychologische Beratung findet ja an einer Außenstelle dort statt. Das wird über eine Verwaltungsvorschrift geregelt und ist also in trockenen Tüchern.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Kluck, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Nelius?

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Aber selbstverständlich. Bitte.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Nelius.

Abg. Georg Nelius SPD: Herr Kollege Kluck, ich bitte Sie,

(Zurufe: Frage!)

die Frage zu beantworten: Könnten Sie sich ein Schulamt im Süden des Landes vorstellen, das für den Raum von Freiburg bis Friedrichshafen zuständig ist und seinen Sitz in Freiburg hat?

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Könnte ich mir vorstellen.

(Große Heiterkeit bei allen Fraktionen – Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Vorstellbar ist alles.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Frage ist beantwortet!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Frage, Herr Kollege Nelius.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Was ist denn Ihr Konzept, Herr Nelius?)

Abg. Georg Nelius SPD: Wenn der Standort also sozusagen völlig belanglos ist, dann frage ich Sie: Warum schaffen Sie dann nicht zehn große Schulämter in Baden-Württemberg? Der Standort ist ja völlig egal, wie Sie ausführen.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Er hat gesagt, er kann es sich vorstellen!)

Wenn Sie dann aber ausgerechnet im Norden ein einziges Mammutschulamt schaffen und 20 normal große, ...

(Zurufe von der CDU: Frage! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wo ist die Frage?)

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Aber Herr Kollege, Sie haben offenbar nicht –

Abg. Georg Nelius SPD: ... dann erinnert mich das,

(Zurufe: Frage!)

zumindest wenn ich Ihre Ausführungen höre, an Ämterschach.

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Dort, wo wir ganz große Kreise mit einer entsprechend hohen Zahl an Schülerinnen und Schülern haben, hat man ein Schulamt geschaffen. Wo wir nicht die erforderliche Zahl haben, müssen Schulämter für jeweils mehrere Kreise eingerichtet werden. Das ist ganz sachgerecht und vernünftig berechnet worden.

Im Übrigen ist Ihnen ja bekannt, Herr Kollege Nelius: Die FDP/DVP hat nicht nach dieser Rückabwicklung der Reform der Staatlichen Schulämter gelehzt.

(Zuruf von der SPD: Aber ihr macht mit!)

Denn wir haben – das ist hier vorhin auch gesagt worden – die Zusammenarbeit der Landratsämter mit Sozial- und Jugendämtern sowie mit den sächlichen Schulträgern als sehr wohlthuend empfunden. Wir gehen aber davon aus, dass dieses Zusammenwirken auch weiterhin stattfinden wird.

Das Kultusministerium wollte seine Sonderbehörde zurück. Diese bekommt es jetzt.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Und das ist auch gut so!)

Ich hoffe sehr, dass ich dann keine Beschwerdebriefe von Elternbeiräten mehr bekomme, wenn die Lehrerversorgung in Mittelstadt und Ofterdingen oder die Sprachförderung in Betzingen nicht richtig funktioniert. Das alles werden jetzt die neuen Staatlichen Schulämter regeln, und das ist auch ganz gut für uns.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Warum klatscht da nur Frau Berroth?)

(Hagen Kluck)

Bei Vermessung und Flurneuordnung werden wir Liberalen darauf achten, dass man sich dem angestrebten Privatisierungsziel von 80 % bei den operativen Vermessungsaufgaben auch tatsächlich nähert.

Wichtig ist und bleibt für uns das Einheitsforstamt. Ich will noch einmal betonen, dass wir bei der Holzvermarktung keine Monopole haben wollen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir beschließen heute auch über einen Nachtrag zum Staatshaushalt 2008. Dieser ist notwendig, um den Übergang von Bediensteten von den Landratsämtern in den Zuständigkeitsbereich des Kultusministeriums abzusichern. Aber was noch viel wichtiger ist: Wir verwenden weitere 100 Millionen € aus dem Überschuss des vergangenen Jahres zur Schuldentilgung. Die FDP/DVP stimmt dem gern zu, weil wir damit ein weiteres Zeichen für die solide Finanzpolitik unserer gemeinsam mit der CDU getragenen Regierung setzen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Das macht auch klar, dass diese ganze Verwaltungsreform auch einen finanziellen Aspekt hat. Das hat der Kollege Herrmann auch schon betont. Wir brauchen nicht nur eine bürgernahe, sondern auch eine sparsame Verwaltung, denn wir sind noch lange nicht am Ende des Sparziels.

Ich fordere die Opposition auf und bitte sie inständig, mit uns für dieses Verwaltungsstrukturreform-Weiterentwicklungsgesetz zu stimmen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Das haben Sie zwar nett gesagt, aber wir machen es nicht!)

Der Herr Präsident hat schon vor vielen Jahren eine Reform an Haupt und Gliedern gefordert, um zu einer bürgernahen, leistungsfähigen und kostengünstigen Verwaltung zu kommen. Wir setzen seinen Wunsch heute in die Tat um.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist Hopmeier gewesen!)

Die Grünen in Nordrhein-Westfalen rufen nach einer Verwaltung, die ihre Leistungen den Bürgerinnen und Bürgern verlässlich, kompetent und zügig zur Verfügung stellt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Außer rufen können sie dort nichts!)

Verwaltungswege sollen sich vereinfachen und verkürzen, sagen die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern.

(Abg. Georg Nelius SPD: Das gilt aber nicht überall!)

Hier bei uns, meine Damen und Herren, in Deutsch-Südwest ist das jetzt Wirklichkeit. Sagen Sie wie wir freudig erregt Ja.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Innenminister das Wort.

Innenminister Heribert Rech: Herr Präsident, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Das Verwaltungsstrukturreform-Weiterentwicklungsgesetz wird zum 1. Januar des kommenden Jahres in Kraft treten. Nach meinem Dafürhalten finden die schon im Jahr 1995 begonnenen Strukturformen der Landesverwaltung einen guten und vor allem einen, wie ich denke, stimmigen Abschluss. Auch die Aufregung, wie sie angesichts der ersten beiden Reformgesetze in den Jahren 1995 und 2005 zu beobachten war, ist beim aktuellen Gesetzgebungsverfahren ausgeblieben.

Wir haben – dies will ich vorweg sagen – trotz aller unterschiedlichen Auffassungen, die ja immer wieder zutage treten, eine weitgehend sachliche Diskussion im Landtag und in den Ausschüssen geführt, für die ich allen Beteiligten herzlich danke. – Ich sehe zweifelnde Blicke. Ich halte auch die heutigen Beiträge – ich gehe nachher noch darauf ein –, auch wenn sie neben der Sache liegen, trotzdem im Ton für sachlich. Deswegen beziehe ich die Kollegen mit ein. Ich sage Ihnen gleich, wo Sie sich völlig außerhalb des Spielfelds bewegen, Herr Sckerl,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wie meistens!)

und Herr Heiler übrigens auch.

Mein Dank geht an die Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Landesverbände, der Beschäftigtenvertretungen und der beteiligten Verbände und Organisationen, die mit Lob, Kritik, aber vor allem mit ihren Vorschlägen die Evaluierung und das Gesetzgebungsverfahren konstruktiv begleitet haben. Ihre Beiträge haben zu einem guten Ergebnis beigetragen.

Meine Damen und Herren, die Verwaltungsstrukturen werden schon seit 1995 konsequent fortentwickelt. Ich möchte daran erinnern, dass die erste Eingliederung von Sonderbehörden in die Landratsämter und Stadtkreise von einer CDU/SPD-Landesregierung beschlossen wurde.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Genau!)

Die Aufgaben der Gesundheitsämter, Wasserwirtschaftsämter und Veterinärämter wurden 1995 auf die Kreise übertragen und werden dort seither zur Zufriedenheit aller bestens erledigt. Das damalige Gesetz war im Übrigen fast genauso schwer auszusprechen wie das heutige. Das damalige Gesetz hieß „Sonderbehördeneingliederungsgesetz“, und das heutige Gesetz heißt „Verwaltungsstrukturreform-Weiterentwicklungsgesetz“.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wer hat das erfunden? – Abg. Winfried Scheuermann CDU: Dafür hat aber das Innenministerium das Urheberrecht! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Der Minister hat gut geübt!)

– Ich habe es draußen noch einmal geprobt.

Was im Jahr 1995 für richtig befunden wurde und sich in der Praxis als erfolgreich erwiesen hat, konnte dann auch im Jahr 2003 so verkehrt nicht sein. Dieser Auffassung war unser damaliger Ministerpräsident Erwin Teufel. Er hat bei der großen Strukturreform erneut auf die Leistungskraft der Kreise und die Bündelung staatlicher Aufgaben auf der mittleren und der

(Minister Heribert Rech)

unteren Ebene gesetzt. Dabei hat er die Regierungsfractionen von CDU und FDP/DVP geschlossen an seiner Seite gehabt, weil wir eben auf die Grundsätze von Subsidiarität und Bürgernähe setzen. Das ist ein wichtiges Reformanliegen. Ich komme nachher noch einmal ganz konkret auf Ihre Einwendungen zurück, Herr Kollege Heiler.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

– Weil Sie nämlich Dinge vertreten, die diesem Gedanken zuwiderlaufen. Ich will es vorwegnehmen: Wenn Sie den Kreisen das Recht absprechen, zu einer kreisübergreifenden Kooperation zu kommen, und hier ein Ministermachtwort verlangen, dann widerspricht genau dies dem Geist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Jawohl! So ist es! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich sage es Ihnen nachher noch konkret.

Ein neuer maßgebender Gesichtspunkt für eine umfassende Aufgabenübertragung war die Verpflichtung zur Erwirtschaftung einer Effizienzrendite von 20 % über einen Zeitraum von sieben Jahren bis zum Jahr 2011. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts erbracht. Wenn wir heute in der Lage sind, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen, dann dürfen wir auch mit einem gewissen Stolz auf die Strukturreform verweisen.

(Abg. Peter Schneider CDU: Genau!)

Denn die hat ganz wesentlich dazu beigetragen. Ich glaube nicht, dass wir anderweitig in dieser Zeit schon so weit gekommen wären. Das darf man, glaube ich, wohl sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Hinsichtlich der Integration der bisherigen Sonderbehörden in die Landratsämter und der Erzielung der Effizienzrendite wird bis heute – heute nicht so stark wie zu Beginn, aber da ganz stark auch von Ihnen, Herr Kollege Heiler – immer wieder die Befürchtung geäußert, dass die Kreisumlage für die Finanzierung der Verwaltungsreform herangezogen werden müsse, weil das Volumen der Effizienzrendite zu groß sei. Da möchte ich – mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident – ein Zitat aus einem Vortrag von Professor Trumpp vom 12. Mai 2006 in Münster anführen. Er hat Folgendes gesagt:

Diese Befürchtung wäre dann zutreffend, wenn die Landratsämter keinerlei Anstalten machen würden, Personal- und Sachkosten zu reduzieren. Die ersten Monate nach der Umsetzung der Verwaltungsreform haben bereits ein Bild ergeben, das insoweit keine dunklen Wolken aufzeigt. Gerade im Bereich der Sachkosten, insbesondere bei den Unterbringungskosten für die neuen Verwaltungseinheiten, konnten die Landkreise erhebliche Kostenreduzierungen vornehmen, weil sie mietintensive Landesliegenschaften nicht übernommen oder aufgegeben haben.

Zur Verdeutlichung will ich darauf hinweisen, dass auch dann, wenn nicht alle reformbedingten Kosten über die Zuweisungen des Landes über den Finanzausgleich abgegolten werden können, keine Schieflage in den Kreishaushalten entsteht.

Meine Damen und Herren Kollegen, die aktuellen Zahlen über den Stand der Erwirtschaftung der Effizienzrendite zeigen,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

dass der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg mit seiner Einschätzung zu 100 % recht behalten hat. Nur wenige Zahlen zur Verdeutlichung: Im Jahr 2007 hatten die Kreise 8 % Einsparungen zu erwirtschaften. Der Durchschnitt der Einsparungen bei den Landkreisen lag bei 11,4 %. Mit durchschnittlichen Einsparungen von 11,4 % lagen die Kreise deutlich über dem Soll von 8 %.

Natürlich ist die Situation von Landkreis zu Landkreis unterschiedlich. Aber ich weise darauf hin, dass manche Kreise bereits heute den Zielwert von 20 % fast erreicht haben. Ganz wenige nur blieben unter dem aktuellen Soll. Das hängt jedoch von den örtlichen Rahmenbedingungen ab und ist kein Phänomen der Verwaltungsreform. Entscheidend ist, dass sich die Kreise in der Lage sehen, die Effizienzrendite von 20 % bis zum Zieljahr 2011 tatsächlich zu erreichen,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Immer!)

auch wenn das in manchen Fällen noch einiger Anstrengungen bedarf.

Als Ergebnis der Evaluierung der Strukturreform 2005 liegt uns der heute zu beschließende Gesetzentwurf vor. Zu den wesentlichen Inhalten, nämlich den strukturellen Änderungen bei der Schulaufsicht, bei der Flurneuordnung und der Vermessung sowie der wirtschaftlichen Weiterentwicklung des Staatsforsts, habe ich bereits bei der ersten Lesung im Juli Stellung genommen. Mit Ausnahme einer redaktionellen Änderung beim Finanzausgleichsgesetz haben sich bei den Beratungen im Innenausschuss und im Finanzausschuss keine weiteren Änderungen des Gesetzentwurfs ergeben.

Ich will an dieser Stelle auf Argumente wie mangelnde Bürgernähe eingehen. Herr Kollege Sckerl und Herr Kollege Heiler, Herr Kollege Kluck hat es zu Recht angesprochen, und ich will es nicht noch einmal aufwärmen, aber bitte überlegen Sie einmal: Welcher Bürger geht zum Vermessungsamt?

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Wenn er bauen will!
– Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP:
Also, also, Herr Kollege!)

Lassen Sie sich doch einmal die Zahlen geben. Herr Kollege Haas, es ist nicht so ganz ernst gemeint, aber ich will behaupten – wir beide können das einmal untersuchen –: Der durchschnittliche Baden-Württemberger geht in seinem Leben viel öfter aufs Standesamt als aufs Vermessungsamt oder aufs Schulamt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Rainer Stickelberger SPD: In der SPD nicht!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Haas?

Innenminister Heribert Rech: Eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Haas nehme ich immer mit großer Freude entgegen. Ich kann Ihnen Einzelheiten zu den Standesämtern jetzt allerdings nicht sagen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Ich möchte mich für das Entgegenkommen bedanken, dass Sie mir gern zuhören, Herr Minister.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das hat er nicht gesagt!)

Jeder Architekt, der Planvorlagen machen muss, muss Einsicht in Planunterlagen und Vermessungsunterlagen nehmen, um spätere Rechtsverfahren auszuschließen. Sind Sie der Auffassung, dass das nicht notwendig ist?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das geht elektronisch!)

Innenminister Heribert Rech: Jetzt sprechen Sie von Architekten. Ich habe von Bürgern gesprochen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Architekten sind auch Bürger!)

– Ja, ja, berufsbedingt sind auch Architekten angesprochen. – Herr Kollege Haas, Sie wissen, was ich meine. Schauen Sie zu den Schulämtern. Ich kenne Schulämter, wo es nur sechs Bürgerkontakte gegeben hat.

(Abg. Walter Heiler SPD: In der Stunde?)

Die Schulräte gehen vom Standort aus zu den Schulen hin. Dort erbringen sie ihre Leistung. Nicht anders ist es bei den Vermessern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das mit den Standesämtern reichen Sie noch nach? – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Das möchten wir schriftlich haben!)

– Das mit den Standesämtern untersuchen wir dann. Aber bitte lassen Sie uns das jetzt nicht vertiefen.

(Glocke des Präsidenten)

Da war noch eine Zwischenfrage. Der Kollege berät sich aber gerade.

(Abg. Walter Heiler SPD: Ich denke, die Worterteilung macht der Präsident!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Normalerweise mache ich das. – Wollen Sie eine Frage stellen?

(Heiterkeit)

– Bitte schön. Sie gestatten das, Herr Minister?

Innenminister Heribert Rech: Ja, gern.

Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Herr Minister, sind Sie mit mir nicht auch der Meinung, dass die Anfragen der Architekten, von denen Kollege Haas gesprochen hat, heutzutage per E-Mail online erledigt werden können, sodass kein Besuch auf dem Vermessungsamt erforderlich ist?

Innenminister Heribert Rech: Ja, das weiß ich schon. Dieser Auffassung bin ich auch. Aber beim Kollegen Haas läuft das noch anders.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er will es genau wissen!)

Er schafft noch mit der Hand am Arm.

Herr Kollege Sckerl – das nehme ich wirklich ernst –: Wenn man all Ihre Vorschläge oder Forderungen betrachtet – über Jahre hinaus; das ist nichts Neues, das sind alles alte Hüte, die Sie auftischen –, dann läuft das alles auf einen Satz hinaus: weniger Bürgernähe, mehr Staat und vor allem mehr Zentralismus.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Regionalkreise bedeuten mehr Zentralismus. Sie sagen, die Landräte wären kleine Könige. Was sind denn dann die Regionalkreispräsidenten? Große Mullahs, oder was auch immer?

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Noch kleinere Könige!)

Sie müssen sich selbst schon genauer zuhören, damit Sie sich nicht dauernd widersprechen: Zentralismus pur, mehr Staat. Wir wollen das Gegenteil.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir wollen die Bürgernähe, wir wollen die kommunale Ebene.

Auf das Thema Aufgabenkritik, das im Innenausschuss mehrfach angesprochen wurde, will ich noch mit wenigen Sätzen eingehen. Zunächst: Es war und bleibt eine wichtige Aufgabe für die Landesregierung, Aufgabenkritik ernsthaft voranzutreiben. Der Staat soll sich auf seine wesentlichen Aufgaben beschränken, dort aber bürgerorientiert und vor allem kostengünstig verfahren. In der Koalitionsvereinbarung ist auch formuliert und festgehalten, dass die Aufgabenkritik – und zwar eine systematische Aufgabenkritik – ein zentrales Vorhaben der nächsten Jahre sein wird.

Mit fünf Tranchen zum Bürokratieabbau – das ist eine lange Liste – haben wir schon vor vier Jahren begonnen, viele Maßnahmen auf den Weg zu bringen und auch umzusetzen. Der Ombudsmann, der jetzt seine Arbeit im Innenministerium aufgenommen hat, der Kollege Köberle, leistet wertvolle und wichtige Arbeit, indem er bereits im Gesetzgebungsverfahren als Ansprechpartner für die Bürger und die Wirtschaft fungiert. Wir werden heute darüber entscheiden, wie die mittelfristige Aufgabenverteilung der Verwaltungsebenen aussehen wird.

Konkret und beispielhaft heißt dies, dass wir die Aufträge der Strukturreformkommission weiterverfolgen werden. Ich habe dem Kollegen Stickelberger ja schon schriftlich mitgeteilt, dass wir beispielsweise im Widerspruchsverfahren für die erste Hälfte des Jahres 2009 eine Entscheidung anstreben. Bis dahin wollen wir – das ist ja auch nur vernünftig – die Er-

(Minister Heribert Rech)

kenntnisse aus anderen Ländern, soweit diese vorliegen, auswerten und dabei anschauen, wie sich die Befriedungsfunktion des Widerspruchsverfahrens bei uns darstellt.

Das ist also schon ein wichtiges Thema. Man kann nicht einfach sagen: „Wir schaffen das Widerspruchsverfahren ab“, sondern man muss schauen, welche Funktionen es bislang hat erfüllen sollen und ob die angestrebten Wirkungen in Bezug auf die Befriedungsfunktion auch tatsächlich eingetreten sind.

Es gibt aber auch andere Bereiche. Gemeinsam mit dem Landkreistag und dem Gemeindetag haben wir ein Konzept zum Abbau von staatlichen und Pflichtaufgaben bei den Kommunen erörtert, und wir sind zumindest ansatzweise auch in anderen Bereichen schon umfassend aktiv geworden und haben erst in jüngster Zeit Änderungen erreicht – die auf den ersten Blick vielleicht nicht weltbewegend erscheinen, aber deutlich machen, dass sich die Substanz auch im Detail zeigt.

Ein Beispiel hierfür ist die Fehlbelegungsabgabe. Da wurde ein unwirksames Steuerungsinstrument, das für die Kommunen mit Kosten in Millionenhöhe verbunden war, einfach abgeschafft. Ich nenne hier außerdem die Lockerung von Genehmigungsvorbehalten im landwirtschaftlichen Grundstücksverkehr oder beispielsweise auch die Ausstellung unbefristeter Fischereischeine. Da haben für die Bürger Vereinfachungen stattgefunden. Auch das neue Abfallgesetz wird für die kommunale Ebene künftig einfacher zu handhaben sein. Ein weiteres Beispiel ist der Verzicht auf die Kfz-Ummeldung bei Beibehaltung des Kennzeichens – also beispielsweise, Herr Kollege Oelmayer, beim Umzug vom Stadtkreis Ulm in den Alb-Donau-Kreis.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ich weiß nicht, ob der Kollege Oelmayer Auto fährt!)

All dies zeigt, dass auf vielen kleinen Baustellen doch einiges geleistet wurde und geleistet wird.

Aber auch Grundlegendes ist bereits umgesetzt. Mit der Änderung der Landesverfassung und dem – noch druckfrischen – Konnexitätsausführungsgesetz hat Baden-Württemberg im Konsens mit den kommunalen Landesverbänden beispielhaft ein Verfahren gefunden, das die Verteilung von Aufgaben und der notwendigen Finanzmittel fair und ausgewogen regelt. Dieses Vorgehen ist ein Beweis dafür, dass wir es nicht bei der Strukturreform belassen, sondern viel dafür tun, damit der Staat als Ganzes nicht mit Aufgaben und damit mit Ausgaben, sprich Kosten für den Bürger, belastet wird.

Zum Schluss will ich noch kurz auf den zweiten Gesetzentwurf eingehen, der unter diesem Tagesordnungspunkt aufgerufen und zur Abstimmung gestellt ist, den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags, das die Bestimmungen beinhaltet, die erforderlich sind, um die fristgemäße Umsetzung des Verwaltungsstrukturreform-Weiterentwicklungsgesetzes im Haushalt abzusichern. Die hierfür erforderlichen Regelungen, meine Damen und Herren, die eine Flexibilisierung für die Landesbetriebe bei der Erbringung der Effizienzrendite und die Schaffung der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zur Übernahme des Personals der unteren Schulaufsichtsbehörden vorsehen, wurden im Finanzausschuss, Herr Kollege Herrmann, ja bereits beraten.

Die ebenfalls im Gesetzentwurf enthaltene Ermächtigung zur zusätzlichen Tilgung von 100 Millionen € Altschulden traf im Finanzausschuss – das will ich ausdrücklich betonen – auf breite Zustimmung. Damit gelingt es uns im Jahr 2008 nicht nur erstmals seit 1972, keine neuen Schulden zu machen, sondern sogar – das wurde heute Morgen schon erwähnt –, insgesamt 350 Millionen € Altschulden zu tilgen. Wir unterstreichen damit, dass wir die guten Zeiten genutzt haben, um den Haushalt zu konsolidieren, Rücklagen für schlechte Zeiten zu bilden und Altlasten abzutragen.

Das, meine Damen und Herren, ist vorbildliche Finanzpolitik. Ich bitte Sie, den beiden Gesetzentwürfen zuzustimmen.

Damit ich Ihnen, Herr Kollege Heiler, die Antwort nicht schuldig bleibe – ich habe gedacht, im Ausschuss hätten Sie verstanden, was ich meine –, will ich Ihnen noch einmal Folgendes verdeutlichen: Stichwort Standortamt für Flurneuordnung. Die Landkreise – das haben sie auch zugesagt, und das ist auch überwiegend gelungen, vielleicht in diesem einen Fall noch nicht, aber das werden wir ja sehen – müssen sich auf eine gemeinsame Dienststelle verständigen. Da ist ein Machtwort des Ministers völlig fehl am Platz, weil ich den Landkreisen zutraue, dass sie dies bewältigen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Sie sitzen doch selbst im Kreistag, Herr Kollege Heiler. Ich verstehe unter kommunaler Selbstverwaltung, dass die Dinge dort geregelt werden, wo sie geregelt werden können, nämlich auf der unteren Ebene, und das sind in diesem Fall die Landkreise. Was soll da das Machtwort eines Ministers?

(Abg. Walter Heiler SPD: Haben Sie jetzt von der Flurneuordnung oder von der Vermessung gesprochen?)

– Von der Flurneuordnung.

(Abg. Walter Heiler SPD: Und was passiert mit der Vermessung? Heißt das, dass sie in Karlsruhe bleibt?

– Zuruf: Für die ist der Kreistag gar nicht zuständig!)

Zu den Vermessungsgebühren haben Sie richtigerweise gesagt, dass den Landkreisen 13,7 Millionen € fehlen, Beispiel Heidenheim. Da will ich zunächst einmal sagen: Das sind ganz unterschiedliche Abmangelbeträge. Da wir dies aber gesehen haben, haben wir im Jahr 2007 die Vermessungsgebühren ganz deutlich erhöht mit dem Ziel, diesen Abmangel zu verringern. Außerdem haben wir gesagt, dass wir dies noch einmal überprüfen werden, wenn die Ergebnisse der von den Landkreisen durchgeführten Erhebungen vorliegen. Das werden wir tun. Aber die Ergebnisse liegen noch nicht vor. Darüber steht das Ziel – Herr Kollege Kluck hat es gesagt –, dass wir auf 80 % der öffentlich bestellten Vermesser kommen werden.

Jetzt, Herr Kollege Heiler, will ich noch einmal verdeutlichen, wofür die Verwaltungsstrukturreform alles herhalten muss. Ich will es nicht ausbreiten, aber ich habe mich schon gewundert, als ich in meiner Heimatzeitung las, dass der Kollege Heiler sagt, die Landesstraßen seien in einem „verheerenden Zustand“.

(Minister Heribert Rech)

(Abg. Walter Heiler SPD: Das haben doch Sie geschrieben!)

– Langsam. Darüber können wir ja noch Verständigung erzielen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Das war eine Kleine Anfrage, aus der ich zitiert habe!)

– Ja. Ich hoffe, dass Sie den nächsten Satz nicht auch als der Anfrage entnommen werden. Vorausschicken möchte ich: Der Straßenzustand wurde im Jahr 2004 erhoben.

Sie, Herr Kollege Heiler, sagten dann weiter, die Verwaltungsreform, die fehlgeschlagen sei, sei der schlagende Beweis dafür, dass die Landesstraßen so schlecht seien und umgekehrt.

(Lachen der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Walter Heiler SPD: Ich habe 2008 gefragt!)

Also noch einmal: Der schlechte Zustand der Landesstraßen wird der Verwaltungsreform zugeschrieben. Der Straßenzustand wurde 2004 erhoben, und die Verwaltungsreform wurde 2005 in Kraft gesetzt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist eine eigene Logik! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Man kann es drehen, wie man es braucht!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zunächst zur **E i n z e l a b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Weiterentwicklung der Verwaltungsstrukturreform, Drucksache 14/2999. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 14/3217. Dazu liegen mehrere Änderungsanträge vor, die ich an den entsprechenden Stellen zur Abstimmung stellen werde.

Der Gesetzentwurf ist mit 47 Artikeln und 203 Seiten sehr umfangreich. Ich schlage Ihnen daher vor, das Abstimmungsverfahren etwas zu straffen und, soweit mir keine gegenteiligen Abstimmungswünsche signalisiert werden, immer mehrere Artikel zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

(Zuruf: Ja! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja-wohl, Herr Präsident!)

Ich rufe auf

Erster Teil

Reform der Verwaltungsstruktur

mit den Artikeln 1 bis 3.

Zu Artikel 1 liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3294-1 Abschnitt I, vor, der eine Streichung des Artikels 1 begehrt. Dieser Streichungsantrag bedeutet nach

meiner Auffassung nichts anderes als die Ablehnung des Artikels 1.

Dann kommen wir zur Abstimmung über Artikel 1. Wer dem Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Artikel 1 ist mehrheitlich angenommen. Damit ist Abschnitt I des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3294-1, erledigt.

Über die Artikel 2 und 3 lasse ich jetzt gemeinsam abstimmen. Wer diesen beiden Artikeln zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist den Artikeln 2 und 3 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Zweiter Teil

Allgemeine Regelungen

mit den Artikeln 4 bis 26. Zu Artikel 15 rufe ich den Abschnitt I der Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 14/3217, mit auf.

Bei Artikel 4 handelt es sich um eine Neufassung des Landesverwaltungsgesetzes mit insgesamt 28 Paragraphen, das in vier Teile gegliedert ist. Änderungsanträge hierzu liegen nicht vor. Wenn Sie damit einverstanden sind, lasse ich hier blockweise nach Teilen abstimmen. – Ich sehe keinen Widerspruch. Wir werden deshalb bei Artikel 4 entsprechend verfahren.

Ich rufe auf

Erster Teil

Geltungsbereich des Gesetzes und Gliederung der Verwaltungsbehörden

mit § 1.

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist dem Ersten Teil von Artikel 4 mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich rufe auf

Zweiter Teil

Allgemeine Bestimmungen zur Aufsicht, Aufgabenübertragung und zur Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden

mit den §§ 2 bis 6.

Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Zweiten Teil von Artikel 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Dritter Teil

Verwaltungsbehörden

mit den §§ 7 bis 26.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Dritten Teil von Artikel 4 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Vierter Teil

Übergangs- und Schlussbestimmungen

mit den §§ 27 und 28.

Wer stimmt dem zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den §§ 27 und 28 zugestimmt.

Zu den Artikeln 5 bis 14 liegen keine Änderungsanträge vor. Ich lasse deshalb über diese zehn Artikel gemeinsam abstimmen.

Wer diesen Artikeln 5 bis 14 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Den Artikeln 5 bis 14 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Zu Artikel 15 liegt die Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 14/3217 Abschnitt I, vor, die ich zusammen mit diesem Artikel aufrufe.

Wer Artikel 15 mit dieser Änderung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 15 mit der Änderung mehrheitlich zugestimmt.

Zu den Artikeln 16 bis 26 liegen keine Änderungsanträge vor. Ich lasse deshalb über diese elf Artikel gemeinsam abstimmen.

Wer diesen Artikeln zustimmt, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den Artikeln 16 bis 26 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Dritter Teil

Anpassung ressortspezifischer Regelungen

mit den Artikeln 27 bis 45 und den dazu vorliegenden Änderungsanträgen der Fraktion GRÜNE, Drucksachen 14/3294-1 bis 14/3294-3, der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3294-4, sowie der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/3294-5.

Über Artikel 27 lasse ich nummernweise abstimmen.

Wer Nummer 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Nummer 1 mehrheitlich angenommen.

Zu Nummer 2 liegen zwei Änderungsanträge vor, Drucksache 14/3294-1 Abschnitt II und Drucksache 14/3294-4, von denen der Letztere der weiter gehende Antrag ist. Ich lasse deshalb zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3294-4, abstimmen.

Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Abschnitt II des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3294-1. Wer dafür ist, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über Artikel 27 Nr. 2 des Gesetzentwurfs abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Nummer 2 mehrheitlich so beschlossen.

Die restlichen Nummern 3 bis 6 stelle ich wiederum gemeinsam zur Abstimmung. Wer diesen Nummern zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den Nummern 3 bis 6 mehrheitlich zugestimmt.

Auch über Artikel 28 lasse ich nummernweise abstimmen.

Wer Nummer 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Nummer 1 mehrheitlich zugestimmt worden.

Bei Artikel 28 Nr. 2 lasse ich zunächst über § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 9 abstimmen. Wer diesen Nummern zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 9 mehrheitlich angenommen worden.

Zu § 1 Abs. 1 Nr. 10 mit der Festlegung des Schulumtssitzes für den Neckar-Odenwald-Kreis liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3294-2, vor, über den ich zuerst abstimmen lasse. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über § 1 Abs. 1 Nr. 10 in der Fassung des Gesetzentwurfs. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – § 1 Abs. 1 Nr. 10 ist mehrheitlich angenommen.

Ich lasse jetzt über § 1 Abs. 1 Nr. 11 bis 21 und § 1 Abs. 2 von Artikel 28 Nr. 2 des Gesetzentwurfs abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben jetzt noch über Artikel 28 Nr. 3 abzustimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 28 Nr. 3 ist mehrheitlich angenommen.

Zu den Artikeln 29 bis 40 liegen keine Änderungsanträge vor. Ich stelle deshalb diese zwölf Artikel gemeinsam zur Abstimmung. – Ich sehe keinen Widerspruch.

Wer diesen Artikeln zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den Artikeln 29 bis 40 mehrheitlich zugestimmt worden.

Zu Artikel 41 liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3294-3, vor, mit dem die Streichung von Artikel 41 Nr. 1 und Nr. 3 begehrt wird. Dies bedeutet nichts anderes als die Ablehnung dieser beiden Nummern von Artikel 41. Daher kommen wir zur Abstimmung über Artikel 41

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Nr. 1 und Nr. 3. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Unruhe)

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3294-3, durch Mehrheitsbeschluss erledigt.

(Zurufe)

– Das ist klar. – Zu den unstrittigen Nummern 2 und 4 von Artikel 41 stelle ich Ihre Zustimmung fest.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Jawohl!)

– Danke.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Artikel 42. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 42 mehrheitlich angenommen.

Zu den Artikeln 43 bis 45 des Dritten Teils und zum

Vierten Teil

Übergangs- und Schlussvorschriften

mit den Artikeln 46 und 47, die ich hiermit aufrufe, liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/3294-5, vor. Dieser Änderungsantrag begehrt eine Streichung von Artikel 43, weil diese Bestimmung in das morgen auf der Tagesordnung stehende Gesetz zur Neuordnung des Abfallrechts aufgenommen werden soll. Außerdem beinhaltet dieser Änderungsantrag das Aufrücken der folgenden Artikel 44 bis 47 und eine dadurch bedingte Anpassung in Absatz 2 des neuen Artikels 46 sowie in der Inhaltsübersicht.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Alles klar!)

Ich entnehme Ihren Gesichtern, dass Sie mir alle folgen.

(Heiterkeit)

Sie sind damit einverstanden, dass ich über den Änderungsantrag Drucksache 14/3294-5 als Ganzes abstimmen lasse. – Das ist der Fall.

Wer dem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist diesem Antrag mehrheitlich zugestimmt worden. Damit ist Artikel 43 gestrichen und den bisherigen Artikeln 44 bis 47 – neu 43 bis 46 – zugestimmt worden. Die weiteren Folgeänderungen haben wir durch die Annahme dieses Änderungsantrags ebenfalls beschlossen.

Damit ist die Einzelberatung abgeschlossen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 1. Oktober 2008 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Weiterentwicklung der Verwaltungsstrukturreform (Verwaltungsstrukturreform-Weiterentwicklungsgesetz – VRWG)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

(Abg. Hans Georg Junginger SPD: „Überschrift“ ist gut! Eine super Überschrift!)

Wir kommen zur

Schlussabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dem Gesetz mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben jetzt noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung Drucksache 14/3217 abzustimmen. – Sie stimmen Abschnitt II zu. Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt in der Zweiten Beratung zur **E i n z e l a b s t i m m u n g** über den

Gesetzentwurf der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2008 – Drucksache 14/3000

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/3231. Der Finanzausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf Drucksache 14/3000 zuzustimmen.

Ich rufe auf

§ 1

Wer § 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 1 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

Wer § 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich zugestimmt.

§ 3

Wer stimmt § 3 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich zugestimmt.

§ 4

Wer stimmt § 4 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 4 mehrheitlich zugestimmt.

§ 5

Wer stimmt § 5 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 5 mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist die Zweite Beratung abgeschlossen.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Wir kommen nun in der Dritten Beratung zur A b s t i m m u n g. Abstimmungsgrundlage sind die soeben in Zweiter Beratung gefassten Beschlüsse.

Ich mache Ihnen zum Abstimmungsverfahren einen Vereinfachungsvorschlag. Normalerweise müssten wir über alle Paragraphen einzeln abstimmen. Ich schlage Ihnen vor, dass ich die soeben in Zweiter Beratung in Einzelabstimmung mehrheitlich beschlossenen §§ 1 bis 5 jetzt in der Dritten Beratung insgesamt zur Abstimmung stelle.

(Zustimmung)

Wer in der Dritten Beratung den

§§ 1 bis 5

zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den §§ 1 bis 5 in Dritter Beratung mehrheitlich zugestimmt worden.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 1. Oktober 2008 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2008“. – Sie stimmen dieser Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Gesetz mehrheitlich zugestimmt worden.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt. Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes sowie zur Anpassung von Rechtsvorschriften – Drucksache 14/2896

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 14/3285

Berichterstatte r: Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat eine Allgemeine Aussprache mit einer Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Hollenbach für die CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Manfred Hollenbach CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Gegensatz zu den soeben

beschlossenen Gesetzen handelt es sich jetzt um ein Gesetz, das wirklich als bescheiden bezeichnet werden kann. Zudem beraten wir ein Gesetz, auf das wir eigentlich verzichten könnten. Wir könnten darauf verzichten, wenn alle Menschen so wären, wie sie sein sollten,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das stimmt!
– Abg. Rainer Stickelberger SPD: Dann könnten wir auf viele Gesetze verzichten!)

wenn sie nämlich pünktliche und zuverlässige Zahler und weniger oft säumige Zahler wären.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Aber leider bezahlen immer mehr Menschen Forderungen ungenügend oder gar nicht. Darüber klagen nicht nur Handwerker, Banken und Kaufleute, sondern zunehmend auch staatliche Institutionen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Rechtsanwälte klagen auch!)

Weil dies so ist und die Rechtsanwälte deshalb auch noch zusätzliche Arbeit bekommen, hat der Rechnungshof schon vor drei Jahren, im Jahr 2005, angeregt, man möge doch einmal überlegen, ob die Beitreibung von öffentlichen Forderungen nicht auch von privaten Institutionen, von Inkassobüros, durchgeführt werden könnte. Der Rechnungshof hat damals nämlich festgestellt, dass allein bei der Landesoberkasse Justizforderungen in Höhe von jährlich 10 Millionen € niedergeschlagen werden müssen, eine Summe, auf die man nicht verzichten kann, und dies schon gar nicht als ein Land, das verschuldet ist und das das Ziel verfolgt, demnächst Schulden abzubauen.

Der Rechnungshof hat damals auch angeregt, man möge doch einmal überlegen, ob man private Inkassobüros einschaltet. Dies ist natürlich nicht so ohne Weiteres möglich und bedarf einiger gesetzlicher Konsequenzen und Änderungen.

Die zuständigen Ministerien haben uns nun einen Gesetzentwurf vorgelegt, der, wie ich meine, sehr detailliert und auch genau untersucht hat, was alles geändert werden muss und was notwendig ist, um einen solchen Schritt zu gehen. Es geht heute also nicht darum, private Inkassobüros zu beauftragen, sondern nur darum, die Rechtsgrundlage dafür zu schaffen, dass das geschehen kann. Ich denke, einen solchen Schritt sollte man schon einmal wagen, auch wenn er für die öffentliche Hand – für die Landesoberkasse und für das Land – Neuland darstellt.

Weil man, wenn man Neuland betritt, alles sehr sorgfältig untersuchen muss, ist dies auch geschehen. Ich denke, der Staat hat hier eine Sorgfaltspflicht und muss sehr restriktiv vorgehen, wenn private Inkassobüros mit solchen Beitreibungsmaßnahmen beauftragt werden.

Wenn man das Gesetz genau liest, kann man feststellen, dass mit den Formulierungen, die dieses Gesetz enthält, auch alles bedacht wurde, was menschenmöglich bedacht werden kann.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das ist schon umfassend!)

(Manfred Hollenbach)

So wurden in der Vorbereitung des Gesetzes mit sehr vielen Formulierungen – man könnte es sich als Laie sicher etwas kürzer vorstellen, aber man wollte ja alles einbeziehen – vor allem Datenschutzvorschriften in dieses Gesetz eingebaut. Wenn der Landesbeauftragte für den Datenschutz, der in diesen Fragen ja eher restriktiv ist, einem solchen Gesetz zustimmt, dann kann man wohl sagen, dass auch bei kritischer Betrachtung den Anforderungen des Datenschutzes durch dieses Gesetz Rechnung getragen wird.

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Bedenken, Private könnten mit den von der Landesoberkasse gelieferten Daten Missbrauch betreiben, sind nach dem, was man in den letzten Jahren zum Datenhandel gehört hat, durchaus berechtigt.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Hört, hört!)

– Die Bedenken sind berechtigt; gar kein Zweifel, Herr Kollege Oelmayer. Aber es wurde versucht, alles Mögliche in dieses Gesetz einzubauen, um diese Bedenken zu zerstreuen, und ich kann sie für meine Person, aber auch für die CDU-Fraktion angesichts der Formulierungen, die wir in diesem Gesetz haben, zurückstellen. Denn alles, was man sich an Schutzvorschriften vorstellen kann, ist da eingebaut.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Stimmt!)

Und noch etwas: Die Justiz und die Landesoberkasse müssen dem Schuldner ja mitteilen, wenn beabsichtigt ist, die Daten an ein solches Büro zu geben. Ich denke, die einfachste Methode, sich dagegen zu schützen, ist, zu bezahlen. Ein besseres Schutzmittel gibt es nicht, als wenn der Schuldner seinen Verpflichtungen nachkommt. Dann kommt er mit diesem Gesetz gar nicht erst in Konflikt.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ja!)

Es geht doch lediglich darum, ob die privaten Unternehmen erfolgreicher sind, und ich denke, sie haben bewiesen, dass sie a erfolgreich und b auch sehr zuverlässig sein können. Man muss nicht immer die schwarzen Schafe als Beispiel heranziehen, wenn so etwas privatisiert werden soll.

Ein weiteres Hindernis gegen den Missbrauch, denke ich, ist Artikel 3, der uns verpflichtet, nach drei Jahren eine Überprüfung vorzunehmen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Die Landesregierung!)

Allein diese Verpflichtung garantiert, dass wir ein gewissenhaft formuliertes Gesetz verabschieden. Die CDU-Fraktion bittet darum – wir werden zustimmen –, dass wir dies tun. Denn es geht immerhin um Forderungen in Höhe von jährlich 10 Millionen €, die niedergeschlagen werden, und die sollte man holen. Wenn man es rückwirkend betrachtet, geht es sogar um 15 Millionen €, die man noch holen kann. Wir hoffen, sie sind erfolgreich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Stickelberger das Wort.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wir werden diesen Weg in die Privatisierung der Realisierung von Forderungen der öffentlichen Hand nicht mitgehen.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Genau!)

Wir werden ihn nicht mitgehen, auch wenn es sich zunächst um einen Modellversuch handelt, der auf drei Jahre befristet ist. Drei Jahre sind eine lange Zeit. Wir gehen diesen Weg deshalb nicht mit,

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Das hätte uns auch gewundert!)

weil wir nicht der Auffassung sind, dass er sachlich geboten ist. Zweitens gehen wir ihn nicht mit, weil wir sehen, dass dieser Weg in die falsche Richtung führt.

Ich weiß natürlich, dass wir uns sehr schnell dem Vorwurf der Fundamentalopposition aussetzen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie nicht!)

wenn wir gegen eine Privatisierung im Justizbereich argumentieren, Herr Minister.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das sind wir gewöhnt!)

Gerade der Justizbereich ist sehr sensibel, und da gilt es genau zu prüfen, ob Privatisierung im Einzelfall erforderlich ist.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Stickelberger ist meistens vernünftig!)

Wir gehen diesen Weg bei den Notaren mit. Bei Gefängnissen und bei Gerichtsvollziehern gehen wir ihn nicht mit.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Darüber sprechen wir heute aber nicht!)

Zum Forderungseinzug durch private Unternehmen: Herr Kollege Hollenbach, die Schuldner sind nicht so, wie sie sein sollten. Deswegen brauchen wir Gesetze. Aber die Inkassobüros sind auch nicht so, wie sie sein sollten – aus unserer Sicht.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das werden wir sehen!)

Unser Vertrauen ist da nicht sehr groß.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Das müssen wir erst einmal testen! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Mehr Demokratie wagen!)

Die Forderungen, die durch private Unternehmen eingezogen werden sollen, betreffen etwa 4 % der Forderungen, die an sich von der Landesoberkasse einzuziehen sind. Wir fragen uns: Warum macht das die Landesoberkasse nicht erfolgreicher? Warum ist es organisatorisch und personell nicht möglich, entsprechend effektiv tätig zu sein? Im Ausschuss ist angeklungen, dass allein schon die Aussicht, Konkurrenz durch private Unternehmen zu erhalten, bewirkt habe, dass

(Rainer Stickelberger)

man dort offensichtlich mehr Forderungen habe realisieren können.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: So ist es! In der Tat!)

Warum, Herr Minister, schafft es diese Landesregierung nicht, die personellen und organisatorischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Ihre Behörde effizient arbeitet? Das wäre Ihre Aufgabe.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweitens, und dieser Punkt erscheint uns besonders gravierend: Die Übertragung an Private – Herr Kollege Hollenbach, Sie haben das ja im Einzelnen ausgeführt – ist an sehr viele Voraussetzungen geknüpft. Natürlich: Die Unternehmen müssen sich zu entsprechendem Wohlverhalten verpflichten. Es findet eine Auswahl unter den Unternehmen statt. Andere Sicherungen sind auch eingebaut. Aber wir vertrauen diesen Sicherungen nicht. Wenn die Daten einmal herausgegeben und außerhalb des behördlichen Rahmens gelangt sind, befinden sie sich auf dem von Ihnen, Herr Kollege Wetzel, so geschätzten freien Markt und sind deshalb auch für viele zugänglich. Wir glauben, dass sie dann nicht mehr beherrschbar sind. Wir sind nicht bereit, das hinzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Privatisierung ist ein Thema, das uns laufend beschäftigt und uns auf vielen Feldern noch beschäftigen wird. Wir meinen, gerade im Justizbereich sollten wir mit weiteren Freigaben an den Markt sehr vorsichtig sein. Ich glaube, man kann zu Recht feststellen, dass blindes Vertrauen in die Wettbewerbsfähigkeit eines ungezügelter Marktes gerade in der letzten Zeit große Dämpfer erfahren hat.

Ich meine, wenn Sie entsprechend organisieren, müsste es möglich sein, dass Forderungsausfälle in dieser Größenordnung für den Staat künftig nicht mehr zu erwarten sind.

Eines möchte ich bei dieser Gelegenheit auch noch einmal sagen: Bei den Forderungen, die hier freigegeben werden sollen, um sie von Privatunternehmen eintreiben zu lassen, handelt es sich um Forderungen, die von Ihrer Behörde als uneinbringlich angesehen werden. „Uneinbringlich“ heißt: Vollstreckungsmaßnahmen haben schon stattgefunden. Die Schuldner können nicht zahlen, weil sie insolvent sind, weil ein Insolvenzverfahren läuft.

Glauben Sie wirklich, dass bei diesen schon als uneinbringlich festgestellten Forderungen Private mehr ausrichten können? Diese Hoffnung teilen wir nicht. Es sei denn, man unterstellt, dass Private in einem Bereich, in dem sich der Staat zu Recht zurückhalten muss, vielleicht mehr können, weil sie möglicherweise – wie viele Fälle zeigen – in einer Grauzone agieren, in die sich der Staat nicht hineinwagt, in der man dann aber auch keine staatliche Kontrolle hat. Vielleicht wird diese Grauzone benutzt, um Forderungen in unrechtmäßiger Weise zu realisieren.

Diesen Weg wird die SPD nicht mitgehen. Wir lehnen den Gesetzentwurf deshalb ab.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Oelmayer das Wort.

Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf es für unsere Fraktion vorwegnehmen: Wir stimmen dem Gesetzesvorhaben zu,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sehr schön!)

nicht deswegen, weil wir davor Angst hätten, dass Sie uns als Fundamentalopposition bezeichnen, sondern im Wesentlichen aus zwei Gründen.

Zum einen ist es die zeitliche Befristung, wobei im Übrigen natürlich nicht der Landtag untersucht, sondern die Landesregierung den Auftrag erhält, dem Landtag einen Bericht vorzulegen, und wir davon ausgehen, dass solche missbräuchlichen Vorgehensweisen, wie sie der Kollege Stickelberger gerade beschrieben hat, dann auch dokumentiert werden. Darauf müssen wir uns als Landtag natürlich verlassen.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Richtig!)

Der zweite Grund, warum wir gesagt haben, wir stimmen dem Gesetzesvorhaben zu, das ja zunächst einmal als Pilotverfahren, als Versuch gilt, ist, dass der Landesdatenschutzbeauftragte, der ja gerade nicht als jemand bekannt ist, der den Datenschutz nur en passant nimmt, sondern der ihn sehr streng nimmt, keine Einwände erhoben hat. Viele der Vorgaben – Herr Kollege Hollenbach hat es vorgetragen – sind in das Gesetzesvorhaben eingeflossen, sodass wir jetzt darauf vertrauen wollen – ob wir es können, werden wir nach drei Jahren sehen –, dass da kein Datenmissbrauch stattfindet.

Der Kollege Stickelberger hat schon die richtigen Punkte angesprochen. Aber das müssen wir ausprobieren. „Probieren geht über Studieren“, hat meine Mutter immer zu mir gesagt. An dieser Stelle ist, glaube ich, grundsätzliche Ablehnung nur deswegen, weil es um Privatisierung geht, nicht unbedingt gesagt, sondern wir sollten das ausprobieren, weil wir damit auch die Möglichkeit schaffen, seitens des Landes sowohl Personalaufwand als auch Sachaufwand zu verlagern.

Wie viel wir – das hat der Kollege Stickelberger gesagt – von den 10 Millionen oder den 15 Millionen € an Außenständen jetzt von privater Seite – wobei ich natürlich davon ausgehe, dass es sich um seriöse Beitreibungsmaßnahmen handelt – betreiben können – sehr viele dieser Schuldner zahlen ja nicht einfach deswegen nicht, weil sie vielleicht den Staat ärgern wollten, sondern sie zahlen oft deswegen nicht, weil sie nicht zahlen können –, das wird der Versuch zeigen. Das soll kein Misstrauen gegenüber den Beamten sein, die bisher dafür zuständig sind, seitens der Landesverwaltung solche Beitreibungsmaßnahmen durchzuführen, sondern es soll einfach dokumentieren, ob private Organisationen erfolgreicher sind. Ich bin selbst Mitinhaber einer Kanzlei,

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Ich auch!)

und ich weiß genau, dass Kolleginnen und Kollegen, die sich auf Beitreibungsmaßnahmen spezialisiert haben, vielleicht andere Ergebnisse erzielen können, als das staatlicherseits in der Regel der Fall ist.

Der Kollege Scheffold hat Zweifel. Ich lade Sie gern einmal ein. Dann dürfen Sie gern verfolgen, wie das funktioniert –

(Thomas Oelmayer)

ganz legal und ohne Missachtung irgendwelcher Rechtsvorgaben.

Insofern sind wir als Fraktion der Meinung, wir sollten diesen Versuch wagen. Wir tragen diesen Versuch mit, weil, wie gesagt, der Landesdatenschutzbeauftragte keine Bedenken hat. Auch wir sind dieser Auffassung nach Prüfung dieses Gesetzesvorhabens, das doch schon sehr umfangreich ist für eine einfache Maßnahme, die dort jetzt zur Umsetzung kommen soll, und wir begrüßen, dass eine zeitliche Befristung vorgeesehen ist.

Kurzum: Wir werden dem Gesetzesvorhaben der Landesregierung zustimmen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Wetzel das Wort.

Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hinter der Gesetzesbezeichnung, die etwas spröde klingt – Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes sowie zur Anpassung von Rechtsvorschriften –, versteckt sich die datenschutzrechtliche Ermächtigungsgrundlage für die vom Landtag bereits beschlossene Einbindung Privater beim Forderungsmanagement der Landesoberkasse – nicht mehr und nicht weniger.

Aber ich möchte auch daran erinnern, dass wir in diesem Punkt erneut Neuland in Deutschland betreten. Baden-Württemberg ist das einzige Land, das beabsichtigt oder das auf dem Weg ist

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Musterland!)

– das Musterland, richtig –, bereits niedergeschlagene Forderungen an ein privates Unternehmen zu übergeben, um bei der Eintreibung von Forderungen größeren Erfolg zu haben. Mit dem Projekt, das auf drei Jahre festgelegt ist, wollen wir erreichen, dass Gerichtskostenforderungen, die bereits niedergeschlagen sind, von Privatunternehmen geltend gemacht werden können, weil, wie Herr Oelmayer gesagt hat, diese vielleicht bessere, intensivere Möglichkeiten haben, die Schuldner vielleicht besser kennen und wissen, wo diese möglicherweise Geld versteckt haben.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Und wie holen sie das dann?)

– Herr Kollege, das Interessante an der Geschichte ist – und aus diesem Grund wundert mich, dass die SPD dem Gesetzesentwurf nicht zustimmt –: Mit diesem Gesetz können wir alle nur gewinnen.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wir können alle nur gewinnen, und zwar deswegen, weil uns dieses Gesetz nichts kostet. Die privaten Unternehmen verdienen ihr Geld selbst. Wenn sie Geld eintreiben, verdienen sie, und wenn sie kein Geld eintreiben, verdienen sie nichts. Aus diesem Grund muss man natürlich schon eine besondere Begründung haben, wenn man dieses Gesetz ablehnt, bei dem

das Land nur gewinnen kann. Denn was passiert, wenn man nichts macht? Die niedergeschlagenen Forderungen bleiben niedergeschlagen, und die Schuldner wähnen sich in Sicherheit, dass das Land schon nichts tun werde, egal, wie sich die finanzielle Situation bei den einzelnen Schuldnern entwickelt.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Warum tun Sie dann nichts?)

– Es geht ja nichts mehr. Die Forderungen bleiben niedergeschlagen und werden vergessen.

Ich habe auch keine Sorgen, dass da Unfug getrieben wird. Denn wie Sie selbst wissen, Herr Kollege Stickelberger, wurden im Anhörungsverfahren keine grundlegenden Bedenken geäußert. Der Landesbeauftragte für den Datenschutz hat dem Gesetzentwurf zugestimmt. Der Landesbeauftragte für Bürokratieabbau hat dem Gesetzentwurf zugestimmt. Der Präsident des Oberlandesgerichts Stuttgart ist mit dem Gesetzentwurf ebenfalls einverstanden. Die kommunalen Landesverbände sind mit dem Gesetzentwurf ebenfalls einverstanden. Sie freuen sich sogar und warten darauf, wie die Ergebnisse sind. Wenn die Ergebnisse positiv sind – was wir erwarten –, wollen sie ebenfalls auf dieser Grundlage gegenüber ihren Schuldnern vorgehen können.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Dr. Wetzel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stickelberger?

Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Gern.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Stickelberger.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Herr Kollege Dr. Wetzel, Sie haben jetzt diejenigen erwähnt, die dem Gesetz nicht widersprochen haben.

Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ich bin gerade dran. Warten Sie.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Erwähnen Sie auch die, die widersprochen haben, nämlich der Anwaltsverband, die Rechtspfleger, die Gerichtsvollzieher, also alle die, die mit dem Forderungseinzug schon zu tun haben?

Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Warten Sie. Sie müssen nur warten, dann wird Ihnen alles mitgeteilt.

Der Anwaltsverband Baden-Württemberg hat Bedenken geäußert, und – man höre und staune – der Datenschutzausschuss des Vereins für Credit Management hat auch Bedenken geäußert. Sie halten das Recht der Schuldnerinnen und Schuldner auf informationelle Selbstbestimmung für vorrangig. Sie befürchten auch negative Auswirkungen auf die Kreditwürdigkeit der Schuldner. Diese Einwendungen überzeugen mich allerdings nicht. Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren – darauf haben auch der Kollege Oelmayer und der Kollege Hollenbach hingewiesen –, sämtliche Schuldner werden vor Einleitung der Abtretung der Forderungen an den Privaten angeschrieben, ihnen wird mitgeteilt, die Forde-

(Dr. Hans-Peter Wetzel)

rungen würden abgetreten, und sie werden auf die Möglichkeit verwiesen, die Schuld zu bezahlen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Eben!)

Das heißt, mit der Bezahlung der Schuld können sie die Bekanntmachung der Daten verhindern.

Außerdem sind im Gesetz weit gehende Kontrollmöglichkeiten vorgesehen. Ferner darf nicht übersehen werden, dass die Schuldner über die vorgesehene Datenübermittlung vorab informiert werden; darauf habe ich schon hingewiesen. Die vorgesehene Forderungseintreibung hat auch keinen Einfluss auf das Gewaltmonopol des Staates. Wenn man merkt, dass der Schuldner tatsächlich Geld hat, aber nicht bezahlt, dann wird selbstverständlich der Gerichtsvollzieher erneut beauftragt. Also, meine Damen und Herren, Sie sehen, auch der Gerichtsvollzieher wird nicht umgangen.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Mit dem Pilotprojekt wollen wir die Optimierungsmöglichkeiten auf der Gläubigerseite eruieren und einen Effizienzvergleich zwischen staatlichen Stellen und privaten Unternehmen ermöglichen. Negative Auswirkungen auf die Auftragslage der Gerichtsvollzieher sind nicht zu erwarten. Das Gegenteil ist der Fall: Ich erwarte, dass die Gerichtsvollzieher dadurch weitere Aufträge haben werden.

Unserem Justizminister und seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen danke ich, auch im Namen meiner Fraktion, für dieses sehr innovative und auch fiskalisch interessante Pilotprojekt. Ich gehe davon aus, dass uns die anderen Bundesländer nachahmen werden.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Justizminister das Wort.

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon einiges von den Vorrednern angesprochen worden, sodass ich mich mehr oder weniger auf Ergänzungen und einige wesentliche Punkte beschränken kann.

Noch einmal der Ansatz, die Situation, in der wir sind: Der Rechnungshof hat im Jahr 2006 in einer umfassenden Studie festgestellt, dass bei der Landesoberkasse Baden-Württemberg Jahr für Jahr Forderungen der Justiz von rund 10 Millionen € niedergeschlagen und nicht mehr weiterbearbeitet werden.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Warum denn?)

Dieser Umstand hat den Landtag schon mehrfach beschäftigt. Das Land Baden-Württemberg, meine Damen und Herren, kann und will es sich nicht leisten, Jahr für Jahr auf Beträge in Millionenhöhe zu verzichten. Wir haben vorbereitende Haushaltsverhandlungen hinter uns. Der Haushaltsentwurf, bei dem wir wieder schmerzliche Einschnitte gemacht haben, kommt ja jetzt in die Fraktionen. Es ist widersinnig, sich sozusagen auf der Ausgabenseite wehzutun, wenn man auf der

Einnahmenseite die Hausaufgaben noch gar nicht gemacht hat. Deswegen lohnt es sich schon einmal, darüber nachzudenken, wie wir an unser Geld kommen.

Die Einschaltung spezialisierter Partner ist heute völlig alltäglich. Wenn Sie heute eine Arztrechnung bekommen, so kriegen Sie die in der Regel nicht mehr vom Arzt, sondern da steht vielleicht „Privatärztliche Verrechnungsstelle“ darauf.

(Abg. Christine Rudolf SPD: „KV“ steht drauf!)

Sehr viele freie Unternehmen bedienen sich dieser Spezialisten, bis hinein in den Bereich der Deutschen Bahn und anderer Verkehrsträger.

Jetzt stelle ich sozusagen eine Gegenfrage an Sie, lieber Herr Stickelberger: Soll der Staat eigentlich weniger tun als andere, um an sein Geld zu kommen, oder darf er gleich viel tun wie andere, um an das Geld zu kommen? Es ist immerhin das Geld der Steuerzahler.

(Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es!)

Darum ist es das Normalste von der Welt, die Zusammenarbeit mit solch spezialisierten Partnern, die es in großer Zahl gibt, zu erproben.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Justizminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stickelberger?

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Ja.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Stickelberger.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Ich darf Ihre Gegenfrage mit einer weiteren Gegenfrage beantworten. Sie haben gesagt, die Landesoberkasse bearbeite die Forderungen nicht weiter. Warum denn nicht? Warum schaffen Sie denn nicht die Voraussetzungen dafür, dass diese Forderungen weiterverfolgt werden? Es zwingt doch niemand die Behörde, die Forderungen nicht weiter zu verfolgen. Warum tun Sie das nicht, und warum sorgen Sie nicht dafür, dass die Behörde entsprechend tätig wird? Dann ist auch größerer Erfolg garantiert. Wenn nichts getan wird, bleibt der Erfolg aus.

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe die Frage wirklich nicht bestellt, aber ich kann gerade weitermachen. Wir tun ja etwas, und zwar sorgen wir für ein bisschen Wettbewerb.

(Lachen der Abg. Christine Rudolf SPD)

Wir sorgen für ein bisschen Wettbewerb,

(Abg. Christine Rudolf SPD: So wie auf den Finanzmärkten, gell? – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

und dieser Wettbewerb hat dazu geführt, dass die Zahl der niedergeschlagenen Forderungen – Sie wollen es halt nicht hören.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Doch!)

(Minister Dr. Ulrich Goll)

Es ist schon kurios, einen Zusammenhang zwischen der Finanzkrise und diesem Gesetz herzustellen. Der Schwung war kühn.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Jetzt sage ich etwas, was Sie vielleicht nicht hören wollen. Die Landesoberkasse schlägt jetzt weniger Forderungen nieder, und zwar unter sonst gleichbleibenden Umständen.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Also geht es doch!)

Es wird jetzt weniger niedergeschlagen. Die Landesoberkasse arbeitet jetzt schon effizienter.

Das ganze Unternehmen bringt keine Belastungen für den Landeshaushalt mit sich. Darauf wurde schon hingewiesen. Es kostet uns nichts, und zwar aus dem Grund: Bei den Privaten, die wir beteiligen werden, ist es in der Tat so, dass die Höhe ihrer Einkünfte, auch ihre zukünftige Existenz am Markt stark von ihren Erfolgen abhängen. Das Ganze erfolgt auf Provisionsbasis. Wir riskieren dabei gar nichts.

Die Unternehmen sind natürlich entsprechend engagiert und bemüht, die Forderungen zu verwirklichen. Sie tun das im Wesentlichen durch eine intensivere und damit erfolgreichere Forderungsbetreuung. Die machen nichts Anstößiges, nichts Unzulässiges. Aber sie bleiben schon lästig. Sie bleiben schon dran. Es ist an sich nicht einzusehen, warum der eine bezahlt und der andere nicht. Es geht um Forderungen aus der Prozesskostenhilfe. Der eine zahlt zurück, der andere zahlt nicht zurück. Zumindest sollte man schon mit entsprechendem Engagement schauen, dass alle zur Rückzahlung herangezogen werden.

Der Landtag hat die Vorzüge des Projekts frühzeitig erkannt. Sie haben die Landesregierung gebeten, die Möglichkeiten und die Wirtschaftlichkeit eines Outsourcings zu prüfen und in einem ersten Schritt anstelle der Niederschlagung von Forderungen private Inkassofirmen einzuschalten. Diesem Auftrag kommen wir mit dem Projekt nach. Wir brauchen dazu eine datenschutzrechtliche Ermächtigungsgrundlage. Die liegt eben heute vor. In dieses Gesetz ist der geballte Sachverstand von Justizministerium, Innenministerium und Finanzministerium eingeflossen. Das sieht man dem Gesetz natürlich auch an.

(Zurufe von der SPD: Oi! – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Deswegen ist es so umfangreich!)

Wir schaffen damit eine bereichsspezifische Grundlage, die in der Tat die Anerkennung auch des Datenschutzbeauftragten gefunden hat. Wir gehen auf Nummer sicher, weil wir Neuland betreten. Allerdings, andere Länder erkundigen sich bei uns schon sehr intensiv nach dem Projekt. Vor allem sind natürlich die kommunalen Verbände höchst interessiert.

Betroffen sind beim Land jährlich 25 000 Forderungen mit einem Gesamtvolumen von ca. 5 Millionen €. Dazu kommen rund 75 000 Altfälle aus den vergangenen drei Jahren in Höhe von über 15 Millionen €. Wir werden schauen, dass wir möglichst weitgehend eine reine Erfolgsprovision vereinbaren, sodass wir die Möglichkeit haben, netto wirklich zu Ein-

nahmen zu kommen, die wir sonst ganz einfach nicht hätten, zu echten Mehreinnahmen, die, wenn man zurückhaltend schätzt, bei über 2 Millionen € liegen und bei großzügigerer Schätzung bis zu 6 Millionen € jeweils für die Dauer des Pilotprojekts betragen können. Das ist natürlich schon ein erheblicher Betrag – der noch dazu auf diesem relativ engen Feld des Pilotprojekts erzielt wird. Es geht dabei ja „nur“ um die niedergeschlagenen, also die schon ausgebuchten Forderungen der Justiz, sowie um die PKH-Rückforderungen. Allein die Justiz hat natürlich wesentlich mehr Forderungen. Es geht um einen bestimmten Ausschnitt, und da werden wir es ausprobieren und nach einigen Jahren evaluieren.

Auf einige Punkte ist bereits im Gang der Gesetzgebung hingewiesen worden. Ich möchte nur auf ganz wenige davon eingehen.

Das Gewaltmonopol des Staates wird nicht angetastet. Es handelt sich um eine funktionale Übertragung eines Teils der Aufgaben. Wir bedienen uns praktisch eines Dritten als Partner zur Vorbereitung und Durchführung. Es wird also nirgendwo hoheitliches Tun übertragen. Deswegen ist keine Beleihung notwendig, und deswegen kommen wir auch mit dem Bundesrecht, der Justizbeitreibungsordnung, nicht in Konflikt.

Vollstreckungsaufträge an Gerichtsvollzieher kann nur die Landesoberkasse erteilen; das ist nicht Sache eines Dritten. Wir gehen in der Tat davon aus, dass sich aus dem Pilotprojekt eher noch ein paar zusätzliche Aufträge für die Gerichtsvollzieher ergeben werden.

Selbstverständlich werden wir sicherstellen, dass nur Bewerber zum Zug kommen, die rechtlich einwandfreie Einzugsmethoden anwenden. Sie können sich denken, dass es in unserem eigenen elementaren Interesse liegt, dass „schwarze Schafe“ – wie man diese Personen ja unpassenderweise nennt –

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist wirklich unpassend!)

keine Chance bekommen werden.

Das Projekt ist gut vorbereitet. Nach Inkrafttreten des Gesetzes kann sofort mit der Ausschreibung begonnen werden. Das Ausschreibungsverfahren richtet sich an alle Bewerber, die auf dem Gebiet des Inkasso fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sind, gern auch an große Anwaltskanzleien. Organisatorisch und technisch wird die Ausschreibung vom landeseigenen Logistikzentrum gemanagt.

Ich freue mich, dass wir jetzt loslegen können, und habe Ihre Zustimmung, Herr Oelmayer, erfreut zur Kenntnis genommen. Wenn Sie mich scherzhaft schließen lassen: Es wird niemandem mehr nützen, sich nach Jamaika abzusetzen, weil wir wahrscheinlich gleich mit einer „Jamaika-Mehrheit“ ein Gesetz beschließen werden, das auch bis in diese Regionen hinein noch eine Eintreibung der Forderungen ermöglicht.

(Heiterkeit des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 14/2896.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 14/3285. Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Landesjustizkostengesetzes

Wer dem Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 1 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung der Verordnung über die Bestimmung von Vollstreckungsbehörden nach der Justizbeitreibungsordnung

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 2 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Überprüfung der Auswirkungen des Gesetzes

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 3 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Inkrafttreten

Wer Artikel 4 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 4 mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 1. Oktober 2008 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes sowie zur Anpassung von Rechtsvorschriften“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, der möge sich bitte erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Gesetz mehrheitlich zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 5 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes – Drucksache 14/2895

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/3232

Berichterstatte r: Abg. Ingo Rust

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Groh das Wort.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Guter Mann!)

Abg. Manfred Groh CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf es kurz machen. Die CDU-Fraktion stimmt dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung des Kirchensteuergesetzes vollinhaltlich und auch uneingeschränkt zu. Dabei kann ich mich auch auf unsere Beratungen im Finanzausschuss beziehen, wo ja alle Fraktionen dem Entwurf schon zugestimmt haben.

Wie Sie wissen, ist die Änderung des Kirchensteuergesetzes eine unmittelbare Folge des Unternehmensteuerreformgesetzes 2008.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Kirchen, Banken, Datenschutzbeauftragter und alle anderen Beteiligten haben der Gesetzesänderung nicht nur zugestimmt, sondern haben sogar mehr oder weniger aktiv daran mitgewirkt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

So ist nun sichergestellt, dass auch künftig Kirchensteuer auf Kapitalerträge erhoben werden kann.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

Wir gehen davon aus, dass auf dieser Rechtsgrundlage die Banken ihre Aufgaben erfüllen können und das Bundeszentralamt für Steuern die abgeführte Kirchensteuer nach dem Wohnortprinzip verteilen und dann auch zuweisen kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Gute Rede!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Rust das Wort.

Abg. Ingo Rust SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch die SPD-Fraktion wird dem Gesetz zustimmen. Es handelt sich dabei um die Besteuerung von Kapitalerträgen, die ab dem 1. Januar 2009 der Abgeltungsteuer unterworfen werden. Als SPD-Fraktion stimmen wir selbstverständlich nicht nur der Besteuerung von Arbeitseinkünften, sondern auch der von Kapitaleinkünften zu.

Ganz nebenbei – das kann man an dieser Stelle kurz erwähnen – verdient auch das Land Baden-Württemberg ein wenig an der Kirchensteuer.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: 3 %, mein Freund!
– Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist ja mit Arbeit verbunden!)

Wir treiben die Kirchensteuer nicht umsonst ein, sondern das Land lässt sich das bezahlen. Einen Anteil an der Kirchensteuer bekommt auch das Land. Von daher verdient auch die Landeskasse etwas daran.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU –
Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Auch eine gute Rede!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Schlachter das Wort.

Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Ich will einmal schauen, ob ich das noch toppen kann.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon bei den in der ersten Lesung zu Protokoll gegebenen Reden zum Ausdruck gekommen, dass wir uns einig sind, dass wir die Kirchensteuer auch auf Kapitaleinkünfte erheben wollen.

Auch wir Grünen stimmen diesem Gesetz uneingeschränkt zu. Der Grund dafür ist, dass wir es den vermögenden Menschen nicht unnötig schwer machen wollen, gute Christen zu sein.

(Heiterkeit des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Natürlich verdient das Land daran, durch diese 3 % Erhebungsgebühr.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist doch kein Verdienst! Das ist Kostenersatz, Herr Kollege!)

Ich darf Ihnen als Banker zusagen, dass die Banken das umsonst machen.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Richtig! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr schön!)

Sie sehen also, die Herren und Damen in Nadelstreifen sind so unrechte Kerle und Damen doch nicht.

Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kleinmann das Wort.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Jetzt kommt eine lange Rede! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Pfarrer, machen Sie es kurz!)

Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch die FDP/DVP-Landtagsfraktion stimmt diesem Gesetz uneingeschränkt zu.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo!)

Alles ist gesagt bis auf eines; das sei noch erwähnt. Es gibt ja keine Bundeskirchensteuergesetze. Hier gilt noch das alte Länderprinzip, und daher müssen jetzt die einzelnen Landessteuergesetze geändert werden, so auch das von Baden-Württemberg. Die anderen Landesparlamente haben großteils schon zugestimmt. Ich bitte auch Sie um Zustimmung.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gute Rede!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Fleischer das Wort.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Stimmt die Landesregierung auch zu?)

Staatssekretär Gundolf Fleischer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die große Einmütigkeit hier im Hohen Haus macht es mir möglich, mich ebenfalls ganz kurz zu fassen.

(Beifall des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

Das kann ich auch deshalb tun, da bei der ersten Lesung die Reden zu Protokoll gegeben worden waren und damit die eigentlichen Begründungen für die Nachwelt erhalten sind und jederzeit nachgelesen werden können.

(Beifall des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

Ich möchte nur noch einmal darauf verweisen, dass die Abgeltungsteuer eine Vereinfachung der Besteuerung der Kapitalerträge bedeutet und dass jetzt im Rahmen der Kirchensteuererhebung eine Anpassung notwendig war. Bund und Länder, die Banken und die Kirchen haben jetzt ein Verfahren gewählt, das abgesprochen ist. Deswegen können wir bundeseinheitlich gleichermaßen erheben.

Ich möchte zum Schluss betonen, dass das Land Baden-Württemberg traditionell immer ein besonders gutes Miteinander mit den Kirchen und den Religionsgemeinschaften gepflegt hat,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

dass das heutige Gesetz ein erneuter Beleg dafür ist und dass wir unseren Auftrag in der Zukunft genauso fortsetzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: In der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 14/2895.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/3232. Der Finanzausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Wer dem Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 1 einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 2

Wer dem Artikel 2 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist auch dieser Artikel einstimmig beschlossen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 1. Oktober 2008 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieses Gesetz einstimmig beschlossen.

Punkt 6 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Elften Rundfunkänderungsstaatsvertrag – Drucksache 14/2995

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 14/3237

Berichterstatter: Abg. Thomas Oelmayer

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Fraktionen haben sich darauf geeinigt, bei diesem Tagesordnungspunkt auf eine Allgemeine Aussprache zu verzichten. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 14/2995. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 14/3237. Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Gesetz zum Elften Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Wer dem Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 1 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 2

Inkrafttreten, Bekanntmachungen

Wer Artikel 2 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 2 einstimmig beschlossen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 1. Oktober 2008 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zum Elften Rundfunkänderungsstaatsvertrag“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, der möge sich bitte von seinem Sitz erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Gesetz einstimmig zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 7 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg, des Gesundheitsdienstgesetzes und der Meldeverordnung – Drucksache 14/3254

Das Präsidium hat als Redezeit in der Allgemeinen Aussprache fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Ich darf Herrn Kultusminister Rau zur Begründung des Gesetzentwurfs das Wort erteilen.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung bringt einen Gesetzentwurf in den Landtag ein, der zwei unterschiedliche Bereiche regelt: zum einen die neu terminierte und konzipierte Einschulungsuntersuchung und zum anderen die Schulpflicht für Asylbewerberkinder.

Zunächst zur Einschulungsuntersuchung. Wir setzen mit der Neuregelung der Einschulungsuntersuchung den nahe liegenden Gedanken um, diese Untersuchungen vorzuziehen, um Entwicklungsverzögerungen und gesundheitliche Beeinträchtigungen bei Kindern früher feststellen zu können. In solchen Fällen besteht dadurch die Gelegenheit, die Förderung umso

(Minister Helmut Rau)

wirksamer und frühzeitiger ansetzen zu können. An dem Vorziehen der Einschulungsuntersuchung ist deswegen auch in der Anhörung nichts Wesentliches kritisiert worden.

Genauso wenig umstritten ist auch, dass wir mit diesen Untersuchungen gleichzeitig – das ist neu – eine Sprachstandsdiagnose verbinden, die von den Gesundheitsämtern im Zug der Einschulungsuntersuchung durchgeführt wird. Wichtig ist, dass die Gesundheitsämter mit dieser neu konzipierten Einschulungsuntersuchung jetzt im Herbst starten können. Deshalb sind wir froh, wenn wir heute in erster und in fünf Wochen in zweiter Lesung diesen Gesetzentwurf beraten können.

Wir gehen davon aus, dass bei einer nennenswerten Zahl der vierjährigen Kinder Sprachprobleme erkannt werden. Uns liegen Untersuchungen vor – u. a. von der PH Heidelberg –, die darauf hinweisen, dass nicht nur viele Kinder aus einem nicht deutschen Sprachmilieu Sprachprobleme haben, wenn sie mit der Schule beginnen, sondern dass auch eine steigende Zahl von Kindern, die aus einem deutschen Sprachmilieu kommen, solche Probleme aufweisen – wahrscheinlich weil in den Elternhäusern zu wenig kommuniziert wird oder weil diese Kinder zu lange vor dem Fernseher sitzen.

Die Eltern finden bereits jetzt eine Infrastruktur der Förderung vor. 95 % der Kinder besuchen einen Kindergarten mit gut ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern. Nach dem Orientierungsplan für den Kindergarten ist natürlich auch die Unterstützung in der Sprachentwicklung Teil des Konzepts unserer Kindergärten.

Uns steht in den Grundschulförderklassen Personal zur Verfügung, das Kinder bereits im vorschulischen Alter fördern kann und auch konkret fördert. Wir haben mit den Schulkindergärten Institutionen in der Verantwortung des Landes, in denen bei einer Behinderung oder einer drohenden Behinderung frühzeitig Therapien und Förderungen möglich sind.

Wir haben mit dem Konzept „Schulreifes Kind“ dafür Sorge getragen, dass Lehrkräfte aus den Grundschulen in der übergreifenden Arbeit bereits mit Kindergartenkindern daran arbeiten, dass diese gut auf den Beginn der Schule vorbereitet sind.

Nach unserer Erwartung werden die Diagnosen aber zeigen, dass die Infrastruktur der Förderung ausgebaut werden muss. Ich will jetzt gar nicht all das wieder aufgreifen und aufwärmen, was in den vergangenen Tagen und Wochen dazu spekuliert wurde. Ich möchte noch einmal deutlich machen, dass sich die Landesregierung entschieden hat, bei der Landesstiftung den Antrag zu stellen, dass die Landesstiftung ihr Konzept der Sprachförderung – „Sag’ mal was“ – flächendeckend ausweitet. Die Sitzung des Aufsichtsrats findet in der nächsten Woche statt. Ich gehe davon aus, dass wir dort eine sachgerechte Beratung führen können und deswegen auch zu einem sachgerechten Ergebnis kommen werden.

Die Landesstiftung hat in den vergangenen Jahren sehr gute Erfahrungen mit der Sprachförderung im Vorschulalter gemacht. Wir können uns auf die Konzepte, die dort entwickelt wurden, stützen und verlassen. Deswegen ist es ein nahe liegender Gedanke, dass das Programm „Sag’ mal was“, das der-

zeit in 1 674 Gruppen über 15 000 Kinder fördert, zur Grundlage des weiteren Ausbaus der Sprachförderung im Vorschulalter gemacht wird.

Ich möchte darauf hinweisen, dass darüber hinaus das Programm „Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen“ vonseiten des Landes direkt finanziert und durchgeführt wird. Dort sind im vergangenen Jahr etwa 27 000 Kinder im Vorschulalter in knapp 4 000 Gruppen gefördert worden. Auch das ist eine ungeheure Anstrengung, die sich im Haushalt mit 5,4 Millionen € niederschlägt.

All das wird weitergeführt und ausgebaut. Deswegen bin ich ganz sicher, dass wir eine sehr gute Infrastruktur der Sprachförderung haben werden, um das, was wir an Diagnosen aus der Einschulungsuntersuchung erhalten, in sachgerechter Art und Weise aufzunehmen und dann die Unterstützung für die Kinder zu gewähren, die sie noch in der Vorschulzeit brauchen.

Zur Schulpflicht für Asylbewerberkinder möchte ich nur so viel sagen: Diese Kinder haben heute natürlich ein völlig unumstrittenes Recht auf einen Schulbesuch.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Das stand nie infrage. Die Kinder können die Schule vom ersten Tag ihres Hierseins an besuchen.

Wir haben uns in der Koalitionsvereinbarung darauf verständigt – Der Integrationsbeauftragte der Landesregierung sitzt mir gerade Auge in Auge gegenüber. Er hat bei diesem Thema auch entscheidende Beiträge geleistet, ebenso wie das Innenministerium. Wir haben uns zu dritt um diese Thematik gekümmert.

Wir haben jetzt dafür gesorgt, dass die Kinder nicht nur das Recht auf einen Schulbesuch haben, sondern dass sie auch schulpflichtig werden, um deutlich zu machen, dass es uns wichtig ist, dass sie bei uns die Schule besuchen, zumal wenn zu erwarten ist, dass sie länger hier sein werden.

Mit der Neuregelung erweitern wir die Schulpflicht und schaffen zugleich Rechtssicherheit. Die Schulpflicht beginnt sechs Monate nach dem Zuzug aus dem Ausland.

Der Gesetzentwurf stellt auch klar, welche Pflicht – die Schulpflicht oder die Ausreisepflicht – im Konfliktfall vorgeht. Mit dem Hinweis auf die Schulpflicht können die Familien nicht der von der Ausländerbehörde festgestellten Ausreisepflicht entgegentreten.

Ich glaube, wir haben hier eine ausgewogene Lösung erarbeitet, die zugleich deutlich macht, wie wichtig uns der Schulbesuch aller Kinder – auch der im Land weilenden Asylbewerberkinder – ist.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schebesta das Wort.

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will in der Ersten Beratung dieses Gesetzentwurfs mit zwei Zitaten beginnen:

Viele Erwachsene sprechen heute zu wenig mit Kindern. Sprechen lernt man aber nur durch Sprechen.

Wer Deutsch nur unzureichend beherrscht, wird es nicht nur schwerer beim Sprechen mit anderen haben, beim Verfolgen des Unterrichts oder beim Lernen eines Gedichtes, sondern auch beim Erlernen einer Fremdsprache, beim Verstehen einer Textaufgabe in Mathematik oder dabei, die Bedeutung eines Textes in einem Geschichtsbuch zu verstehen.

Genau so ist es. Das ist auch der Grund, warum Aussagen zu einem Bildungs- und Entwicklungsfeld im Kindergarten, nämlich der Sprache, in unserem Orientierungsplan für Bildung und Erziehung für baden-württembergische Kindergärten enthalten sind. Diesem Orientierungsplan sind die von mir vorgetragenen Zitate entnommen.

Deshalb

– so heißt es weiter –

soll in Kindertageseinrichtungen sehr viel gesprochen werden. ... Alle Kinder im Kindergarten haben von Anfang an ein Anrecht auf Sprachbildung und Sprachförderung und damit auf gezielte Erweiterung ihres Sprachvermögens.

Dieses Element der Sprachförderung, nämlich das Bildungs- und Entwicklungsfeld in der Kindergartenarbeit – flächendeckend mit dem weiterentwickelten Orientierungsplan verbindlich ab dem Kindergartenjahr 2009/10 –, ist eines der Elemente der Sprachförderung in Baden-Württemberg.

Die Fortentwicklung der Erzieherinnenausbildung, insbesondere in Richtung der Diagnose und der Förderung in diesem Bereich, ist ein weiteres Feld. Die Notwendigkeit dafür ist uns allen auch durch die hohe Größe der Risikogruppe in Deutschland anhand der PISA-Studien belegt worden. Diese Größe der Risikogruppe in Deutschland hat allgemein dazu geführt, dass man auf das Thema „Deutsche Sprache als Grundvoraussetzung, Lesen lernen als Grundvoraussetzung für weiteren Bildungserfolg“ weiter geachtet hat.

Dass man damit vor der Schule beginnen muss, ist eine Grundwahrheit, die öffentlich in die Diskussionen Einzug gehalten hat und dort anerkannt ist. Wir dürfen auch den Kindergarten bei dieser Arbeit nicht alleinlassen, sondern müssen mit weiteren Maßnahmen dafür sorgen, dass die Kinder, wenn sie in die Schule kommen, in einem ausreichenden Umfang dem Unterricht folgen können und weiteren Bildungserfolg haben können.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Deshalb begrüßt die CDU-Fraktion die Einbringung dieses Gesetzentwurfs, um mit der Einschulungsuntersuchung einen Grund dafür zu legen, dass man eine Diagnose hat und daran eine Förderung anschließen kann, eine Sprachförderung, mit der wir in Baden-Württemberg flächendeckend gewährleisten können, dass die Kinder, die gerade dieser Risikogruppe an-

gehören, mit einem höheren Sprachkompetenzstand eingeschult werden.

Mit der Novellierung des Schulgesetzes gehen wir diesen Weg systematisch und flächendeckend. Wir formulieren damit ein Screening als Bestandteil in Richtung Sprachkompetenzdiagnose in der Einschulungsuntersuchung. Eine tiefer gehende Diagnose schließt sich an, wenn dort Sprachauffälligkeiten festgestellt werden. Anschließend werden Angebote zur Förderung gemacht.

Meine Damen und Herren von der Opposition, wenn Ihr einziger Kritikpunkt – so auch heute Morgen bei der Regierungserklärung zur Halbzeitbilanz des Ministerpräsidenten – die Frage ist, wie die Finanzierung gestaltet ist, dann können wir von der inhaltlichen Seite sicher davon ausgehen, dass es ein guter Weg ist, der hier beschritten wird.

Ministerpräsident Günther Oettinger hat heute Morgen in der Regierungserklärung gesagt: „Wir sichern zu, dass es diese Förderung geben wird.“ Auch Minister Rau hat zu dem Thema Förderung und der Frage einer möglichen Finanzierung durch die Landesstiftung in der Einbringungsrede zu diesem Gesetzentwurf Ausführungen gemacht.

Den Kindern ist es am Ende egal, wer die Förderung bezahlt. Wichtig ist, dass es diese Förderung gibt. Die Grundlage dafür wird mit diesem Gesetzentwurf gelegt.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube auch, dass das Projekt „Sag’ mal was“ der Landesstiftung kein schlechter Anknüpfungspunkt ist, auf dem man aufbauen kann und mit dem man eine flächendeckende Sprachförderung gewährleisten wird.

Der zweite wesentliche Bestandteil dieser Gesetzesnovellierung ist die Regelung der Schulpflicht für Kinder von Asylbewerbern, deren Aufenthalt als Asylbewerber gestattet ist oder die hier geduldet sind. Wir setzen damit die Koalitionsvereinbarung um, in der die Schulpflicht auch für Kinder von längerfristig geduldeten Asylbewerbern für diese Legislaturperiode angekündigt ist. Gerade an dem Tag, an dem wir Halbzeitbilanz ziehen, zeigt sich auch an diesem Beispiel, dass wir verlässlich die Dinge umsetzen, die zum Nutzen der Kinder in unseren Schulen, in unseren Einrichtungen notwendig sind.

Alles Weitere dazu bei den Ausschussberatungen und bei der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs. Wir tragen mit diesen Maßnahmen sowie weiteren Maßnahmen dafür Sorge, dass die Kinder im „Kinderland“ Baden-Württemberg einen guten Weg in ihrer Bildungsbiografie nehmen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Mentrup das Wort.

Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Einführung der Schulpflicht für Kinder von Asylbewerbern und Geduldeten ist sicherlich ein richtiger Schritt, den wir begrüßen. Zusätzlich zu dem Recht, die Schu-

(Dr. Frank Mentrup)

le zu besuchen – das ist eben ausgeführt worden –, wird durch die Einführung einer Schulpflicht noch mehr Rechtssicherheit geschaffen, und das klärt an dieser Stelle noch einmal für alle erkennbar die Verhältnisse. Das ist sicherlich richtig.

Warum man von der ursprünglichen Absicht, das schon nach drei Monaten sicherzustellen, jetzt auf sechs Monate gegangen ist, erschließt sich auch aus den Einwänden der verschiedenen Befragten nicht ganz. Aber wenn wir in diesem Haus gemeinsam feststellen, dass es sich hier ja um ein Recht handelt, das wir gern von Anfang an umgesetzt sähen, soll es an dieser Stelle nicht zu Rückfragen kommen, sondern soll dieses Thema allenfalls im Ausschuss kurz angesprochen werden. An der Sache ist sicherlich nichts zu kritisieren.

Schulpflicht bedeutet aber auch, dass es eine Pflicht für beide Seiten ist. Es ist eine Verpflichtung für die Eltern, die Schulpflicht ihrer Kinder durchzusetzen, es ist aber auch eine Verpflichtung der Schulen. Deshalb, denke ich, sollten wir bei Gelegenheit auch einmal darüber diskutieren, inwieweit wir hiermit Kindern, die Traumatisierungserfahrungen haben, Kindern, die Deutsch als Fremdsprache erleben, Kindern, die an Analphabetismus leiden und deren Eltern eventuell auch Analphabeten sind, in unserem Schulsystem unabhängig von ihrem Alter und ihrer schulischen Vorbildung die individuellen Angebote machen können, die sie brauchen. Das ist schon heute ein Problem. Ich denke, darüber sollten wir auch noch einmal fachlich diskutieren. Das ist mir wichtig, weil das zum Teil auch Inhalt der Einwendungen war, die es zu diesem Gesetzentwurf gab. Uns muss das Signal wichtig sein, dass wir nicht nur eine Schulpflicht sicherstellen, sondern auch sicherstellen, dass die Kinder die entsprechenden Förderungen bekommen, die sie verdienen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Siegfried Lehmann
GRÜNE)

Wir ziehen durch diese Gesetzgebung eine Gesetzgebung nach, die in anderen Bundesländern teilweise schon länger existiert. Ich denke, wir sollten uns über diesen Gesetzentwurf hinaus dann auch noch Gedanken über die Kinder der sogenannten Illegalen machen, die ja von dieser Gesetzgebung zunächst einmal nicht erfasst sind. Auch hier, in der Anerkennung einer Schulpflicht, aber gleichzeitig auch bei der Abschaffung der Notwendigkeit, solche Kinder überhaupt zu melden – denn das ist ja oft ein großes Problem; ich weiß, welche rechtlichen Schwierigkeiten sich daraus ergeben –, sind andere Bundesländer schon weiter. Ich möchte einfach nur ankündigen, dass wir – das soll mein Abschlussstatement dazu sein – diesen Schritt begrüßen, das aber auch als Aufforderung annehmen, im Ausschuss auch über diese weiter gehenden Gruppen zu diskutieren. Wir sollten auch dazu noch die eine oder andere Lösung finden.

Zum zweiten Punkt kann ich mich insgesamt nicht so positiv äußern. Die Einführung einer verpflichtenden Sprachstandsdiagnose im Rahmen einer vorgezogenen Schuleingangsuntersuchung ist ein weiterer Holperschritt in einer Entwicklung, die wir schon seit sechs bis acht Jahren diskutieren. Seitdem wissen wir, dass 30 % der Kinder, die vom Kindergarten in die Schule übertreten, Sprachdefizite haben.

Wir haben viele Sprachförderprogramme eingeführt, und wir haben sie evaluiert. Der Erfolg ist sicher. Mit dem Orientie-

rungsplan haben wir die Sprachförderung als ein wesentliches Element verpflichtend in die Kindertagesstätten implantiert. Jetzt wollen wir doch endlich erreichen, dass eine solche Sprachförderung alle Kinder mit Sprachförderbedarf rechtzeitig erreicht, dass die Diagnose stimmt und dass die individuelle Förderung, die über das Standardprogramm in den Kindertagesstätten hinausgeht, auch eingeführt wird.

Und was passiert jetzt? Wir führen nur die Verpflichtung ein, an einer Sprachstandsdiagnose teilzunehmen. Am Ende brüstet man sich ja damit, dass man sagt, dass sich der Entwurf auf die Regelung der Einschulungsuntersuchung beschränkt. Da frage ich mich natürlich: Warum nehmen wir nicht gleich den ganzen Schritt in Angriff? Warum gehen wir nur ein Schrittlchen in diese Richtung, ohne dass die drei damit verbundenen zentralen Fragen endgültig mit geklärt werden?

Zum einen ist da die Frage: Wie viel Geld brauchen wir zur Umsetzung dieses Schrittes, und wer bezahlt das letztlich? Solange diesbezüglich zwischen dem Gemeindetag und der Landesregierung noch Differenzen bestehen – von der einen Seite werden 3,6 Millionen € genannt, von der anderen Seite 34 bis 80 Millionen € –, kann ich noch nicht erkennen, inwiefern hier eine Kooperation zur Erfüllung dieser verpflichtenden Aufgabe sichergestellt ist.

Der zweite Punkt: Wir führen die Verpflichtung zur Sprachstandsdiagnose ein, aber es ist nicht klar, inwiefern sich daraus eine Verpflichtung ergibt – für die Eltern, die Kommunen, die Träger oder die Landesregierung –, dann auch die Sprachförderung individuell sicherzustellen. Da trösten Sie uns, Herr Schebesta, mit dem Hinweis auf die Regierungserklärung und mit einer Absichtserklärung. Völlig ungeklärt ist aber, wie diese Verpflichtung hergestellt werden soll.

Aus dem Orientierungsplan allein können Sie das nicht ableiten, denn im Orientierungsplan wird eine Art Grundlage für alle Kinder definiert. Wie dann aber ein diagnostizierter Sprachförderbedarf, der darüber hinausgeht, abgedeckt werden soll – oder eventuell sogar ein sprachtherapeutischer Bedarf –, ist unklar. Da können wir, Herr Minister, eben nicht alle in die Schulkindergärten stecken, sondern individuelle Förderung muss auch bei den einzelnen Kindern sichergestellt werden,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Natürlich!)

auch bei den Kindern, die vielleicht gar keine Kindertagesstätte besuchen. Denn nicht alle vierjährigen Kinder besuchen ja eine solche Tagesstätte.

Da schließt sich natürlich schon die Frage an: Wenn wir Sprachstandsdiagnosen verpflichtend einführen, dann aber nicht erkennen lassen – Ich gehe nicht so weit zu sagen, wir müssten hier auch eine Verpflichtung zur Förderung einführen. Wir müssen aber zumindest darstellen, wie wir gewährleisten, dass man die Kinder dann auch erreicht – auch jene Kinder, die nicht in der Tagesstätte sind und deren Eltern sich vielleicht nicht darum kümmern.

Diese ganzen Fragestellungen müssen geklärt sein, sonst verkünden wir hier eine Sicherheit, die nur scheinbar besteht, aber nicht abgedeckt ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

(Dr. Frank Mentrup)

Der dritte Punkt: Ich hatte schon angedeutet, dass auch die Finanzierung dieser Sprachförderung noch nicht sichergestellt ist. Der Gemeindetag nimmt das z. B. zum Anlass, zu sagen, man könne dieser Gesetzesänderung jetzt gar nicht zustimmen.

Diese Sache, die uns im Nachhinein ja auch noch den einen oder anderen Ärger einbringen wird – denn es ist auch rechtlich nicht so ganz unproblematisch, was wir da machen –, sollte auf eine breite Mehrheit im Haus gestützt werden. Das fände ich wichtig, Herr Minister. Sie würden uns ein positives Votum sehr erleichtern, wenn Sie die folgenden drei Fragen noch klären könnten:

Mit den Kommunen sollte geklärt werden, wer die Finanzierung in welcher Höhe sichert. Zu klären wäre außerdem, wie Sie bei dieser Sprachstandsdiagnose eine Art verpflichtenden Umgang bei einem negativen Ergebnis sicherstellen wollen. Drittens wäre endlich zu akzeptieren, dass sich der Bildungsauftrag des Landes im Hinblick auf die Kindertagesstätten nicht auf die Einführung des Orientierungsplans beschränken kann. Dann muss vielmehr auch die Finanzierung der Maßnahmen sichergestellt werden, die für die einzelnen Kinder nötig sind, und das bitte nicht aus einem Nebenhaushalt, sondern – wenn wir schon sagen, dass das Landessache ist – aus dem Landeshaushalt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Volker Schebesta CDU: Bis zu diesem letzten Satz wären wir zusammengekommen!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Lösch das Wort.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir halten die Zielsetzung des Gesetzesentwurfs für vernünftig. Eine Neukonzeptionierung und Vorverlegung der Einschulungsuntersuchung vorzunehmen ist eine notwendige Reaktion auf gesellschaftliche Herausforderungen. Aber damit hört unsere Zustimmung und hören unsere Gemeinsamkeiten auch schon auf.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist schade!)

Bei der Konzeption der vorgezogenen Einschulungsuntersuchung im Jahr 2005 standen primär gesundheitliche Aspekte im Vordergrund. Das Vorziehen der ESU, also dieser Einschulungsuntersuchung, auf das vorletzte Kindergartenjahr wurde zu Recht damit begründet, frühzeitig die Möglichkeit zu haben, notwendige Fördermaßnahmen auch im Hinblick auf das Thema Kinderschutz einzuleiten. Sie können sich daran erinnern: Damals gab es eine große Diskussion um Kindesvernachlässigung.

Seit Neuestem stehen jedoch die bildungspolitischen Fragen im Mittelpunkt. Dies halten wir für problematisch, da weder die Konzeption der Schuleingangsuntersuchung noch die vorgesehenen Screenings unserer Meinung nach die richtigen Instrumente dafür sind.

Mit unserer Kritik an dem vorgelegten Gesetzesentwurf stehen wir beileibe nicht alleine da. Selten habe ich so kritische und ablehnende Stellungnahmen der kommunalen Landesverbän-

de gelesen wie zu diesem Gesetzesentwurf. Im Mittelpunkt der Kritik steht die fehlende klare Aussage zur Aufgabenträgerschaft für die Sprachförderung und somit natürlich auch zur Kostenträgerschaft. Es kann doch nicht sein, dass die Landesregierung die vergleichsweise billigen Sprachtests bezahlt und die teure Sprachförderung den Kommunen überlässt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich zitiere aus der Stellungnahme des Gemeindetags:

Eine vorgezogene Einschulungsuntersuchung bei bereits vierjährigen Kindern mit einer dann für die sozusagen im sprachlichen Bereich auffälligen Kinder verbundenen verpflichtenden Sprachstandsdiagnose macht politisch wie vom Ablauf her nur Sinn, wenn dann entsprechende Sprachfördermaßnahmen folgen ...

Diese stehen nach Ihrem Gesetzesentwurf nicht fest.

Bereits im Jahr 2004 gab es eine interministerielle Arbeitsgruppe, die sich mit der ganzheitlichen Sprachförderung im Kindergarten beschäftigt hat und festgestellt hat, dass diese Art von Sprachförderung, die ganz klar auf die Schulfähigkeit der Kinder ausgerichtet ist, ein Bildungsauftrag ist, der ganz eindeutig Aufgabe des Landes ist.

Auch die Sprachförderung – nicht nur die Sprachtests – ist eine originäre Landesaufgabe und kann nicht über eine befristete Finanzierung über die „Moser-Stiftung“ abgewickelt werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: „Moser-Stiftung“!
Allein schon das Wort!)

Da kann ich nur die kommunalen Landesverbände mit ihrer Forderung unterstützen. Wir erwarten im Vorfeld der flächendeckenden Einführung ergänzender Sprachförderung eine klare Aussage zur Aufgabenträgerschaft, eine Kostenfolgenabschätzung sowie eine konkrete Aussage zur Finanzierung.

22 % der deutschen Kinder und 51 % der Kinder mit Migrationshintergrund im Alter von vier bis vierinhalb Jahren weisen Sprachentwicklungsverzögerungen oder andere Sprachprobleme auf. Das entspricht auch ungefähr dem Ergebnis der Modellphase der neu konzeptionierten Einschulungsuntersuchung, die in zehn Landkreisen bei ungefähr 1 400 Kindern erprobt wurde. Das heißt, es besteht ein großer Bedarf.

Aber was nützt denn eine Sprachstandsdiagnose, wenn keine systematische Sprachförderung finanziert wird? Sprachtests ohne umfassende Sprachförderung sind Murks. Trotz vollmundiger Ankündigungen – auch heute Vormittag wieder – hat die Landesregierung bisher weder ein sinnvolles und systematisches Konzept für die Sprachförderung vorgelegt noch eine gesicherte Finanzierung aufgezeigt. Wenn der Grundsatz „Keine Diagnose ohne Förderung“ auch im Kontext der Sprachförderung Geltung hat, dann ist es aus unserer Sicht unerlässlich, dass Sprachförderung als Regelmaßnahme im Landeshaushalt verankert wird und dass ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Brigitte Lösch)

Unsere Kritik richtet sich aber nicht nur gegen die fehlende Finanzierung, sondern bei uns ist ebenfalls umstritten, dass – –

(Abg. Volker Schebesta CDU: Es gibt keinen weiteren Punkt!)

– Doch, es gibt einen weiteren Punkt.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Es gibt gar keinen Punkt, den man kritisieren muss! Es gibt nichts zu kritisieren!)

Ich wollte jetzt nicht noch einmal auf die Landesstiftung eingehen, weil mir die Zeit davonläuft, sondern ich wollte darauf hinweisen, dass es zwei Fragen gibt. Die erste Frage ist: Ist es sinnvoll, dass am Anfang Sprachscreenings gemacht werden? Und die zweite Frage ist: Wer macht diese Sprachscreenings?

Aus unserer Sicht ist es sinnvoll, dass das alles in einer Hand ist. Es gibt andere Instrumente wie Testverfahren, Beobachtung und Dokumentation. Das können unsere Erzieherinnen. Deshalb halten wir es für richtig, dass die Durchführung der Tests und die Sprachförderung in einer Hand liegen. Das ist nicht nur eine Kritik der Grünen, sondern übrigens auch eine Kritik, die vor allem vom Gesamtelternbeirat der Stuttgarter Kindergärten kommt.

Wir implementieren jetzt den Orientierungsplan, in dem die Sprachförderung im Rahmen des Orientierungsplans, der 2009/2010 verbindlich umgesetzt werden soll, eine zentrale Rolle einnimmt. Dafür sollen auch alle Erzieherinnen qualifiziert sein.

(Der Rednerin wird das Ende ihrer Redezeit angezeigt.)

Deshalb – das ist mein letzter Satz – halte ich es für sinnvoll, dass man diese zwei Maßnahmen aufeinander abstimmt.

Deshalb ist dieser Gesetzentwurf

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Der allerletzte Satz!)

noch nicht zustimmungsreif. Er ist ein Schnellschuss, bei dem Sachen zusammengebastelt worden sind, die überhaupt nicht zusammengehören.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Doch!)

Eine Einschulungsuntersuchung, die sich eigentlich speziell auf gesundheitliche Bedingungen zum Kinderschutz ausgerichtet hat, ist nicht als Instrument geeignet, um den Sprachförderbedarf und den Bedarf an individueller Sprachförderung von Kindern zu diagnostizieren.

Deshalb mein Vorschlag: Entwickeln Sie ein ganzheitliches Sprachförderkonzept und eine seriöse Finanzierung der Sprachförderung. Dadurch können Sie sich besser als „Kinderland“ Baden-Württemberg profilieren als mit den billigen Sprachtests.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Frau Abg. Dr. Arnold das Wort.

Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das ist großartig!)

Ich freue mich heute sehr.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Wir freuen uns immer!)

Denn das ist ein guter Tag für die Kinder in diesem Land, es ist ein guter Tag für die Schulen in diesem Land, und es ist letztendlich auch ein guter Tag für die Wirtschaft in unserem Land.

Wir führen eine neue Einschulungsuntersuchung ein. Ich möchte mich zunächst einmal beim Integrationsbeauftragten der Landesregierung, unserem Justizminister Professor Goll, sehr herzlich bedanken. Er hat nämlich den nötigen Druck gemacht, dass wir das schon jetzt tun können und nicht erst in einigen Jahren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das ist auch sinnvoll. Denn die Zeit drängt, meine Damen und Herren. Wir wollen hier wirklich nicht länger zuwarten.

Mit der neuen Einschulungsuntersuchung – für die Einführung schaffen wir nun durch Gesetzesänderungen die Grundlagen – schaffen wir die Voraussetzungen für eine der wichtigsten, in meinen Augen für die wichtigste bildungspolitische Aufgabe der Landesregierung, nämlich in absehbarer Zeit eine möglichst große Zahl von Kindern schulreif zu machen.

Eine erfolgreiche Bildungslaufbahn – das wissen wir alle; da sind wir uns einig – beginnt im Kindergarten. Jeder Euro, den wir hier investieren, wird sich mehr als amortisieren.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt ist Frau Haußmann kurz vor Feierabend auch wieder aufgewacht!)

Investitionen im frühkindlichen Bereich sind die beste Sparpolitik für unser Land.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir brauchen die guten Hauptschüler für unsere Wirtschaft. Sie sind ein unverzichtbares Fachkräftereservoir. Wir brauchen die jungen Menschen mit mittlerem Bildungsabschluss, mit Abitur. Sie sind die Garanten für Innovation und Fortschritt in unserem Land.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Die Voraussetzung für all das, meine Damen und Herren, beginnt im Kindergarten.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Prima!)

Mit der neuen Einschulungsuntersuchung, mit Sprachstandsdiagnosen und Sprachförderung verbessern wir die Startchancen für alle Kinder, auch für Migrantenkinder.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

(Dr. Birgit Arnold)

Sie sind genauso klug, genauso begabt und genauso begeisterungsfähig wie Kinder mit deutscher Herkunft. Dieses Potenzial können wir jetzt viel besser ausschöpfen. Wir brauchen dieses Potenzial auch der Kinder mit Migrationshintergrund, wenn wir uns die demografische Entwicklung in unserem Land vor Augen halten.

Gleiche Chancen am Anfang für alle Kinder – das hat der Ministerpräsident heute Vormittag auch betont –, das ist unser Ziel. Aber – das wurde ja schon mehrfach angesprochen – das muss natürlich verlässlich finanziert werden. Wir können schon verstehen, dass sich die Kommunen hier Sorgen machen und auf eine verlässliche Finanzierung des zweiten Schrittes der Sprachförderung drängen. Für 2009 ist offensichtlich die Finanzierung über die Landesstiftung gesichert. Wir haben gerade gehört, die entscheidende Sitzung wird demnächst stattfinden. Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei Herrn Moser bedanken, der auch die Möglichkeiten dafür schafft, dass die Finanzierung 2009 auf diesem Wege möglich ist.

Ich denke, meine Damen und Herren, wir müssen uns in der Tat Gedanken machen, wie wir die Finanzierung mittelfristig auf eine verlässliche Grundlage stellen. Die Finanzierung über die Landesstiftung kann eigentlich – das ist meine Meinung und, ich denke, auch die Meinung eines Teils meiner Fraktion – nur eine Übergangslösung sein. Als wichtige bildungspolitische Maßnahme muss die Sprachförderung letztendlich über den Landeshaushalt finanziert werden. Ich denke, das ist auch ein erster Test, wie ernst wir es mit dem Konnexitätsprinzip nehmen, das wir alle hochhalten und das wir neulich erst verbessert haben.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Zwei, drei Sätze noch zur Schulpflicht von Kindern von Asylbewerbern und anderen Flüchtlingen. Wir begrüßen es sehr, dass jetzt auch in Baden-Württemberg diese Schulpflicht eingeführt wird. Der Beginn der Schulpflicht – sechs Monate

nach dem Zuzug – ist ein Kompromiss. Wir hätten auch sehr gut mit der bayerischen – ich betone: mit der bayerischen – Lösung leben können, die den Beginn dieser Schulpflicht schon nach drei Monaten vorsieht.

Die Sorge des Landeselternbeirats teilen wir nicht, dass die Schulpflicht in dieser schwierigen Lebenssituation für die Kinder eine zusätzliche Belastung sein könnte.

(Zuruf von der FDP/DVP: Im Gegenteil!)

Vielmehr kann die Schule gerade in dieser Situation ein Schutzraum für die betroffenen Kinder sein. Wir brauchen ja eine Handhabung, damit auch die Flüchtlingskinder, deren Eltern diese Notwendigkeit vielleicht nicht sehen, in den Genuss des Schulbesuchs kommen.

Also noch einmal: unter dem Strich ein guter Tag. Die nötigen Gesetzesänderungen finden unsere Zustimmung. Was die Sprachförderung anbelangt, werden wir weitersehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es wurde vorgeschlagen, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Schulausschuss zu überweisen. – Sie stimmen dem zu.

Ich will noch auf die beiden Parlamentarischen Abende hinweisen: um 19:00 Uhr Börsenverein des Deutschen Buchhandels, um 19:30 Uhr Landesverband der Freien Berufe Baden-Württemberg.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 2. Oktober 2008, 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe hiermit die Sitzung.

Schluss: 17:47 Uhr

Vorschlag

der Fraktion der CDU

Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Finanzausschuss	ordentliches Mitglied	Föll	Dr. Unold
Wirtschaftsausschuss	stellvertretendes Mitglied	Föll	Dr. Unold
Innenausschuss	stellvertretendes Mitglied	Föll	Dr. Unold
Ausschuss für Schule, Jugend und Sport	stellvertretendes Mitglied	Föll	Dr. Unold
Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft	stellvertretendes Mitglied	Föll	Dr. Unold
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst	stellvertretendes Mitglied	Föll	Dr. Unold
Petitionsausschuss	stellvertretendes Mitglied	Föll	Dr. Unold

01. 10. 2008

Stefan Mappus und Fraktion